

ABSCHIED VON BABYLON – HINAUF INS TAL

ein Gespräch über das Recht
und die Pflicht, Mensch zu sein

von Balz Bohrer

Abschied von Babylon-
Hinauf ins Tal



Oberengadiner Seenlandschaft

ABSCHIED VON BABYLON – HINAUF INS TAL

ein Gespräch über das Recht
und die Pflicht, Mensch zu sein

von Balz Bohrer

Copyright by Aargauische Stiftung für Freiheit und Verantwortung
in Politik und Wirtschaft, 5001 Aarau, 2000

Gesamtherstellung AZ Grafische Betriebe AG, 5001 Aarau

Inhalt

Vorwort	7
Prolog	9
Eine Begegnung...	9
...und nochmals eine Begegnung	11
Ralphs Menschenbild	18
Ralphs Staats- und Wirtschaftsphilosophie	23
Gesellschaft	23
Zerfall prägender Werte	23
Aktuelle Spannungsfelder	25
Nihilismus – nein danke!	31
Toleranz und ihre Grenzen	33
Demokratie	35
Der Souverän ist das Volk, nicht das Parlament	35
Starke Führung?	38
Verunsicherte Basis	41
Verlorene Glaubwürdigkeit	46
«Und neues Leben blüht aus den Ruinen»	48
Aus für die Zauberformel?	49
Und die Parteien-Struktur?	51
Tell – ein Phänomen!	53
Staat	57
Ideal und Wirklichkeit	57
Fatale Staatsgläubigkeit	58
Kampf an allen Fronten	60
Die schweizerische Kleinwelt – stirbt sie?	66
Öffnung Ja – Einbindung Nein	67

Eine staatsbürgerliche Lektion	71
Noch mehr Planungen und Visionen – noch mehr Staat!	73
Wirtschaft	77
«Nur Ökonomie ist keine Ökonomie»	77
Unverzichtbare Sozialpartnerschaft	78
Wirtschaftsverbände auf Gratwanderung	80
Globalisierung – und was offenbar dazu gehört	83
Persönlich Erlebtes	86
Interessenkonflikte?	92
Freiheitliche Ordnungspolitik	94
Heraus aus dem Chaos!	95
Soziale Marktwirtschaft als Chance	100
Und der Dritte Weg?	102
Wie soll es weitergehen?	104
Zwischen Hoffnung und Resignation	107
Gelingt eine restaurative Revolution?	109
Nachtrag: Ein Brief von Ralph – und ein Appell	113
Ralph – der Mensch*	121
Ein «Monument der Selbstzucht»?	121
Der Glaube an Gott, Christus und die Kirche	126
Kein Missionar, aber gottesfürchtig	126
Leben und Sterben	128
Distanz zur Kirche	130
Ein Einzelgänger, aber kein Mönch	132

* Dieser Teil ist nur in einer begrenzten Zahl der Buchauflage enthalten.

Vorwort

Ich kenne Ralph seit früher Kindheit. Wir sind uns oft begegnet und inzwischen betagt geworden. Wie dieses Gespräch zustande kam, was es umfasst, und wem wir es zugänglich machen wollen, beschreibt der Prolog. Wir verfügen beide nicht über philosophischen und theologischen Tiefgang. Es ist ein Gespräch zwischen zwei Menschen wie Du und ich. Wir sind Ökonomen, von denen der eine schwergewichtig in der Wirtschaft, der andere politisch engagiert war. Ralph insbesondere, der auch viel publiziert hat, empfand stets das Bedürfnis, eigene Aussagen auf den Prüfstand anderer zu stellen. Obwohl hier keine wissenschaftliche Arbeit vorliegt, liess er mir nach unsern locker geführten Diskussionen, die auf das Jahr 1998 zurückgehen, ihren Schwerpunkt jedoch im zweiten Halbjahr 1999 hatten, einige Aussagen Prominenter zu besonders heissen Eisen zukommen. Diese Zitate sind an passender Stelle so in den Text eingefügt worden, dass der Gesprächsfluss nicht gestört werden sollte. Einige Ergänzungen, die mir mein Gesprächspartner nach Abschluss meiner Aufzeichnungen in Form eines Briefes noch zukommen liess, wurden in einen Nachtrag zum staats- und wirtschaftsphilosophischen Teil verwiesen. Die Gespräche selber fanden an verschiedenen Orten und zu verschiedener Zeit, meistens sogar ausserhalb des hier gewählten Rahmens statt. Ich habe sie aus dem Gedächtnis niedergeschrieben. Der Inhalt dürfte sinngemäss wiedergegeben sein. Für die Wortwahl können die Gesprächsteilnehmer nicht behaftet werden.

Noch eine Bemerkung zum Titel. Ralph hat – wie sich zeigen wird – schon während seines Jahrzehnte langen Engagements, und später verstärkt, unter dem Gigantismus in Wirtschaft, Politik und Verwaltung sowie unter dem Zerfall von Werten gelitten, die ihm für unser gesellschaftliches Zusammenleben wichtig scheinen. Er war zwar, oft als «Rufer in

der Wüste», während vieler Jahre Teil dieses modernen Babylon. Doch empfand er in den letzten Jahren mehr und mehr das Bedürfnis, sich innerlich und äusserlich zu lösen. Dabei zieht es ihn weder in die Ferne noch (wie er es in dem ihn beeindruckenden Roman von Ayn Rand «Atlas wirft die Welt ab» gelesen hatte) in ein finsternes Tal. Zuflucht suchte und sucht er vielmehr in unserer Bergwelt, vorab im Engadiner Hochtal.

März 2000

Balz Bohrer

Prolog

Eine Begegnung ...

Es war an einem sonnigen, milden Herbsttag, anfangs November, als ich auf einem Spaziergang entlang den Oberengadiner Seen einen einsamen Wanderer vor mir sah. Ohne den Eindruck von Müdigkeit zu erwecken, schritt er auf eine kleine Bank am Seeufer zu. Dort liess er sich nieder; sein Blick schweifte in die Ferne, er schien die Einsamkeit der Bergwelt zu geniessen und liess seinen Gedanken offensichtlich freien Lauf. Irgendwie kam er mir bekannt vor. Ich ging einige Schritte näher, beobachtete ihn, doch meine Gegenwart schien ihn nicht zu stören. Mir aber war klar: Das ist ja Ralph, einer meiner engsten Freunde, dem ich während vieler Jahre immer wieder begegnet war, mit dem ich unzählige Gespräche geführt und den ich auf seinem bewegten Lebensweg begleitet hatte. Die zurückliegenden Jahre, in denen wir uns kaum noch sahen, taten ihm wenig an. Er wirkte, obwohl jetzt bald 75, frisch, sportlich und guten Mutes, fast wie vor 20 Jahren. Damals hatte ich ihn ebenfalls auf einer abgelegenen Bank aufgestöbert, etwas abseits des grossen Kongress-Zentrums in einem Kurort, wo er an einer politischen Versammlung zum Referendum gegen einen ihm widerstrebenden Bundesbeschluss aufrief; jene Schlacht gewann er dann auch – gegen den Widerstand der politischen Prominenz. Beides war typisch für ihn: Er liebt die Einsamkeit; er war und blieb ein Einzelkämpfer, ein Einzelgänger, der «Unbequeme im Konkordanzgetriebe», wie ihn eine grössere Tageszeitung einmal genannt hat.

«Ralph», sprach ich ihn an, und wirklich: Seine Freude über unser Wiedersehen war unüberschbar. «Komm her, alter Kumpel, setz Dich zu mir, sicher haben wir einander viel zu erzählen.» In der Tat: Die Zeit zerrann, die Herbstsonne verlor spürbar an Wärme, und wir mussten an unsern Rückweg denken. Eine Frage aber wollte ich nicht unterschlagen:

«Wann schreibst Du Dein nächstes Buch, und was brennt Dir auf den Nägeln?» «Mich brennt vieles, aber schreiben mag ich nicht mehr», war die kurze Antwort. Sie machte mich stutzig.

«Das darf doch nicht wahr sein», entgegnete ich spontan, aber ernsthaft. Jetzt schluckte Ralph zweimal leer, und er konnte eine gewisse Resignation nicht verbergen, als er mich fragte: «Wozu soll ich denn noch schreiben?» «Wozu hast Du denn bisher geschrieben?», fuhr ich ihn, fast etwas ungehalten, an.

«Gute Frage» – entgegnete er. «Als junger Mann wollte ich mich profilieren, etwas für meine Karriere tun. Später ging es darum, von den erreichten Positionen aus Einfluss zu nehmen, etwas zu bewegen, meine Sicht der Dinge in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat durchzusetzen. Dafür kämpfte ich, nicht mehr um meiner selbst, sondern um der Sache willen. Mit fortschreitendem Alter wurde ich bescheidener. Ich schrieb zwar immer noch, aber um mir selber Rechenschaft zu geben über Erreichtes und Nicht-Erreichtes. Ich versuchte, Erkenntnisse und Erfahrungen auszuwerten und an jene weiterzugeben, die ich zu meinen Gesinnungsfreunden zählte und die ich ermutigen wollte, im gleichen Sinn wie ich zu wirken. Doch dieser Kreis wird mehr und mehr zur kleinen Minderheit; die Karawane zieht weiter. Auch ich kann sie nicht mehr aufhalten.»

«So lass doch diese Karawane weiterziehen! Denk jetzt wieder mehr an Dich und diesen engeren Freundeskreis, von dem Du sprachst. Wie wär's denn mit einer Autobiographie?» «Wen interessiert das schon? Natürlich habe ich eine Menge «Papier» gesammelt, das bisher ungenutzt blieb und von dem ich einmal annahm, ich würde es noch auswerten. Aber jetzt habe ich genug. Ich mag nicht mehr.» Er wandte sich ab und blies zum Aufbruch.

«Dann verrätst Du mir wenigstens noch, was Dich zum Rückzug aus all Deinen Aktivitäten veranlasst, weshalb Du genug hast», liess ich nicht locker. Doch Ralph zeigte keine Lust, den Dialog fortzusetzen. Er wich aus: «Wenn Du Dich für mein «Innenleben» interessierst, ohne an den Büchermarkt zu denken, können wir diesen Faden nächstes Jahr wieder aufnehmen. Das kann sogar hier oben, in diesem Hochtal, sein, das für mich zu so etwas wie einem Zufluchtsort der Besinnung geworden ist.»

«Ich werde mich melden und freue mich darauf. Philosophieren, nicht politisieren – so habe ich Dich verstanden. Interessant, das bin

ich mich bei Dir gar nicht gewohnt!», neckte ich ihn. Er aber blieb ernst: «Dann wirst Du dich noch daran gewöhnen müssen; und vielleicht entdeckst Du dabei die Motive, die Triebkraft meines früheren Engagements und meines heutigen «Müssiggangs» (was nicht Frustration zu sein braucht)! So, und jetzt gehen wir einen kippen» –, sagte es, stand auf, nahm mich am Ärmel, und beflügelte Schritte trugen uns in die nahe gelegene Beiz.

Noch lange sassen, assen und tranken wir zusammen, ohne aber den abgerissenen Faden erneut aufzunehmen. Ralph mied jede Anspielung darauf, schwärmte von der Engadiner Bergwelt, seinen Wanderungen und Hochtouren, die ihn im Laufe der Jahre auf die höchsten Gipfel geführt hatten. Erst kürzlich überstand er mit Glück, kurz unterhalb des Palü-Gipfels, das intensivste und ausdauerndste Gewitter seiner Bergsteiger-Karriere. Mit dem Versprechen, die Philosophie nicht zu vergessen, verabschiedeten wir uns, und ich spürte, dass dieser Mann mit sich selber ringt.

... und nochmals eine Begegnung

Im darauf folgenden Sommer war es dann soweit. Ich wusste, dass auch Ralph wiederum das Engadiner Hochtal als Ferienziel gewählt hatte, und so machte ich mich auf den Weg, ihn aufzusuchen. Seinem Wunsch entsprechend wollten wir uns diesmal einen ganzen Tag Zeit nehmen, um unsern Vorsatz einzuhalten, eben zu philosophieren.

Wir trafen uns in der Halle des Hotels, in dem Ralph schon über 30-mal seinen Urlaub verbracht hatte. Sie ist fast prunkvoll ausgestattet mit kostbaren Teppichen, Polstermöbeln, einem offenen Kamin und stilvollen Bildern. Sie bietet einen prächtigen Ausblick auf den sauber gepflegten Garten, die Tennisplätze, das Schwimmbad und hinüber ins weite Rosegtal mit den fernen, weissgezuckerten Gipfeln der Sellagruppe. In der Rezeption fragte ich nach meinem Wandergefährten und Gesprächspartner. «Der Herr Professor hat Sie bereits angemeldet; er wird gleich hier sein – er ist ein stiller, aber sehr angenehmer Gast!» Eigentlich hätte ich der



Rosegtal

sympathischen Einheimischen gerne etwas auf den Zahn gefühlt. Doch schon stand er vor mir: Ralph, immer noch intakt an Leib und Seele, wie es schien, gerüstet für unsere Reise. Draussen blies uns ein frischer Wind ins Gesicht. Ich wollte bald zur Sache kommen. So unterbrach ich, kaum hatten wir den gut markierten Wanderweg Richtung Stazersee erreicht, sein Schweigen.

«Also, Ralph, nun bin ich gespannt, was Du mir zu sagen hast.» «Zuerst verrate mir jetzt endlich, was Du denn eigentlich willst» – gab der wendige Tennisspieler den Ball treffsicher zurück. Froh, dass ich mir diese Frage schon vorher überlegt hatte, legte ich los. «Der Staat ist für Dich ein Feindbild. Du willst ihm die Mittel verweigern, um ihn schwach und handlungsunfähig zu machen. Aber ist dieser Staat nicht die wirkungsvollste Institution, um den Zusammenhalt in unserer vielgestaltigen Gesellschaft (pluralistisch – sagt man dem) zu gewährleisten?»

«Noch etwas?», unterbrach er mich neugierig. «Du bist ein Anwalt der *Demokratie*, und zwar der direkten, nicht einfach der parlamentarischen Demokratie. Aber nimmst Du damit nicht in Kauf, dass unser Staat führungslos den Veränderungen und Anforderungen der modernen Gesellschaft gegenübersteht, Probleme vielleicht erkennt, sie aber nicht rechtzeitig löst?»

«Und weiter?», murmelte er vor sich hin. «Du giltst als Exponent der *Wirtschaft* und singst das Hohelied des Wettbewerbs. Du hast sogar ein Buch geschrieben über die Soziale Marktwirtschaft. Aber gibt es das überhaupt? Ist die Marktwirtschaft nicht ihrem Wesen nach unsozial und ungerecht?»

«Jetzt reicht's dann wohl?» Wird er jetzt bloss ungeduldig oder unsicher, fragte ich mich. «Noch nicht», fuhr ich unverdrossen weiter. «Du betonst hartnäckig Inhalt und Bedeutung der so genannten *Ordnungspolitik*. Du tust sogar so, als hättest Du diesen Begriff für Dich gepachtet. Andere empfinden ihn bald einmal als Reizwort. Wieder andere versuchen, damit ihre eigenen Vorstellungen über Ordnung in Staat und Wirtschaft durchzusetzen, eine Ordnung allerdings, die sich gar nicht mit Deinen Zielen deckt. Verrennst Du Dich hier nicht in allzu Abstraktes oder gar auf einen fernen Nebenkriegsschauplatz?»

Und noch bevor Ralph, der bereits tief Atem holte, mich wieder unterbrechen konnte, fuhr ich gleich fort: «Ich weiss und akzeptiere: Wir wollen hier und heute nicht politische und wirtschaftliche Alltagsprobleme, so wichtig diese sein mögen, diskutieren. Vielmehr möchte ich ja die Motive, die innere Begründung, eben den Kompass kennen lernen, der Dich leitet, und der Deinen vielbeachteten, teils mit Beifall, teils mit harter Kritik aufgenommenen Stellungnahmen zu politischen und wirtschaftlichen Fragen zugrunde liegt. Ist die Fragestellung jetzt klar?» «Klar, wie Glas», antwortete Ralph ebenso klar. «Und wo fangen wir an?», nahm ich sofort den Ball auf.

«In der Hotelhalle», kam seine für mich überraschende, jedoch, wie mir schien, ernsthafte Antwort. «Du kennst mich als eher bescheidenen Menschen, der zudem zeit seines Lebens zwischenmenschliche Beziehungen zurückhaltend (Du kannst auch sagen wählerisch) pflegte und die Einsamkeit vorzog. Vielleicht hast Du Dich heute Vormittag auch gefragt, ob eine einfache Ferienwohnung, bestenfalls eine kleine Pension, möglichst noch mit einem Bibelspruch über der Haustür, nicht eine mir angemessenere Unterkunft wäre.» «Mag sein», erwiderte ich seinen fragenden Blick. «Aber offensichtlich fühlst Du Dich auch in einem Fünfsterhotel wohl.»

«Siehst Du, und genau deshalb fange ich in der Hotelhalle an» – kam es prompt zurück, als wenn er auf diese Reaktion gewartet hätte. «Ich habe mir schon vor Jahren das Recht genommen, gelegentlich meine angeborene Bescheidenheit, auch übertriebene Rücksichtnahme, abzulegen. Man soll doch einmal nicht fragen müssen, was wohl andere denken, wenn man sich etwas leistet, das sich nicht jeder leisten kann. Sicher liegt es mir fern, in Saus und Braus zu leben. Aber etwas Besonderes geniessen, zum Beispiel eben ein Fünfsterhotel, das macht mir Spass. Dabei will ich nicht in nobler Gesellschaft posieren, sondern einfach als «stiller Gast» mich selber sein dürfen, ohne fragen zu müssen, was andere dazu sagen, ganz gleich ob sie es verstehen oder missbilligen. Ich sage ja: Das Fünfsterhotel ist nur ein Beispiel. Andere ziehen anderes vor. Aber sich solche Freiheiten gönnen, gehört doch wohl auch zu dem, was Jeanne Hersch als «das Recht, Mensch zu sein» bezeichnet hat.»



Piz Bernina und Bellavista

«Und aus diesem Recht, Mensch zu sein, leitest Du dann auch Dein wirtschaftliches und politisches Credo «Freiheit, Freiheit über alles» ab?» Es war, als ob ihn diese meine Frage aufschreckte. «Halt, so nicht», entfuhr es ihm. «Wer das *Recht*, Mensch zu sein, für sich beansprucht, hat auch die *Pflicht*, Mensch zu sein. Dazu gehören zum Beispiel Toleranz, Anstand, Hilfsbereitschaft. Oder anders herum: Wenn sich aus dem Recht, Mensch zu sein, der Anspruch auf *Freiheit* ableitet, so führt die *Pflicht*, Mensch zu sein, in die *Verantwortung* sich selber und einer weiteren Umwelt gegenüber.» Ich war nachdenklich geworden und schwieg. Ralph bemerkte es und sah mich erwartungsvoll an. «Ist das Deine Philosophie?», fragte ich, und ohne ihn zu Wort kommen zu lassen, versuchte ich, meinen Eindruck zusammenzufassen: «Habe ich Dich richtig verstanden? Dir ist ein bestimmtes Menschenbild eigen, und an diesem Menschenbild orientierst Du Dich nicht nur in Deinem privaten, sondern ebenso in Deinem beruflichen und politischen Tun und Lassen.»

«Du hast richtig verstanden», sagte Ralph zustimmend. «Und ich möchte noch beifügen: Das Recht und die *Pflicht*, Mensch zu sein, also *Freiheit* und *Verantwortung*, werden als Grundsätze wahrscheinlich auf breite Zustimmung stossen. Unterschiede tun sich dann auf, wenn es darum geht, diese Grundsätze umzusetzen, also das Ausmass, die Formen, die Grenzen abzustecken, etwa Missbräuche der *Freiheit* zu umschreiben oder abzuwägen zwischen der freiwilligen und der staatlich erzwungenen *Verantwortung* – denke doch nur an den schwammigen Begriff der «*Solidarität*»».

«Das sehe ich auch so.» Doch jetzt dachte ich bereits an die Fortsetzung unseres bisher so harmonisch verlaufenen Gesprächs, als ich ergänzte: «Das ruft doch wohl nach Präzisierungen bzw. Konkretisierung sowohl Deines Menschenbildes als auch der daraus abzuleitenden Staats- und Wirtschaftsphilosophie.» «Richtig, und erst dann lässt sich auch beurteilen, wer sich glaubwürdig verhält. *Glaubwürdigkeit*, also aufgrund von Fakten und getreu den eigenen Grundsätzen handeln (ganz gleich, welches diese Grundsätze sein mögen), demo-

kratisch und rechtsstaatlich zustande gekommene Entscheide dann aber auch akzeptieren, das empfinde ich als eine der wichtigsten Voraussetzungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt», schloss Ralph unsere erste Gesprächsrunde.

Wir hatten inzwischen den Waldrand oberhalb des Stazersees erreicht. Durch die Wolken lachte uns die Sonne zu, und der Blick hinüber zu den Alpweiden und den Berggipfeln oberhalb der Via Engadina wurde frei. Wir hielten an und setzten uns auf eine Bank. Ralph griff zu seiner altertümlichen Militär-Feldflasche, stärkte sich mit einem kräftigen Schluck und blinzelte mir mit einem spitzbübischen Lächeln zu: «Zufrieden?» «Und wie», bestätigte ich seinen Eindruck, um gleich beizufügen: «Ich glaube, jetzt weiss ich auch, wie ich das vertiefte Gespräch mit Dir anpacken möchte. In all Deinen Überlegungen steht der Mensch im Mittelpunkt – das habe ich gespürt. Dein *Menschenbild* interessiert mich. Von ihm hängt doch wohl die Lösung der meisten mit dem menschlichen Zusammenleben verbundenen Probleme ab. Das gilt für unsere *Gesellschaft* als Ganzes. Diese ihrerseits muss sich ja irgendwie organisieren, sich eine bestimmte Ordnung geben. Das wiederum kann durch Formen der *Demokratie* oder aber durch den Machtanspruch einer Autorität erfolgen. Alsdann stellt sich die Frage, welche Aufgaben der so organisierte *Staat* übernehmen soll und welche Regeln insbesondere für die *Wirtschaft* gelten sollen. Vielleicht gibt es sogar ein umfassendes Ordnungssystem, das Dir für Staat und Wirtschaft vorschwebt, womit wir schliesslich zur Frage nach einer optimalen *Ordnungspolitik* kämen.»

«Nicht schlecht!», stellte Ralph erleichtert fest, obwohl ich noch nicht fertig war: «So wie ich Dich kenne, wirst Du Dir nicht anmassen, allgemein gültige Rezepte zu verschreiben. Klare persönliche Meinungen – «Positionen» hast Du es einmal genannt – erwarte ich aber. Hie und da, jedoch zurückhaltender als im bisherigen Gespräch, werde ich Dich auch unterbrechen, um nachzufragen. Gut so?» «Also, los jetzt!» Fast ungeduldig sprang Ralph auf, hängte sein Rucksäcklein um, und schon schleuderte ich ihm meine erste Frage zu.

Ralphs Menschenbild

«Du sprachst vom Recht und der Pflicht, Mensch zu sein. Freiheit und Verantwortung seien mehr oder weniger unbestrittene Grundsätze. Nun aber meine Frage: Überforderst Du damit nicht einen grossen Teil der Menschen? Sind wirklich alle willens und in der Lage, mit der Freiheit verantwortungsbewusst umzugehen?» Ralph stand einen Augenblick still, wie wenn ich ihn an einer heiklen Stelle seiner Philosophie getroffen hätte. Doch gleich setzte er sich wieder in Trab: «Daran zweifle ich natürlich auch. Aber aufgrund meines Menschenbildes gibt es eben Verhaltensnormen, deren Einhaltung von den meisten Menschen sollte erwartet werden dürfen; andere Tugenden allerdings, das gebe ich zu, sind anspruchsvoller.»

«Und wie sieht dieses Menschenbild aus?», fragte ich neugierig. «Es stützt sich auf die feste Überzeugung, mit der das apostolische Glaubensbekenntnis beginnt: ‹Ich glaube an Gott, den Allmächtigen, Schöpfer Himmels und der Erde›. Das heisst klar und deutlich, dass (auch) *alle Menschen Geschöpfe Gottes* sind, Menschen, zum Bilde Gottes geschaffen, die die Erde füllen und sich untertan machen sollen, also sich in Freiheit entfalten dürfen. Du hörst richtig: alle Menschen, ohne Rücksicht auf Begabung, gesellschaftliche Stellung, soziales Verhalten, Nationalität usw. Wenn wir Gott als unsern Schöpfer anerkennen, so muss das unser Verhalten prägen, so z.B. in Form von Bescheidenheit (für Dumme und Gescheite, für das Fussvolk und die so genannte Elite), ferner wegen der Begrenztheit alles Irdischen, in Form von Genügsamkeit und Mass (ob wir mehr oder weniger Möglichkeiten haben, in irgendeiner Form nach den Sternen zu greifen), und schliesslich in Toleranz, eben aus Respekt vor den Mitmenschen (sie sind alle Kinder Gottes) und der ganzen Schöpfung.»

Jetzt musste ich unterbrechen: «Aber Du hast es ja soeben selber angedeutet: Es gibt mannigfaltige *Unterschiede* zwischen den Menschen. Man kann sicher nicht von allen alles erwarten.» «Alles nicht», kam es prompt zurück. «Aber Eigenschaften, wie Bescheidenheit, Zuverlässigkeit, Mass und Toleranz sollten doch – so scheint mir wenigstens – von allen praktiziert werden, wenn auch in unterschied-

lichem Mass. Andere Eigenschaften (ich deutete es schon an) sind anspruchsvoller und setzen mehr voraus. Sie können beispielsweise von Menschen, die geistig und körperlich behindert oder in anderer Hinsicht arg benachteiligt sind, gar nicht wahrgenommen werden. Dazu gehören Eigenständigkeit, persönliche Unabhängigkeit, Selbsthilfe, Leistungswille und Risikobereitschaft, Disziplin sowie (als Ergänzung zur Freiheit) Hilfsbereitschaft, freiwillige Solidarität, also Verantwortung. Auch wenn es scheint, dass solche Werte, diese Tugenden, selbst bei solchen, die die Voraussetzungen dazu hätten, mehr und mehr Seltenheitswert erhalten, zögere ich nicht, sie als Menschen-gerecht im Sinne meines Menschenbildes zu qualifizieren und zu postulieren, nicht zuletzt mit Blick auf unsere Staats- und Wirtschaftsordnung.»

«Stehen solche Postulate – unterbrach ich – nicht auf wackligem Grund, wenn viele Menschen diesem, deinem Idealtypen nicht entsprechen, wenn sie diese Wertehierarchie nicht akzeptieren?» «Diese Frage stelle ich mir selber immer wieder», räumte Ralph nachdenklich ein. «Natürlich wollen wir realistisch bleiben und im Laufe des Gesprächs sicher noch auf konkrete Fälle zurückkommen. Aber grundsätzlich (und vor allem mangels für mich tauglicher Alternativen) halte ich am skizzierten Menschenbild als Wurzel meiner Staats- und Wirtschaftsphilosophie fest.» «Ich verstehe, denn genau in Deinen Verhaltensnormen treffen sich ja Rechte und Pflichten, Freiheit und Verantwortung», gab ich meinen Eindruck wieder und Ralph bestätigte: «Richtig, wobei auch klar geworden sein dürfte, dass beide, Freiheit und Verantwortung, letztlich im Religiösen, im Glauben an Gott als dem Schöpfer Himmels und der Erde wurzeln. Das haben auch bekannte Philosophen, Staatsmänner und Wirtschaftsführer wiederholt deutlich gemacht.»

«Es erscheint mir notwendig für das Zusammenleben von Menschen, dass jeder sich für sein Tun und Lassen verantwortlich weiss – verantwortlich gegenüber dem Nächsten, gegenüber der Gemeinschaft, gegenüber dem eigenen Gewissen oder, religiös gesprochen, vor Gott.»

(Helmut Schmidt)

«Persönliche Freiheit (und es gibt keine andere Freiheit!) und ihre Bedingung, die persönliche Verantwortung (und es gibt keine andere Verantwortung!), entstehen aus Pflichten-Erkenntnis. Wie aber entwickelt sich Pflichten-Erkenntnis? Immanuel Kant gibt uns die Antwort, indem er Religion charakterisiert als «Erkenntnis aller unserer Pflichten als göttliche Gebote». Auch ist der christliche Glaube keine «Einschränkung der Freiheit», wie dies oft zu hören ist. Die Realität lehrt uns oft besser als die abstrakte Theorie, dass Christentum und Freiheit aufeinander bezogen und aufeinander angewiesen sind, indem stets beide entweder miteinander bestehen oder miteinander niedergehen. Es ist kein Zufall, dass im Verlauf des 20. Jahrhunderts in allen totalitären und sozialistischen Zwangsstaaten der Erde zugleich mit der Freiheit auch die göttliche Botschaft ausgelöscht wurde. Es ist auch kein Zufall, dass in den halbsozialistischen Wohlfahrtsstaaten Europas die Kirchen leer geworden sind sowie persönliches Mitleid und private Caritas dem sozial-kleptokratischen Umverteilungsbefehl des Staates gewichen sind.»
(Roland Baader)

«Wenn man das alles so hört und liest, fragt man sich eigentlich, wozu es für ein Menschen-gerechtes Zusammenleben überhaupt staatlicher Regeln bedarf», leitete ich zu einem andern Gedanken über. «Genügt es nicht, Freiheit und Verantwortung als Grundsätze zu verankern und dann alles sich selbst zu überlassen?» «Nein, nein, soweit will ich nicht gehen», gestand mein Gesprächspartner, der sich anschickte, einer nahen Bank zuzusteuern. «Der Mensch ist nun einmal eingebettet in *Gemeinschaften verschiedenster Art*, angefangen in der Familie, am Arbeitsplatz, in Vereinen, kirchlichen Institutionen bis hin zu staatlichen Gemeinschaften. Selbst wenn sich hier oft mehr oder weniger Gleichgesinnte zusammenfinden, bleiben Unterschiede, etwa über Ziele, Aufgaben, Mittel und Wege zur Zielerreichung innerhalb von Gruppen und im Verhältnis zueinander. Deshalb braucht es überall, in kleinen und grossen, in staatlichen, wirtschaftlichen und religiösen Gemeinschaften gewisse Regeln.

Ordnung muss gewährleisten, dass in einer pluralistischen Gesellschaft der einzelne Mensch sich entfalten kann und auch unterschiedlichste Menschen sich gegenseitig akzeptieren. Das gilt natürlich in besonderem Masse für unsern Staat, wo Menschen verschiedener Gattung zusammenleben und arbeiten sollen. Denke nur an die «Schlauköpfe und Mondkälber, das Edelgewächs und Unkraut», wie es Gottfried Keller im Fähnlein der sieben Aufrechten beschrieben hat.»

«Und genau hier setzen jetzt meine Fragen zu Deiner Staats- und Wirtschaftsphilosophie ein, zu jener Philosophie, die Dein politisches und wirtschaftliches Engagement geprägt haben», unterbrach ich nun Ralph: «Vorher möchte ich aber doch noch, ohne Dein Menschenbild grundsätzlich in Frage zu stellen, um eine Klarstellung bitten. Könnte aufgrund dieses Deines Menschenbildes nicht die Forderung abgeleitet werden, es hätten alle Menschen – weil sie ja alle Geschöpfe Gottes sind – *Anspruch auf dasselbe Glück*, auch dasselbe materielle Glück? Nur so liesse sich ja das anvisierte Paradies auf Erden verwirklichen.» «Mit Adam und Eva wurden doch auch deren Nachkommen aus dem Paradies vertrieben, würde ich als theologischer Laie jetzt kontern, und meine Folgerung – fuhr Ralph fort – heisst: Es gibt kein Paradies auf Erden; es gibt keine Ansprüche, weder moralische noch rechtliche, auf Glück und Wohlergehen. Die Menschen, auch wenn sie vor dem Schöpfer alle gleich sind, unterscheiden sich bezüglich Bedürfnissen, Begehrlichkeiten, (Glücks-)Empfinden ebenso wie bezüglich Fähigkeiten, Leistung usw. derart, dass gewissermassen normiertes Glück ins Reich der Utopien gehört. Kommt dazu, und frage mich jetzt nicht weshalb, dass selbst der Schöpfer an menschlichen Massstäben gemessenes Glück ungleich verteilt. Denke an Gesundheit bzw. Krankheit, an eine intakte bzw. zerstörte Umwelt, in die wir hinein geboren werden, an kriegerische Ereignisse, die zwar von (schuldigen) Menschen ausgelöst werden, unter denen aber Unschuldige leiden usw. Wir können und sollen versuchen, in einem einigermaßen überschaubaren und vergleichbaren Umfeld ausgeglichene Startbedingungen für die Menschen zu gewährleis-

ten, und unverschuldete Notlagen zu mildern, im übrigen aber den Mut haben, Ungleichheiten in der Verteilung des menschlichen «Glücks» sowie Grenzen der menschlichen Hilfe zu akzeptieren.»

Ich war versucht, zögerte aber nachzufragen, weil ich spürte, dass es Ralph selber ja nicht darum ging, den Einsatz zugunsten Benachteiligter, Entrechteter und Unterdrückter grundsätzlich in Frage zu stellen, sondern nur darum, Forderungen entgegenzutreten, die zwar aufgrund politischer Ideologien gestellt werden können, die aber nicht auf dem von ihm gezeichneten Menschenbild basieren, und die volkswirtschaftliche und staatspolitische Grenzen gleichermaßen missachten. So schien mir der Zeitpunkt gekommen, nunmehr auf Ralphs Staats- und Wirtschaftsphilosophie einzugehen.

Ralphs Staats- und Wirtschaftsphilosophie

Gesellschaft

Noch war es der Sonne nicht gelungen, die düsteren Wolken über dem Julier und dem Höhenzug des Piz Nair zu verdrängen. Ob sie es überhaupt schaffe, strahlendem Licht und belebender Wärme zum Durchbruch zu verhelfen, oder ob sie uns schliesslich zwingen werde, zum Regenschutz zu greifen, war schwer abzuschätzen. So suchte ich sofort, das Gespräch fortzusetzen:

Zerfall prägender Werte

«Du hast vorhin einen gewissen *Werte-Zerfall* angedeutet, der sich darin äussere, dass Tugenden mehr und mehr verloren gehen, die für das Gleichgewicht zwischen Freiheit und Verantwortung, zwischen Rechten und Pflichten, unerlässlich sind. Kannst Du diesen Werte-Zerfall vielleicht etwas konkretisieren?» Ich spürte, wie es Ralph um Entscheidendes ging: «Es gibt vieles, und es fällt mir schwer, zu gewichten, welche Anzeichen die bedrohlichsten sind. Auf einige Bedrohungsformen werden wir ja noch eingehen, wenn wir später in den Bereichen Staat und Wirtschaft die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen erörtern. Aber lass mich einmal stichwortartig aufzeigen, was meines Erachtens allmählich zerfällt.

Da ist die *Bescheidenheit*, die durch überbordende Anspruchsmentalität, Masslosigkeit und Grössenwahn im «*Kult des Kolossalen*» (wie es Wilhelm Röpke nennt) zu ersticken droht. Man braucht dabei nicht nur an die Vergoldung von Top-Managern oder von Spitzensportlern zu denken. Der Gigantismus sprengt im Kleinen und Grossen natürliche Grenzen, Grenzen des Verkraft- und Vertretbaren, so etwa, als es um das Projekt Sion 2006 ging. Erwinnere Dich auch an die Glosse in der NZZ über die «Turmbauer von Expo-Babylon». Ob die neue Crew das Mass findet, oder ob es auf der landesweiten Ebene ungefähr gleich endet wie auf unserer Aarauer Kommunalebene mit dem «Aar-Grandissimo», nämlich mit einer grossen Pleite bzw. der Übernahme

von Defiziten durch den Staat, ist noch offen. Auch die Zwei-Röhren-Neat gehört ins Reich des Gigantismus, und unser ganzes System der sozialen Sicherheit ist zu einem überdimensionierten und unseriös finanzierten Gemischtwarenladen degeneriert nach dem Motto «Für jeden etwas, genieße heute, zahle morgen».

Hier spiegelt sich ein weiterer Werte-Zerfall in unserer modernen Gesellschaft: *Disziplin, Zuverlässigkeit und eigene Leistung* weichen der Bequemlichkeit und einer Vollkasko-Mentalität. Viele frönen dem dolce far niente, finden aber auch darin den Sinn des Lebens kaum noch. Sie glauben an meist staatliche «Übermenschen», die uns das Paradies auf Erden versprechen und materielle Wohlfahrt mit Wohlbefinden verwechseln. *Dienen* und freiwillige Hilfsbereitschaft erhalten Konkurrenz durch das Streben nach *Macht* sowie gesetzliche «Solidaritäts-Zwänge», die den Staat für alles verantwortlich machen und so der Selbsthilfe und der Gemeinnützigkeit den Boden entziehen.»

Jetzt schöpfte Ralpf tief Atem: «Auch die weltweite *Globalisierung* fördert gemäss einer in der NZZ kommentierten Umfrage unter so genannten Meinungsführern in Politik, Wirtschaft und Kultur den «Verfall moralischer Werte», wie Solidarität, Bewahrung der Umwelt und Gerechtigkeit. Sie sei aber irreversibel, heisst es dort resigniert.» «Ist sie es, wenn ich fragen darf», spielte ich Ralph den Ball gleich wieder zu. «Für die wirtschaftliche Globalisierung – vielleicht kommen wir darauf später zurück – habe ich ein gewisses, also nicht vorbehaltloses Verständnis. Ich wende mich aber entschieden gegen die weit verbreitete Ansicht, diese ziehe zwingend *die politische Internationalisierung* in Richtung supranationaler Gebilde, wie etwa die EU, nach sich. Diese Tendenzen deuten nämlich genau auf einen weiteren Werte-Zerfall hin: Die Geringschätzung kleinstaatlicher Souveränität (Freiheit) und Unabhängigkeit, wie sie in unserm föderalistisch und mittelständisch strukturierten Land lange nicht wegzu-denken waren. *«Heimat» oder «Vaterland» sind bald nur noch Schimpfwörter.* Dafür schwärmen die Diplomaten und Politiker mit ihrem Hang zu Macht und Grösse, sogar Kirchenführer, von der grenzenlosen multikulturellen Gesellschaft. Ob diese angeblichen «Men-

schenfreunde» vergessen oder nicht wissen, dass sich die Schweiz schon heute, wie kaum ein anderes Land, als weltoffen und menschenfreundlich (sogar mit babylonischem Sprachenwirrwarr) präsentiert?»

Aktuelle Spannungsfelder

«Du sprichst damit die *internationale Solidarität* und unsere Stellung in der Staatengemeinschaft an. Stehen hier wirklich grundlegende Werte bzw. ein Wertezерfall auf dem Spiel?» Ich wusste, dass ich mit dieser Frage ein heisses Eisen anschneiden würde, aber ich war doch gespannt, was Ralph dazu sagte: «Für mich sind Heimat, Geborgenheit und damit eben auch staatliche Unabhängigkeit tatsächlich grundlegende Werte. Natürlich bedeutet das nicht Sich-Abkapseln, ebenso wenig Egoismus. Freiwillige Solidarität darf aufgrund meines Menschenbildes nicht vor den Landesgrenzen halt machen. Ich stosse mich nicht einmal daran, dass auch der Staat mithilft, echte Notlagen in andern Ländern zu mildern. Denke doch an unser Engagement im Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, an das Katastrophenhilfscorps, an die vielfältige und grosszügige humanitäre Hilfe sowie an unsern (teils sogar eher fragwürdigen) Einsatz im Rahmen der Entwicklungshilfe, ganz abgesehen von den privaten und gemeinnützigen Leistungen, etwa bei Aktionen der Glückskette.

Aber die internationale Solidarität stösst dann an *Grenzen*, wenn wir uns in Abhängigkeiten begeben, oder wenn sie sich über die ideelle Bereitschaft sowie die wirtschaftliche Potenz des Geberlandes hinwegsetzt. Und genau diese Grenzen werden vielfach nicht ernst genommen. Der Einsatz von Schweizer Soldaten in Unruhegebieten (auch dort, wo verfeindete Volksgruppen einer Nation aufeinander stossen), ferner übertriebene und falsch verstandene Grosszügigkeit gegenüber Ausländern aus andern Kulturkreisen, insbesondere Asylanten, die unsere Gastfreundschaft missbrauchen, oder auch ungezielte Geldverteilung, ja sogar undifferenzierte und unbegrenzte Einwanderung vertragen sich meines Erachtens nicht mit

verantwortungsbewusster Solidarität. Diese sollte die Sorge um die Menschen-Rechte unserer eigenen Bevölkerung sowie unsere schweizerische Identität nicht verdrängen und sich stets daran erinnern, dass eine harmonische Entwicklung «Unterentwickelter» (wie wir es auch einmal waren!) keine überstürzten und allzu ehrgeizigen Eingriffe von aussen erträgt.»

«Mit der gelegentlich von Philanthropen vorgeschlagenen Aufnahme von Menschen aus Armutsländern würden wir das Problem importieren und Gefahr laufen, unsere eigene Verdrängung einzuleiten, vor allem dann, wenn man Einwanderer aus kulturfernen Bereichen dazu ermuntert, ihre kulturelle Eigenart auch in ihrer neuen Heimat zu pflegen. Dann kommt es in Krisenzeiten zu scharfer Konkurrenz zwischen den sich abgrenzenden Solidargemeinschaften um Arbeitsplätze, Sozialleistungen und Wohnungen und damit zu schweren Störungen des inneren Friedens. Schliesslich kann über unterschiedliche Fortpflanzungsraten eine Gruppe eine andere sogar allmählich verdrängen. ... Grundsätzlich sollten sich Staaten der Weltgemeinschaft dazu verpflichten, ihre Bevölkerungspolitik auf die Tragkapazität ihrer Länder so abzustimmen, dass diese nicht überschritten wird. In einer übervölkerten Welt gefährden jene, die auf andere einen Immigrationsdruck ausüben, den Frieden.»
(Irenäus Eibl-Eibesfeldt)

«Heisst das, dass Du beispielsweise die Bewaffnung der auf dem Balkan stationierten Schweizer Soldaten missbilligst und dass Du die vom Bundesrat, gewissermassen als Sühne für schuldhaftes Verhalten im Zweiten Weltkrieg, angekündigte Solidaritätsstiftung ablehnst?», wollte ich jetzt wissen. «Ich lehne die Bewaffnung zum Selbstschutz unserer Soldaten nicht ab», kam es unmissverständlich zurück, «aber ich bin grundsätzlich gegen den Einsatz von Schweizer «Söldnern» im Ausland. Wenn sie jedoch der Bundesrat,

oder wer es auch sei, dorthin schicken will und damit gegen unsere Neutralität verstösst, dann gebe ich zu, dass Selbstschutz würdiger ist als der Schutz durch österreichische oder andere Waffenkameraden.»

«Mit der Solidaritätsstiftung greifst Du natürlich ein viel umfassenderes Problem auf», fuhr Ralph fort, «nämlich jenes der so genannten *Vergangenheitsbewältigung*. Als Angehöriger der Kriegsgeneration habe ich in der Tat Mühe zu verstehen, weshalb wir uns damit so schwer tun. Sogar der englische Kriegspremier Winston Churchill hat anerkannt: «Von allen Neutralen verdient die Schweiz der grösste Respekt. Sie war ein demokratischer Staat, stand mit Selbstverteidigung für die Freiheit ein und war ... entgegen ihrer rassenmässigen Herkunft grösstenteils auf unserer Seite.» Ich kann mir die heutige Kritik nur so erklären, dass eben im Laufe der letzten Jahrzehnte – und damit sind wir wieder beim Wertezerfall – das Verständnis für und der Wille zur Unabhängigkeit und Bewahrung von Freiheitsrechten gegenüber staatlichen Machtansprüchen geschwunden sind. Deshalb fällt insbesondere jungen Historikern das Einfühlungsvermögen in die Zeit des Zweiten Weltkrieges und damit die objektive Beurteilung der Rolle der Schweiz in der damaligen Bewährungsprobe schwer.

Schade und unverständlich, dass weder der heutige Bundesrat noch die meisten Medien nicht vermehrt auf Persönlichkeiten hören, die die damalige Zeit miterlebt haben und die noch heute über volle geistige Frische verfügen. Ich denke z. B. an die alt Bundesräte Schaffner und Chevallaz oder den Historiker und früheren Nationalrat Sigmund Widmer. Jedenfalls hat die Bergier-Kommission den Glaubwürdigkeitstest nicht bestanden, und eine klare Zurückweisung dieses Berichtes durch den Bundesrat wäre überfällig gewesen. Glücklicherweise gibt es neuerdings auch Publikationen, die das vielfach gezeichnete Zerrbild korrigieren. Ich erwähne das Buch des Aargauer Nationalrates Luzi Stamm «Der Kniefall der Schweiz» und insbesondere jenes des amerikanischen Historikers Stephen P. Halbrook «Die Schweiz im Visier». Auch der

Arbeitskreis Gelebte Geschichte [AGG] hatte in einem Bericht vom Oktober 1999 versucht, die Sicht hochrangiger Zeitzeugen, insbesondere zur Flüchtlingspolitik, fundiert darzulegen. Die Bergier-Kommission wusste es besser! Hier einige besonnene Stimmen zur Haltung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, publiziert in der «Schweizerzeit» vom 17. Dezember 1999:

Fritz Honegger, alt Bundesrat:

«Ich kann die amerikanischen Reaktionen mehr als 50 Jahre nach dem Krieg nicht verstehen. Für mich ist es unverständlich, dass sich auch bei uns Leute Urteile anmassen, die die Kriegszeit gar nicht erlebt haben. Diese Zeit kann man nur aus der Sicht von damals beurteilen.»

Willi Gautschi, Historiker und Biograph von General Guisan:

«Manche erliegen heute einer Art Schuld-Syndrom, das da und dort an Hysterie grenzt.»

Leon Schlumpf, alt Bundesrat:

«Die übertriebenen Vorwürfe aus den USA kann ich nicht akzeptieren. Während des Krieges gab es niemanden in meinem Bekanntenkreis, der mit den Nazis sympathisiert hat. Ich habe nur eine frontale und unerhört emotionale Ablehnung gespürt.»

In einer 1998 in der «New York Times» publizierten Stellungnahme stellt alt Bundesrat Hans Schaffner u. a. fest:

«Heute wird eine Generation, die nichts vom Zweiten Weltkrieg weiss, über mein Land desinformiert. ... Es ist Zeit, diese Lügen und Halbwahrheiten zu stoppen. Mein ganzes Leben habe ich mein Bestes getan, um gute Beziehungen zu Amerika zu fördern, der grossen Schwesterrepublik der Schweiz. Aber Voraussetzung für gute Beziehungen ist Wahrheit.»

«Ich wünschte – unterbrach ich –, dieses «Gschnörr» von der Vergangenheitsbewältigung, von der angeblichen Schuld, die die Schweiz auf sich geladen haben soll, und die daraus abgeleitete Sühne, genannt Solidaritätsstiftung, könne nun endlich zukunftsgerichteten Aktivitäten weichen! Zurück nun aber zum Werte-Zerfall. Einiges hast Du ja bereits angedeutet. Kannst Du weitere Stichworte dazu geben?», wollte ich wissen, und die Antwort kam umgehend:

«Es ist generell die schon angedeutete *Arroganz der Macht*, die in Wirtschaft und Politik wütet und auf die wir in anderm Zusammenhang zurückkommen werden. An dieser Stelle beschäftigen mich insbesondere die Sozialisten im weitesten Sinn, das heisst für mich *Staatsgläubige aller Länder*, denen es gelungen ist, sich im Laufe der letzten Jahrzehnte überall zu installieren und wendig, oft kaum spürbar, in wirtschaftlichen und politischen Kreisen gleichermassen, ihre Ziele durchzusetzen. Sie befinden sich auf dem erfolgreichen Marsch durch die Institutionen (so Helmut Hubacher), besetzen Schlüsselstellungen in Verbänden, in der Verwaltung, in Regierungen und Parlamenten und – besonders wichtig – in den Medien. Der Staats-Sozialismus war mit dem Fall der Berliner Mauer eben nicht bezwungen. Seine Ziele sind dieselben geblieben, aber er braucht nicht mehr im grossen Umfang Streiks, Demonstrationen, Gewalt. Mit Anbiederung und Schlaumeierei profitieren die «Wölfe im Schafspelz» von der Trägheit, Gutmütigkeit und Dummheit unserer Schlafmützen, die – wie sogar der FDP-Präsident der Schweiz – den Sozialismus als gestorben und das Links-Rechts-Schema als überholt verkünden.

Ich verstehe nicht, dass insbesondere die FDP diese Taktik nicht früher durchschaut hat. Schon an einer Wahlveranstaltung der Aargauer Kantonalpartei im Jahre 1979 habe ich Helmut Hubacher, den äusserst geschickten Parteistrategen der SPS, zitiert: «An uns ist es, in diesem Staat zur massgeblichen politischen Kraft zu werden und diesen Staat dereinst zu führen. Heute haben wir uns einlogiert, ..., haben wir in der Kommandozentrale Einsitz genommen und bestimmen wir in einem Ausmass mit, das dem Rechtsbürgertum offenbar schon als unheimlich vorkommt. Dieses Rechtsbürgertum

muss wissen, dass wir mit ihm weder einen Burgfrieden abgeschlossen haben, noch abschliessen werden, sondern dass wir mit allen aufgeschlossenen Kräften weiter an der Umgestaltung dieses Staates arbeiten wollen, solange, bis die Schweiz nicht mehr zu den kapitalistischsten aller kapitalistischen Länder gehören wird.» Die Genossen können sich zu ihren bisherigen Erfolgen gratulieren. Wir aber verweilen ruhig im Schlaf der Gerechten!»

«Du hast auch die *Medien* angesprochen. Welche Rolle spielen denn diese?», wollte ich wissen. Nach einigem Zögern antwortete Ralph etwas ausweichend, aber dennoch deutlich: «Das wäre ein abendfüllendes Thema, auf das ich mich gründlich vorbereiten müsste. Aber eines sage ich Dir: Der Einfluss der Medien auf die Politik und breite Teile der Bevölkerung ist bald einmal beängstigend. Das hat die unmittelbar vor den letzten eidgenössischen Wahlen aus dem Hause Ringier angezettelte niederträchtige Kampagne gegen Nationalrat Blocher und die SVP drastisch gezeigt. Nicht von ungefähr spricht man heute von der vierten Gewalt im Staat. Schade, dass nicht schon früher auf weitsichtige Mahner gehört worden ist.

«Der Politiker ist auf Allianzen mit Massenmedien angewiesen, und die Kunst der persönlichen Machtbegründung und Machterhaltung hat zur Voraussetzung, Massenmedien zu gewinnen. ... Darob wird er ein Werbender. Er sucht zu gefallen, passt sich an, sichert sich ab, lässt Eigenes in einem Allgemeingut aufgehen. ... Konkurrenzneid und Darstellungsdruck treiben einen gehetzten Lauf und eine innere Unruhe hervor, woraus eine Atmosphäre der Vibration, des Sprunghaften und des Unerlässlichen dem politischen Verhalten entströmt.» (Kurt Eichenberger)

«Diese Kaste (die Medienschaffenden) beansprucht politische Meinungsführung ohne Auftrag und Haftung. Sie betreibt anwaltschaftlichen Journalismus mit dem Ziel linker

Systemveränderung, sie ist auf Miesmacherei und Herunterreissen aus, verbreitet Resignation und Pessimismus. Sie nimmt den Leuten Zuversicht und Optimismus für die Bewältigung der eigenen Herausforderungen und jener der Gesellschaft. Diese Kaste hat sich vor allem beim Radio und Fernsehen DRS eingenistet.» (Franz Straub)

Anfangs dieses Jahres ist ein neues Buch von Luzi Stamm erschienen mit dem Titel «Wer hat die Macht in Bern?» Ich hatte Gelegenheit, in Entwürfe Einblick zu nehmen, und kann vieles, das er schreibt, aus eigener Erfahrung bestätigen. Es ist zum Beispiel erschreckend, wie Medien keine Privatsphäre mehr respektieren, wie sich Parlamentarier einschüchtern, ja fast erpressen lassen, wie arrogant Medienschaffende oft auftreten und wie sie mit ihrer Arroganz und ihrem langen Atem Politiker und Bürger zermürben können. Ebenso überrascht, wie Beamte und Regierungsmitglieder, die sich in der Gunst der Medien wissen, Parlamentarier mit billigen Ausreden vertrösten oder sie despektierlich abtun. Ich empfinde das Buch von Luzi Stamm als mutig und lesenswert; es sollte aufrütteln. Doch wird es – leider – kaum viel bewirken.»

Nihilismus – nein danke!

«Jetzt bist Du auch schon dem Nihilismus verfallen», provozierte ich meinen Gesprächspartner. «Das hoffe ich nicht», gab er leicht gereizt zurück: «Nihilismus bezeichnet ja *eine Haltung, die keine dauerhaften Werte anerkennt*. Der frühere Autoritätsglaube, insbesondere an die Kirche, ist einer Haltung gewichen, die zwar Freiheit will und sucht, aber, wie es scheint, mangels eines festen Fundaments in Nihilismus endet. Ein festes Fundament vermögen nur wertbeständige Regeln zu bieten, und dazu gehören für mich – ich wiederhole es – Rechte und Pflichten, persönliche Freiheit sowie Verantwortung gegenüber sich selber, der Umwelt, und – hier liegt wohl das entscheidende Merkmal – vor und gegenüber Gott als dem Schöpfer Himmels und

der Erde. So wenig ich selber mich also dem Nihilismus verschreibe, so sehr fürchte ich, dass sich in unserer Gesellschaft solche Anzeichen breit machen. Feste, dauerhafte Werte scheinen mehr und mehr zu wanken. Der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt beklagt in seinem Buch *«Auf der Suche nach einer öffentlichen Moral»* den Verlust unverzichtbarer Tugenden. Er sucht nach Wegen, den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken und möglichst viele ihrer Glieder an gemeinsame Verhaltensregeln zu binden. Der Versuch ist eindrucklich, Skepsis bleibt.»

«Wir brauchen eine öffentliche Moral. Das bedeutet: Unser Land als Ganzes muss sich der Notwendigkeit von Veränderungen bewusst werden. Wenn wir die Würde, die Freiheit und die übrigen Grundrechte von achtzig Millionen Bürgern dauerhaft bewahren wollen, dann bedürfen diese achtzig Millionen einer gemeinsamen Ordnung. Eine solche Ordnung kann nicht allein durch Verfassung und Gesetz gewährleistet werden, sondern sie bedarf ebenso des verantwortlichen Handelns der Einzelnen. Ohne Pflichten können unsere Rechte auf die Dauer nicht gesichert werden. Ohne Tugenden kann auf die Dauer keine Gesellschaft freier Bürger Bestand haben. Ohne Erziehung wird es auf die Dauer keine Tugenden geben.»
(Helmut Schmidt)

Jetzt reizte es mich, Ralph doch wieder zu unterbrechen: «Ich verstehe Dich gut, aber gibt es denn nicht doch einen *unerlässlichen Werte-Wandel*? Ist Deine Werte-Skala wirklich unabänderlich – auf Zeit und Ewigkeit? Bedarf sie in den wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Umwälzungen der Gegenwart nicht der Korrektur, der Anpassung an die Erfordernisse von Gegenwart und Zukunft?» Mein Gesprächspartner war nicht verlegen: «Natürlich sind die Menschen, die Gesellschaft, der Staat und die Wirtschaft ständigem Wandel unterworfen. Das weiss ich, und das habe ich selber

immer wieder zum Ausdruck gebracht, z.B. in meinen unternehmerischen und politischen Aktivitäten. Ich lehne aber Wandel um des Wandels, Erneuerung um der Erneuerung, Anpassung um der Anpassung willen ab. Gerade in Zeiten, in denen solche Tendenzen Unruhe und Unsicherheit schüren, brauchen wir einen *Kompass*, der uns im Labyrinth politischen und wirtschaftlichen Wunschdenkens den Weg weist.»

Toleranz und ihre Grenzen

«Und als Kompass dienen Dir offenbar Deine hier vorgestellten und, wie Du glaubst, zeitlosen Werte. Weshalb, wenn ich fragen darf», wollte ich wissen. «Weil sich diese Werte auf ein bestimmtes (ich gebe zu: auf mein) Menschenbild stützen und ich deshalb einen andern Wert-Massstab nicht als Menschen-gerecht empfinden würde. Natürlich schränke ich sofort wieder ein, und das gilt ja für alles, was ich sage: Mein Menschenbild, meine Werte-Hierarchie, mein staats- und wirtschaftspolitisches Credo beanspruchen keine Allgemeinverbindlichkeit. Ich kann nicht sagen, ob sie richtig oder falsch seien, sie sind einfach Ausdruck meiner Überzeugung, und deshalb habe ich – als mündiger Mensch – das Recht und die Pflicht, mich dafür einzusetzen. Gleichzeitig bin ich aber so tolerant, ändern ihre Überzeugung zu lassen.

Toleranz gehört m. E. zur politischen Kultur. Sie ist nicht ein Wesensmerkmal des Liberalismus. Für diesen muss die Freiheit zentral bleiben, obwohl für viele so genannt Liberale das heute leider nicht mehr gilt.» «Hältst Du Dich an den Grundsatz der Toleranz nicht nur als Politiker und Wirtschaftsführer, sondern auch als Mensch?» Meine Neugier kannte keine Grenzen. «Über Menschliches und allzu Menschliches reden wir ja später noch», schmunzelte Ralph. «Hier nur so viel: Ich kann z.B. mit Techno-Partys, Blödeleien in Radio und Fernsehen, moderner Werbung, oder etwa mit den «Eurogames 2000», einem internationalen sportlichen Grossanlass für Schwule und Lesben, der mit allem Drum und Dran die Stadt Zürich während Wochen zur «little big cultural gay and lesbian city» umwandeln

möchte, nichts anfangen. Auch anderes, das nach babylonischem Muster die Nacht zum Tage werden lässt, und das unter schwammigen Begriffen, wie «Kultur» oder «modern» angepriesen und in den Medien immer grösser geschrieben wird, empfinde ich persönlich als Werte-Zerfall. Showbusiness, Betriebsamkeit und Oberflächlichkeit können wie Drogen wirken. Sie stimulieren kurzfristig, entbehren aber der Nachhaltigkeit. Trotzdem darf jenen, die so leben wollen, ihr Recht, Mensch zu sein, nicht abgesprochen werden; allerdings nur dann, wenn sich dieses Leben unter Beachtung von Fairness, Toleranz und rechtsstaatlichen Regeln abspielt.» «Und wenn nicht?», kam es mir über die Lippen.

Die Antwort von Ralph verriet inneres Engagement: «Dann hat eben die Gemeinschaft, vor allem der Staat, *Verhaltensregeln* aufzustellen und nötigenfalls *Strafen* auszusprechen bzw. durchzusetzen. Entschuldige meinen Eindruck», fuhr Ralph fort: «Genau daran fehlt es aber häufig. Wir verschleudern Geld, z. B. für angebliche Kulturförderung. Dafür sparen wir dort, wo es um die öffentliche Ordnung und Sicherheit geht. Diese leidet u. a. unter oft verfehltem Respekt vor Menschenwürde, was Kriminelle jeder Gattung begünstigt. Vor allem leidet unsere Bevölkerung zunehmend unter Asylmissbrauch und kriminellen Straftaten von Ausländern. Statistiken und internationale Vergleiche sprechen hier eine deutliche und für meine Begriffe erschreckende Sprache. Manchmal könnte man schon den Eindruck erhalten, dass Menschenrechte der Ausländer höher eingestuft werden als jene unserer eigenen Mitbürger und Steuerzahler! Solche hausgemachten Missstände sind teils auf unsere Gesetzgebung, teils jedoch einfach auf den allzu largen Vollzug zurückzuführen.»

Jetzt reizte es mich, eine ketzerische Frage zu stellen: «Wie verträgt sich denn diese Härte mit Deinem biblisch untermauerten Menschenbild?» «Aufgrund meines Verständnisses sehr gut», rechtfertigte sich Ralph: «Es gibt ja nicht nur den lieben Heiland; es gibt auch den strengen, nötigenfalls zornigen Gott. Zwei Bibelstellen scheinen mir diesbezüglich erwähnenswert. In den Sprüchen lesen wir beispielsweise: «Man muss dem Bösen wehren mit harter Strafe und mit ernsten

Schlägen, die man fühlt.» Und im Titus-Brief wird Gott gebeten: «Um der Sache willen strafe sie hart.» Ich bleibe also dabei: *Ordnung muss sein.*»

Demokratie

«Damit stehen wir jetzt natürlich – so schien mir – vor der Frage, wie überhaupt allgemein verbindliche Ordnungen in Staat und Wirtschaft, also nicht einfach Deine persönlichen Vorstellungen, zustande kommen sollen, ob insbesondere der demokratische Willensbildungsprozess, wie wir ihn in der Schweiz kennen, in der Lage sei, taugliche Lösungen zu finden.» «Davon bin ich überzeugt.» Ralphs Antwort war kurz und klar.

Der Souverän ist das Volk, nicht das Parlament

Doch ich spürte, dass er gerne etwas ausholen wollte: «Für mich sind einerseits die Pluralität, d.h. die Vielgestaltigkeit unserer Gesellschaft, andererseits der Respekt vor dem mündigen Menschen ausschlaggebend. Deshalb ziehe ich die Demokratie, und zwar die *direkte Demokratie*, jeder andern Form der politischen Willensbildung vor. Volks-Souveränität ist der wirksamste Schutz gegen Macht- und Führer-Kult auf allen Ebenen, und sie bietet die beste Chance, Regeln und Massnahmen zu finden, die dem allgemeinen Interesse, dem Gemeinwohl, möglichst nahe kommen. Es ist mir bewusst, dass es manchmal nicht einfach ist, abzugrenzen, wofür das Volk und wofür das Parlament zuständig sein soll, und dass – selbst wenn Referenden und Initiativen unabdingbar sind – Missbrauchsgefahren bestehen. Aber diese werden in der Regel durch die Mehrheit der Stimmbürger korrigiert. Auch weiss ich, dass man wegen der chronisch schwachen Stimm- und Wahlbeteiligung Mehrheits-Entscheide relativieren muss. Dennoch ist für mich ein Volksentscheid – und ich plädiere ja für die Form der direkten, nicht bloss der repräsentativen Demokratie – selbst bei schwacher Stimm-beteiligung repräsentativer als das «Diktat» von 246 Abgeordneten im

Bundeshaus, von denen ja häufig auch ein Teil durch Abwesenheit glänzt! Ein Volksentscheid ist zudem nicht nur repräsentativer, sondern er schafft auch *klarere Verantwortungen*. Die Folgen allfälliger Fehlentscheide haben dann eben die Bürger selber zu tragen, nicht irgendwelche «Führer». Ich wehre mich dagegen, dass man – wie ich in einem Buch gelesen habe – die direkte Demokratie als eine Unterabteilung der repräsentativen sehen könne. Sie ist dieser übergeordnet.»

«Worauf führst Du aber das geringe Interesse der Stimmbürger an Abstimmungen und Wahlen zurück?», wollte ich wissen. Doch Ralph tröstete mich: «Darf ich darauf später zurückkommen. Im Moment möchte ich lieber mein Plädoyer zugunsten der direkten Demokratie ergänzen bzw. auf eine wichtige Voraussetzung hinweisen. Der demokratische Willensbildungsprozess erlaubt, ja erfordert *harte Diskussionen und klare Positionen*, um das Problembewusstsein zu schärfen und Transparenz zu schaffen. Er wird letztlich fast immer in einen *Kompromiss* ausmünden, der von Siegern und Verlierern gleichermaßen akzeptiert werden muss. Parteien, Verbände und andere Interessenvertreter dürfen, ja müssen ihre Grundsätze und Positionen klar und nachhaltig zum Ausdruck bringen. Konzessionen sollten nicht einseitig und zu früh auf den Tisch gelegt, nötigenfalls sogar verweigert werden. Hierauf kann und soll der Souverän entscheiden. Der grosse Philosoph und Historiker Karl Schmid hat dieses Konzept treffend auf den kurzen Nenner gebracht: «Wir wissen alle, dass es Demokratie ohne Kompromiss nicht gibt, aber es muss ein Kompromiss zwischen Positionen sein, nicht der Kompromiss als Position.» Diesbezüglich sündigen vor allem unsere so genannt bürgerlichen Politiker im Übermass. Zwar stimmt, was der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt (ein grosser Staatsmann) geschrieben hat, dass nämlich nicht jeder Kompromiss ein fauler Kompromiss sein müsse. Aber das, was sich im Bundeshaus zu Bern diesbezüglich abspielt, ist für meine Begriffe auf weiten Strecken faul.»

«Riskieren denn Politiker mit klaren Positionen nicht, bald einmal abgewählt zu werden?», versuchte ich zu widersprechen.

«Mitnichten», gab Ralph zurück. «Otto Fischer, Christoph Blocher, Luzi Stamm und ich selber, um nur einige wenige Namen zu nennen, beweisen doch das Gegenteil. Zugeben will ich, dass der direkt-demokratische Willensbildungsprozess zeitraubend und oft mühsam sein kann.» «Und diese *Schwerfälligkeit* – unterbrach ich – verunmöglicht doch häufig zeitgerechte und zeitgemässe Lösungen. Verschlafen wir mit unserm System nicht die Zukunft?» Und wieder bemühte sich Ralph zu differenzieren: «Es gibt tatsächlich Abläufe, die auch mir Mühe bereiten. Dabei denke ich vor allem an langwierige Bewilligungsverfahren sowie endlose Einsprache- und Rekursmöglichkeiten, die oft missbraucht werden und sogar dort verzögern oder verhindern, wo echter Handlungsbedarf bestünde. Im politischen Willensbildungsprozess auf Bundesebene indessen ist mir persönlich kaum eine Verzögerung oder Verhinderung bekannt, die ich als nachteilig empfunden hätte. Vielleicht hängt das damit zusammen, dass ich vom Staat weniger erwarte und fordere als andere. Ich jedenfalls halte die direkte Demokratie grundsätzlich auch heute noch für die Menschen-gerechteste Form der politischen Willensbildung, mit der wir bis heute in jeder Beziehung auf der Höhe der Zeit geblieben sind. Nötigenfalls verfügen wir übrigens über klar geregelte *Dringlichkeitsverfahren*.»

«Es gibt aber m. E. *Tendenzen, welche unsere direkte Demokratie aushöhlen*, und zwar von oben und von unten. Ich meine damit – begann auch ich jetzt zu philosophieren – einerseits den Ruf nach verstärkter Führung im Staat, und andererseits die verschiedenen Machtkartelle von Parteien und Verbänden, die ebenso leicht ihre Basis vergessen wie Regierungen und Parlamente. Du erinnerst Dich doch selber der immer zahlreicheren Vorstösse zur so genannten Verwaltungs-, Regierungs- und Parlamentsreform. Damit sollen vermeintliche Mängel behoben werden. «Schluss mit der Ohnmacht», betitelte schon vor ein paar Jahren eine Zeitschrift die Berichterstattung über eine Round-Table-Diskussion zwischen prominenten Politikern. Diese seien hilflos und die Behörden überfordert. Von solchen Anklagen bis hin zur Forderung nach

Erhöhung der Zahl der Bundesräte, nach mehr Geld für Parlamentsdienste, Parlamentsfraktionen oder gar Parteien, nach einem Berufsparlament, mehr Kompetenzen für Regierung und Parlament, verbunden mit einer Einschränkung der Volksrechte, ist der Weg dann nicht mehr weit.»

Starke Führung?

«So, jetzt hör mal gut zu, und zwar schön der Reihe nach», ereifer-te sich der altgediente Beamte, Professor und Politiker, um dann systematisch, wie er sich das gewohnt ist, fortzufahren: «Ich klammere die Parteien und Verbände vorerst aus. Dann bleiben drei Teilaspekte, nämlich erstens Führungsprobleme, zweitens die angebliche Überlastung von Regierung und Parlament, drittens das Geld. In meinem Buch *«Soziale Marktwirtschaft als Chance»* habe ich mich eingehend mit *Führungsproblemen in der Demokratie* befasst. Dazu kann und will ich hier nicht weiter ausholen. Mein entscheidendes Anliegen bleibt, dass Tendenzen entgegengetreten werden muss, mit denen vordergründig verstärkte Führung verlangt wird, im Grunde aber einfach dem Staat und seinen Führungsorganen noch mehr Macht zugestanden, gleichzeitig die Volksrechte beschnitten bzw. die Bürger bevormundet werden sollen. Anzeichen dazu sind leider vorhanden!» «Zum Beispiel?», unterbrach ich. Ralph war nicht verlegen: «Was sich Bundesrat und Bundesverwaltung vor Volksabstimmungen mit persönlichem und finan-ziellem Einsatz leisten, z. B. für die neue Bundesverfassung oder (in 80 Auftritten überlasteter Bundesräte!) für die Bilateralen Verträge, ist undemokratisch, vielleicht sogar rechtlich fragwürdig. Ihre Einflussnahme hat mit den Entscheiden des Parlamentes abgeschlossen zu sein. Ferner bedeutet die im Parlament angestrebte Anrufinstanz, die vor Volksabstimmungen den so genannten Wahrheitsgehalt der Propaganda zu begutachten hätte – gewisser-massen als Qualitätskontrolle durch ein staatliches *«Wahrheits-ministerium»*– eine Verhöhnung unserer direkt-demokratischen Institutionen und des mündigen Bürgers.

Sicher ist – und damit leite ich zum zweiten Problemkreis über –, dass insbesondere das Parlament in seiner sterilen Betriebsamkeit dem Bundesrat, seiner Verwaltung und sich selber Aufgaben zuschanzt, die eine starke *Belastung* mit sich bringen. Doch rührt diese zu einem geringen Teil von Problemen bzw. Herausforderungen her, die für einen freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat existentiell wären. Es sind vorwiegend staatsgläubige «Eiferer mit gutem Willen» (Friedrich August von Hayek), die in der Verwaltung, in der Regierung und im Parlament ihre Süppchen kochen; es sind teils kleinkarierte Interessenvertreter oder profilierungssüchtige Leichtgewichte, die das substanzarme und endlose Palaver im Parlament auslösen und auf die die Worte des römischen Philosophen Cassiodor zutreffen: «Obwohl sie nichts tun, könntest du meinen, sie seien dauernd beschäftigt».

Wenn sich der Bundesrat endlich für klare, vom Willen zu persönlicher Freiheit und Verantwortung geprägten *Prioritäten* entscheiden würde, so wäre ein grosser Teil der beklagten Überlastung vom Tisch. Wenn jedoch der Apparat im weitesten Sinn einfach aufgestockt, mit mehr Geld und Kompetenzen ausgestattet wird, dann dreht sich die Spirale weiter. Wir haben dann zwar vielleicht die angestrebte – wie es so schön heisst – effektvolle Staatsführung. Wir haben einen noch grösseren und teureren Apparat, aber wir haben kaum Lebensqualität gewonnen, jedenfalls keinen grösseren Freiraum für die Entfaltung mündiger und für die angemessene Begleitung echt bedürftiger Menschen. Das Grundübel und das Kernproblem ist und bleibt die *fatale Staatsgläubigkeit*, der nicht bloss so genannt Linke, sondern eine grosse Zahl so genannt Rechter erliegt. Doch mehr darüber, wenn wir über den idealen Staat und seinen Zerfall reden.»

«Damit hast Du ja wohl auch schon die dritte Frage, nämlich jene nach dem *Geld* beantwortet», drängte ich angesichts der sich dichter zusammenballenden Wolken einerseits, unseres noch relativ weiten Weges andererseits. «Du sagst es, und ich möchte in diesem Zusammenhang nochmals einen, wie mir scheint, unverdächtigen Zeugen zitieren», blinzelte mir Ralph spitzbübisch zu. «Die Diskussion dreht sich ja mehr und mehr nicht nur um die Aufblähung

von Stabs- und andern Stellen in der Verwaltung und den Parlamentsdiensten sowie um Entschädigungsfragen für Parlamentarier, sondern um die eigentliche Subventionierung von Fraktionen und sogar Parteien. Und diese hat der von mir schon einmal angerufene frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt unmissverständlich und kategorisch als «nicht in Ordnung» abgestempelt. Die grösste Gefahr sehe ich darin, dass damit alle diese Basis-Organisationen von der Obrigkeit, also vom Staat, noch abhängiger werden, und dass sie diesen (seine Exponenten und den Apparat) bei guter Laune halten wollen bzw. müssen.»

«Was aber ist jetzt eigentlich Deine Meinung zu einem *Berufsparlament?*», ging es mir blitzartig durch den Kopf. «Es gibt Gründe dafür und dagegen. Ich räume ohne weiteres ein, dass das Miliz-System schon heute arg strapaziert wird. Abgesehen davon, dass die Überlastung zur Hauptsache hausgemacht ist, liesse sich der «modisch-leere Aktivismus» (Kurt Eichenberger) mit dem Übergang zum Berufsparlament nicht beheben, im Gegenteil: Der Druck, wiedergewählt zu werden, würde verstärkt, die Profil-Neurose nähme zu, und die Qualität der Arbeit wäre nicht besser. Ausschlaggebend für mich ist jedoch etwas anderes: Die bereits jetzt lose gewordene Verankerung der Parlamentarier in der Alltagswelt der Bürger, insbesondere am Arbeitsplatz, ginge noch ganz verloren. Das Parlamentsgebäude würde noch extremer zum Glashaus, belebt, in Trab gehalten von einer Art Funktionärskaste, die weniger mit den Mit-Menschen als mit sich selber beschäftigt ist, sich selber bestätigen muss und glaubt, die Weisheit für sich gepachtet zu haben. Viele Politiker seien schon jetzt zu viel in Bern und zu gern in Bern, habe ich einmal geschrieben.

Ein prominenter Verfechter des Übergangs- zum Berufsparlament hat es (aus seiner Sicht treffend) wie folgt gesagt: «Die Zeiten der Anspruchslosigkeit, in der sich die Volksvertreter als ehrenamtliche selbstlose Diener des Vaterlandes verstanden haben, sind vorbei.» So ist das zum Teil heute schon, und es würde noch extremer. Lese doch dazu nach, was Helmut Schmidt aufgrund seiner Erfahrungen in der BRD geschrieben hat. In seinem bereits zitierten Buch geisselt er

beispielsweise «das Karriere-Streben, das Anpassung und Konformismus fördere», oder er erwähnt «pekuniäre Erwägungen», die – mindestens bei einem Teil der Kandidaten und nicht den besten – zur Triebkraft für ihr politisches Engagement werden können. Hart ins Gericht mit Berufspolitikern geht auch Hans Herbert von Arnim, Professor an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, in seinem faszinierenden Buch «Staat ohne Diener – was schert die Politiker das Wohl des Volkes?» Dass er zu dem, was er vor bald zehn Jahren geschrieben hat, heute noch steht, zeigt seine Äusserung in einem ganz aktuellen Interview mit der «Welt am Sonntag». Während aber andere sich des von ihm empfohlenen Gegenmittels, zwecks Stärkung der Demokratie, bedienen, schicken wir uns an – medizinisch ausgedrückt –, dieses schrittweise abzusetzen!»

«Berufspolitiker mit ihren Interessen an Macht, Posten und Geld lasten wie eine Lehmschicht auf der politischen Willensbildung. Die Bürger haben wenig zu sagen. Es gibt ein Gegenmittel: die stärkere Bindung der Politik an die Basis durch Direktwahl der Repräsentanten und unmittelbare Sachentscheidungen der Bürger.»

(Hans Herbert von Arnim).

Verunsicherte Basis

Die ersten Regentropfen hatten eingesetzt, und es war mir, als hörte ich in der Ferne dumpfes Donnerrollen. Irgendwie kam mir diese Stimmung fast symbolisch vor, denn eben jetzt wollte ich ja ansetzen, um Ralph auf die Bedrohung unserer direkten Demokratie von unten anzusprechen, und ich ahnte, dass ihm dabei der Kragen platzen könnte! Von oben sind es für ihn – so habe ich es verstanden – die Eiferer mit gutem Willen, teils die bewussten Systemveränderer, die, gepaart mit einer gewissen Arroganz der Macht, sich anschicken, unsere direkt-demokratischen Einrichtungen, die Herrschaft des Volkes, zu untergraben und die mündigen Bürger zu bevormunden. Doch auch unten gärt es,

nämlich bei den politischen Meinungsbildnern, vor allem im Gebälk der politischen Parteien. So hakte ich gleich an einem wunden Punkte ein: «Wie, mein Lieber, steht es nun aber mit dem *Demokratieverständnis an der Basis?*» Ralph zog ein Blatt aus seinem Rucksack. Es enthielt den Leitartikel in der «Appenzeller-Zeitung» vom 10. Juni 1977, wo im Zusammenhang mit der vom Volk abgelehnten ersten Mehrwertsteuervorlage Interessantes zu lesen war, und zwar unter dem Titel «Ein Staat, den der Bürger nicht will». Ralph zitierte: «Solange der Bund seine mehr als grosszügige Ausgabenwirtschaft dank der Hochkonjunktur durch steigende Einnahmen zu decken vermochte, hat sich der Bürger, der ja vom spendefreudigen Bund in mancher Hinsicht profitieren durfte, wenig um die grundsätzliche Gestaltung dieses Staates gekümmert; er liess den Staat nach dem Willen der vier konkordierenden Bundesratsparteien unablässig, und wenn er gefragt wurde, mehrheitlich zustimmend in Richtung sozialer Leistungsstaat wachsen und mit diesem Staat einen entsprechenden Gesetzes- und Verwaltungsapparat. Heute jedoch scheint dieser bürgerliche, dieser eher konservative, dieser solide und jeder ideologischen Schwärmerei abholde Schweizer Bürger aufgeschreckt. Was ihm von links als sozialer Leistungsstaat angepriesen und von den eigenen bürgerlichen Fraktionen in der Regel recht mühelos verkauft wurde, will ihm nicht mehr recht gefallen; der soziale Leistungsstaat will sich ihm mehr und mehr als autonom gewordener Verwaltungsstaat entpuppen, der nach dem Parkinson'schen Gesetz immer mehr Geld verschlingt, nicht nur um es umzuverteilen, sondern auch um seinen eigenen Apparat zu unterhalten. So fragt sich denn heute dieser Bürger allen Ernstes, ob er diesen Staat je so gewollt habe, wie er sich ihm heute präsentiert.»

«Das könnte ja heute geschrieben sein», war meine spontane Reaktion. «Richtig, aber es stellt sich doch eine Frage», nahm Ralph den Ball sogleich auf. «Warum ist die vor 20 Jahren kritisierte Entwicklung seither trotz wachsender Anzeichen der Überforderung von Staat und Wirtschaft weitergegangen? Warum wurde auf Mahner – auch ich zählte ja zu den wenigen «Un-

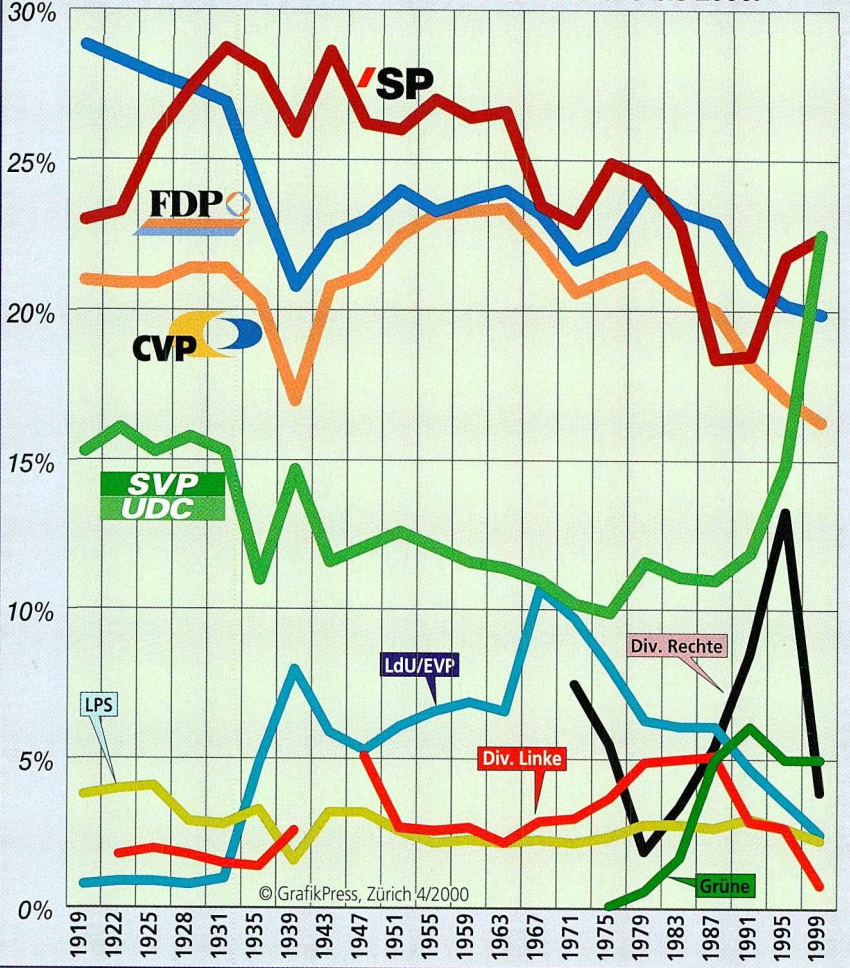
bequemen im Konkordanzgetriebe» – nicht rechtzeitig gehört und dauerte es solange, bis jetzt viele wirklich aufgeschreckt sind?»

«Hast Du Antworten?» Ich war gespannt und schaute Ralph erwartungsvoll an. Dieser blieb stehen, warf mir, weniger gespannt als nachdenklich, einen Blick zu und begann eher zögernd: «Ich weiss nicht, ob Du diese Frage nicht besser einem Politologen oder Soziologen oder einem andern Gelehrten stellen müsstest. Zwar habe ich schon 1975 einen Vortrag gehalten – eine erweiterte Fassung ist sogar als Broschüre der Wirtschaftsförderung erschienen – mit dem Titel «Überforderter Staat – überforderte Wirtschaft». Dort findest Du schwergewichtig wirtschaftliche Gründe. Zusätzlich spielt aber, und das wird für mich immer wichtiger, der schon diskutierte *Werte-Zerfall* in Teilen der Bevölkerung eine entscheidende Rolle. Es gibt sie wahrscheinlich immer weniger, diese «bürgerlichen, eher konservativen, soliden und jeder ideologischen Schwärmerei abholden Schweizer Bürger».

Darüber hinaus liegt es vielleicht schon auch an *institutionellen Schwachstellen*. Interessant ist die Grafik, die ich mitgenommen habe [Seite 44]. Sie zeigt, dass im Zeitpunkt, als die «Appenzeller Zeitung» ihren Kommentar geschrieben hatte, die drei grossen Parteien SP, FDP und CVP je mit Wähleranteilen zwischen 20 und 25 Prozent auf Bundesebene eindeutig dominierten. Die SVP lag mit lediglich 10 Prozent weit zurück. Aber: Kurz nachher setzte der Höhenflug von Randgruppen links und rechts ein. Die drei Grossen bürsteten ein. Mehr und mehr legte jedoch die SVP zu. Zudem häuften sich ablehnende Volksentscheide zu Vorlagen, die im Parlament mehrheitlich gutgeheissen worden waren. (Einige Beispiele sind die Mehrwertsteuer, erste Anläufe zum Hochschulförderungsgesetz und zum Konjunkturartikel, ferner der Kulturartikel, der Beitritt der Schweiz zur UNO, die Mutterchaftsversicherung u. a.) All das schweisste die drei dominierenden Bundesratsparteien – wenn Du willst als Ausdruck des Selbst-erhaltungstriebes – enger zusammen. *Im Bundesrat und Parlament überdeckte der unbedingte Wille, an der Macht zu bleiben, grundlegende*

Nationalrat: Wähleranteile der Parteien

Seit 1919 wird der Nationalrat nach dem Proporzsystem gewählt.
Die Stimmenanteile der Parteien von 1919 bis 2000:



Differenzen in Sachfragen. Die Konkordanz zwecks *Erhaltung ihres Macht-Kartells* wog schwerer als die Anliegen der eigenen Wähler. So wurde einerseits in Bern weitergewurstelt; andererseits fühlten sich viele Wähler verschaukelt. Für sie verlor die Politik an Glaubwürdigkeit. Sie wandten sich teils jener relativ grossen Partei zu, die schon im Bundesrat vertreten war, also der SVP. Teils erhofften sie sich von Splittergruppen verstärkten Einfluss. Kennzeichen in jüngster Zeit sind der Höhenflug der SVP, die Agonie enttäuschter Randgruppen und schwache Stimmbeteiligungen, aber: Das Machtkartell der drei historischen Bundesratsparteien hält (noch) und wurstelt weiter!»

«Was stört Dich denn an diesem Macht-Kartell?», wollte ich jetzt wissen. «Das ist eine sehr wichtige Frage», ging Ralph gleich auf mich ein: «Im Zusammenhang mit der Verunsicherung der Basis, die wir jetzt ja diskutieren, missfällt mir zweierlei. Erstens die *Verkümmernng des demokratischen Willensbildungsprozesses*. Klare Positionen weichen allzu früh einer nebulösen Konsens-Beflissenheit. Wer zu Grundsätzen steht, die zwar vor den Wahlen die Wähler angesprochen haben, wird in der Fraktion bald einmal als Fundamentalist verschrien. Vor allem FDP und CVP dürsten nach einvernehmlichen Lösungen, nach angeblichen Fortschritten, ohne sich zu überlegen, ob sie damit ihre Grundsatztreue verraten, ihre Wähler enttäuschen und Wegbereiterinnen der kalten Sozialisierung bleiben. Als der Freisinn sich noch getraute, zum Slogan «Mehr Freiheit – weniger Staat» zu stehen, als der Aargauer Freisinn mit dem Slogan «Mehr Mut, mehr Mass, mehr Freisinnige» in die Wahlen zog und den Worten auch Taten folgen liess, hatten wir Erfolg, später nicht mehr, aber eben, was tut's? Hauptsache ist, dass das Machtkartell der Bundesratsparteien hält, dass persönliches Prestige- und Karrierestreben im Bundeshaus nicht beeinträchtigt wird. Zweitens bewirkt das Machtkartell der Bundesratsparteien, dass sich zwar die treuen Parteisoldaten an die Parolen ihrer «Führer» halten, sich auch an die Urne bemühen, dass aber an der Basis ein eigentlicher Zermürbungsprozess im Gange ist und die Glaubwürdigkeit unserer politischen Führung oft leidet.

Verlorene Glaubwürdigkeit

Diesen Eindruck, die da oben würden ja doch machen, was sie wollen, möchte ich mit ein paar *Beispielen* veranschaulichen. Es sind Stichworte. Quellenhinweise hätte ich zur Genüge, und Du findest diese, wenn Du willst, in meinen Publikationen. Das Volk hat im Sommer 1998 eine neue *Verfassungsbestimmung über das Haushaltziel 2001* gutgeheissen, mit der dem Bürger versprochen und der Bund verpflichtet wurde, die Ausgabenüberschüsse in den nächsten Jahren sukzessive zu verringern, bis der Rechnungsausgleich erreicht sei, und zwar (ohne wenn und aber) *«durch Einsparungen»*. Was tat der Bundesrat effektiv? Er berief einen so genannten runden Tisch ein, an dem Exponenten von Parteien und Wirtschaftsverbänden (vorwiegend Funktionäre bzw. Bürokraten) teilnahmen. Diese rangen sich zu einem Konsens durch (*«die SP triumphiert»*, schrieb die NZZ), und mit dem, was herauskam (grösstenteils unechte Einsparungen sowie Mehreinnahmen) wurde dann das Parlament unter Druck gesetzt. Mit geradezu widerlicher Penetranz rühmen seither Politiker und erstaunlicherweise die NZZ den Finanzminister, der Haushalt sei jetzt auf der Zielgeraden zum Rechnungsausgleich 2001. Als ob diese buchhalterische Grösse ein erstrebenswertes Ziel wäre! Es wird einfach verschwiegen, dass der eingeschlagene Weg (hauptsächlich Mehreinnahmen) nicht dem Verfassungsauftrag entspricht und wirtschafts- wie finanzpolitisch tiefer in die Sackgasse führen wird.

Schlimm ist dabei nicht bloss der Verfassungsbruch, sondern die neue *Institution des runden Tisches* an sich. Es wird damit nämlich *«eine irritierende zusätzliche Ebene im Instanzengefüge»* eingeschoben (so der Kommentar in der *«Weltwoche»*), die zwar nicht repräsentativ zusammengesetzt, jedoch mit einem beachtlichen psychologischen Druckpotential versehen ist. Interessant, dass solche Institutionen sogar in der BRD sehr kritisch beurteilt werden, etwa von der Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn oder von alt Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Das zweite Beispiel ist der *Kniefall des Bundesrates vor ausländischen Erpressungen* im Zusammenhang mit der aus einer bestimmten

Ecke angeheizten und von andern Mitläufern hochgejubelten Vergangenheitsbewältigung. Leider erhielten solche Stimmen Auftrieb durch den damaligen Bundespräsidenten, der nicht müde wurde zu beteuern, die Schweiz habe Schuld auf sich geladen. Der Bundesrat selber setzte mit der Ankündigung einer so genannten Solidaritätsstiftung ein weiteres Zeichen. Inzwischen hat sich doch langsam herauskristallisiert, dass bei objektiver Beurteilung, vor allem bei der unerlässlichen Berücksichtigung der damaligen Situation unseres Landes, von Schuld überhaupt keine Rede sein kann. Nur der Bundesrat hat es noch nicht gemerkt und mit seiner bereits erwähnten Entschuldigung nach Veröffentlichung des sehr einseitigen Bergier-Berichtes einen weiteren unseres Landes unwürdigen Kniefall getan.

Das dritte Beispiel betrifft die *Taktik der Bundesbehörden*. Je nach ihrem Geschmack verschleppen oder forcieren sie Geschäfte. Ich habe selber erlebt und andern geht es ebenso, dass parlamentarische Vorstösse schubladisiert, ausweichend beantwortet oder entgegengenommen, dann aber nicht befolgt werden. Luzi Stamm kritisiert und veranschaulicht übrigens dieses Verhalten in seinem neuesten Buch ebenfalls. Umgekehrt kann dann etwas nicht schnell genug gehen. *Parlamentarier und Stimmbürger werden nicht aus Sachzwängen, sondern aus Kalkül überstrapaziert*. Hier denke ich insbesondere an die neue Bundesverfassung, deren Tragweite das Parlament, geschweige denn die Stimmbürger, kaum realisieren konnten. Interessant, dass ausgerechnet der seinerzeit zuständige Departementschef nach der Abstimmung, als er nicht mehr im Amt war, zugab, der Nationalrat hätte unter Zeitdruck gestanden und nicht sorgfältig genug gearbeitet! Dabei war er es, der sich vor seinem – ebenfalls (Partei-)taktischen – Rücktritt ein Denkmal setzen wollte und zu diesem Zweck Druck machte. Ebenso gehören die bilateralen Verträge bzw. die dazugehörenden flankierenden Massnahmen in das Kapitel der unseriösen und überstürzten Behandlung im Parlament. Aber was soll's! Ich beobachte solche Machenschaften ja nur noch aus Distanz, jedoch genau, und nicht ohne innere Anteilnahme.»

«Und neues Leben blüht aus den Ruinen»

«Jetzt habe ich aber bald den Eindruck – versuchte ich zusammenzufassen – wir stünden nach Deiner Meinung vor einer Demokratie-Ruine! Müssen wir uns tatsächlich in der Hoffnung wiegen, mit der in Schillers Tell der sterbende Attinghausen seine Augen für immer schliesst: «Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit; doch neues Leben blüht aus den Ruinen?» «Ja, ich weiss – ging Ralph in sich –, manchmal neige ich zum Überzeichnen. Aber leider musste ich die Erfahrung machen, dass der, der nicht überzeichnet, nicht gehört wird! Und was ich geschildert habe, ist ja nicht aus der Luft gegriffen, oder?» Nun war ich wieder am Zug: «Schon nicht. Ich sehe aber gleichzeitig *Reform-Ansätze*, die den Willen verraten, die direkte Demokratie zu stärken.» «So, das ist jetzt aber interessant, woran denkst Du denn?» Die Reaktion von Ralph verriet Skepsis. Sie machte mich zwar nicht verlegen, doch wollte ich mich auf eine kurze Aufzählung beschränken: «Bringen denn die sogar im Bundeshaus diskutierten Demokratie-Reformen oder das Knacken der Zauberformel, oder die beschleunigte Behandlung von Volksinitiativen, die Volkswahl des Bundesrates und anderes mehr kein neues Leben in unsere politische Landschaft?» «Sie verstärken mindestens die parlamentarische Betriebsamkeit!!!» Schon spürte ich wieder Ralphs Ironie, aber ich wollte ihn nicht unterbrechen: «Ich darf wohl davon ausgehen, dass Du aufgrund meiner Publikationen weisst, was ich im Einzelnen von all diesen Vorstössen halte, und zwar sowohl zustimmend als auch kritisch-ablehnend.

Deshalb möchte ich lediglich versuchen, einige Leitplanken zu setzen, die für die Beurteilung einzelner Projekte wegweisend sein müssten, wenn diese zu neuem, freiheits- und verantwortungsbewusstem Leben führen, nicht staatliche Macht stärken sollen. Nach allem, was Du von mir gelesen und heute gehört hast, besteht mein Anliegen darin, eine möglichst grosse Zahl mündiger Bürger an der Gestaltung unserer staatlichen Ordnung teilhaben zu lassen. Sie sollen nicht nur ihre Repräsentanten in verschiedenen Gremien wählen, sondern in wichtigen Sachfragen entscheiden, mindestens Einfluss nehmen kön-

nen. Nur so entsteht eine breit abgestützte Ordnung. Diese allerdings ist dann auch von jenen zu respektieren, die im direkt-demokratischen Willensbildungsprozess unterlegen sind. An den vom Souverän gewählten Abgeordneten und den von diesen Erkorbenen liegt es, ob sie glaubwürdig wirken, ob sie als Staats-Diener in Bescheidenheit ihre Verantwortung wahrnehmen, oder als machtbesessene Führer so tun, als hätten sie die Weisheit für sich gepachtet. Es sind also einerseits die Bürger selber, andererseits die von diesen gewählten Repräsentanten, von denen es abhängt, ob unsere direkte Demokratie zu neuem Leben erblüht oder noch ganz verkümmert. Alternativen dazu gibt es immer, ob diese jedoch besser wären, bezweifle ich. Interessant ist immerhin, dass beispielsweise in der BRD starke Bewegungen im Gang sind, die sich an unserem schweizerischen Modell orientieren und sich für mehr direkte Demokratie auf Landes- und Bundesebene stark machen.»

Diese Leitplanken überzeugten mich einigermassen. Im vollen Bewusstsein, dass sich Ralph schon wiederholt und eingehend zu den von mir angesprochenen Reform-Projekten geäussert hatte, war ich doch gespannt, ob er dazu noch ein Wort sagen würde. Er verstand offenbar meinen erwartungsvollen Blick, und das manchmal wirklich spassige Grinsen überzog sein Gesicht. Bald nahm es aber wieder ernste Züge an:

Aus für die Zauberformel?

«Ich weiss, was Du noch hören willst. Erspare mir aber darzulegen, dass und weshalb ich gegen die Erhöhung der Unterschriftenzahl von Initiativen und Referenden bin, dass für mich die Volkswahl neuer Bundesräte (nicht zuletzt wegen der Unberechenbarkeit und der Macht der Medien) nicht zwingend ist, dass ich die Wiederwahl durch das Volk (wenn die Leistung beurteilt werden kann) indessen als prüfenswert erachten würde, und dass ich die Initiative zur beschleunigten Behandlung von Volksinitiativen (nicht zuletzt nach den bezeichnenden, fast schon von hysterischer Angst geprägten Appellen des Bundesrates, sie nicht zu unterschreiben) unterstützen werde. Etwas mehr wirst Du über die Zauberformel hören wollen.

Für mich ist das nicht viel anderes als ein medienwirksamer *Nebenkriegsschauplatz*. Was heisst denn überhaupt Zauberformel? Damit soll doch einfach den grössten Parteien dieses Landes, vielleicht auch einmal einer Randgruppe, Gelegenheit gegeben werden, ihrer Stärke entsprechend im Bundesrat vertreten zu sein, oder nicht?», fauchte er mich fast etwas gereizt an. «Ja schon, aber was willst Du damit sagen?» «Ich will damit sagen, dass der, der eine so genannte Zauberformel will, auch die SP (mit einem Wähleranteil von immerhin über 20 Prozent) in der Regierung dulden muss. Schmeissen wir die raus, so haben wir keine Zauberformel mehr.» «Was dann?», musste ich bereits wieder fragen, und die Antwort kam postwendend: «Wir haben dann eine vermeintlich bürgerliche Regierung (was immer das heissen möge), die aber – aufgrund der Wählerstruktur – unter sich alles andere als geschlossen ist, denn zwischen den verbleibenden Parteien, und sogar innerhalb derselben, bestehen ja beträchtliche Unterschiede.

Zwei Beispiele von vielen sind die Abstimmung über die Ratifizierung der europäischen Sozialcharta, als immerhin 25 CVP- und 4 FDP-, jedoch kein SVP-Vertreter Ja sagten, sowie kürzlich jene über die Energiesteuer bzw. die damit verbundene neue Subventionslawine, der aus bürgerlichem Lager wiederum die CVP und ein Teil des «Beerli-Freisinns» zugestimmt, die SVP jedoch geschlossen abgelehnt hatte. Ich ziehe daraus den Schluss, dass der parteimässigen Zusammensetzung des Bundesrates nicht jene Bedeutung zukommt, die ihr gewisse Exponenten unserer Parteien, die sich entweder als Mehrheit oder Opposition profilieren möchten, beimessen. *Wir müssen nur endlich von der Vorstellung abrücker, der Regierung komme eine derart entscheidende Führungsrolle zu, dass sie vortäuschen muss (denn faktisch ist es ja anders) geschlossen zu sein.* Die oberste Gewalt im Bund, unter Vorbehalt der Rechte von Volk und Ständen, obliegt nämlich gemäss Bundesverfassung nicht dem Bundesrat, sondern der Bundesversammlung. Deshalb empfinde ich es auch nicht als tragisch, wenn einzelne Parlamentarier oder Fraktionen gelegentlich anderer Meinung sind als der Bundesrat. Zu meiner Zeit – wenn ich so sagen darf – durfte

im Kanton Aargau die Minderheit des Regierungsrates in wichtigen Fragen ihren Standpunkt in der Botschaft an den Grossen Rat zum Ausdruck bringen. Das schuf Transparenz und war gut.»

Und die Parteien-Struktur?

«Du willst damit sagen – unterbrach ich Ralph –, unsere Bundesversammlung sei heute so heterogen zusammengesetzt, dass sogar in grundsätzlichen Fragen die Positionen häufig nicht zwischen den verschiedenen Parteien bzw. Fraktionen, sondern innerhalb derselben auseinander gehen. Wenn dem so ist, müsste man sich aber überlegen, ob sich nicht mit einem andern System, dem Wählerwillen besser Rechnung tragen liesse. *Unsere Parteienlandschaft müsste also neu strukturiert werden.* Es gäbe nur noch wenige Gruppierungen, die, jede für sich, klar positioniert wären, so dass sich die Fraktionsmitglieder dann wirklich geschlossen zu Grundsätzen und den daraus abzuleitenden konkreten Stellungnahmen verpflichten könnten bzw. müssten. Wer in Wahlen die Mehrheit erzielt, würde die Regierung bilden, die Minderheit ginge in Opposition. Je nach Anzahl und Stärke der einzelnen Parteien gäbe es Koalitionen, ähnlich also wie in der BRD. Ich würde mir von einer solchen Konstellation versprechen, dass die wenigen, dafür stärkeren und geschlosseneren Blöcke wirkungsvoller klare Positionen im Sinne ihres Wählerauftrages erfüllen und damit auch vermehrt Junge anziehen könnten, denen das heutige Wischi-Waschi zuwider ist. Was meinst Du dazu?»

Jetzt war wieder Ralph am Zug: «Auf den ersten Blick erscheint das plausibel, vielleicht sogar eines Versuches wert. Ich habe auch schon diesbezügliche Gedanken geäussert. Trotzdem: Was das Resultat der politischen Arbeit in Regierung und Parlament anbetrifft, so zeigen ausländische Erfahrungen, dass mit strukturellen Veränderungen Sachprobleme weder einfacher noch kompetenter, auch nicht Menschen-gerechter zu lösen sind, und dass insbesondere über Jahre gesehen mehr Unruhe und Instabilität das politische Geschehen prägen. Völlig daneben würde für mich ein Zusammenschluss oder auch nur eine Koalition von FDP und CVP liegen, weil ein solcher Block

links der Mitte nur die schleichende Sozialisierung beschleunigen müsste. Aber nochmals: Ob bei der heutigen oder einer neuen Parteienstruktur, für mich bleiben zwei Verfassungsbestimmungen entscheidend, nämlich erstens jene, dass die oberste Gewalt unter Vorbehalt der Rechte von Volk und Ständen, der Bundesversammlung, nicht dem Bundesrat obliegt, und zweitens jene, wonach die Mitglieder der Bundesversammlung ohne Weisungen stimmen, also keinem Fraktionszwang unterliegen. Das muss so bleiben. Du siehst: Ohne die institutionellen Probleme gering zu achten, sind letztlich *die Inhalte der politischen Willensbildung sowie die persönliche Grundhaltung der Entscheidungsträger* ausschlaggebend. Wir müssen doch auch diesbezüglich das Recht und die Pflicht, Mensch zu sein, respektieren, so wie es etwa Jeanne Hersch ausgedrückt hat: «Ich schliesse mich nicht einer Gruppe an, ich sage, was ich richtig finde. ... Persönlich beurteile ich die Menschen nicht aufgrund der Gruppe, der sie angehören, sondern aufgrund ihrer Aussagen und Taten.»

Was Ralph sagte, überzeugte mich einerseits. Andererseits musste ich mir auf Grund seiner Skepsis gegenüber den politischen Parteien die Frage stellen, wer denn, wenn nicht sie, die meinungsbildende und ordnende Funktion im Aufbau unserer staatlichen Institutionen übernehmen sollte. Ralph relativierte denn auch: «Ich verkenne die Bedeutung der politischen Parteien nicht. Mir geht es nur darum, dass sie in ihrem Drang zur Macht nicht zum Selbstzweck entarten, sondern dass sie sich primär als Vermittler im Dienste einer bestimmten Gesinnung fühlen. Gäbe es die Parteien nicht, so müsste das entstehende Vakuum ja irgendwie gefüllt werden. Und wer könnte das sein?» Natürlich war ich ratlos und hörte gespannt auf die Fortsetzung: «Ein hoch begabter, im Dienste der Öffentlichkeit stark engagierter, ganz der Freiheit und persönlichen Verantwortung verpflichteter Bankier hat hierüber in einem seiner regelmässig erscheinenden Anlage-Kommentare interessante Gedanken geäußert. Er wies auf die zunehmende Bedeutung und den schon heute beachtlichen Einfluss der so genannten *Non-Governmental-Organizations* (NOGs) hin, wie z.B. Greenpeace, WWF, Jewish World Congress u.a. Mir scheint tatsächlich, ohne

mir in dieser weitreichenden Problematik ein fundiertes Urteil anmassen zu wollen, dass wir uns mit diesem Trend in Zukunft intensiv auseinander setzen müssen.»

Ich hatte soeben meine Uhr konsultiert und festgestellt, dass wir zwar gut im Rennen lagen, und deshalb, wie mir schien, eine Pause verdient hätten. So schlug ich vor, etwas auszuspannen, um dann zur zentralen Frage nach dem Inhalt der zu schaffenden bzw. anzustrebenden Staatsordnung, also zur Frage überzugehen, welche Konsequenzen sich aus Ralphs Menschenbild, aufgrund seiner gesellschaftlichen Werthierarchie und im Rahmen des von ihm so vehement verfochtenen direkt-demokratischen Willensbildungsprozesses aufdrängen. Ralph zeigte für die Pause, jedoch nicht für meine Traktandenliste, Verständnis: «Mir brennt vorerst schon noch etwas anderes auf den Nägeln, bevor wir uns Deinem Thema zuwenden. Wir könnten doch – so sein Gegenvorschlag – hier unten am See, in der kleinen Kneipe auf der Halbinsel im Silsersee ausspannen, dabei aber ein Phänomen diskutieren, das unser Land schon lange in Atem hält. Ich meine den schweizerischen Tell am Ende des 20. und am Anfang des 21. Jahrhunderts! Wenn Du darauf nicht vorbereitet bist und Du willst, kann ich ja vorübergehend die Rolle des Fragestellers selber übernehmen, ohne allerdings, wenn nötig, mit meiner Meinung zurückzuhalten! Was meinst Du?»

Tell – ein Phänomen!

«Noch so gern», ging ich sofort auf seinen Vorschlag ein: «Tell ist tatsächlich eine Erscheinung, die unsere Gesellschaft, die Medien, Politik und Wirtschaft nicht übergehen können. Ich bin gespannt.» Und so liess ich Ralphs erste Frage über mich ergehen: «Was geht Dir durch den Kopf, wenn Du den Namen Tell hörst?» «Du weisst, ich bin ein gewöhnlicher, wenn auch politisch interessierter Bürger, der kaum je eine Abstimmung geschwänzt hat; doch habe ich weder ein politisches Amt inne, noch kenne ich mich in der politischen Szene aus. Also erwarte von mir nicht zu viel», wollte ich mich gleich zu Beginn seines Fragespiels ent-

schuldigen. Aber irgendetwas musste ich mir jetzt ja einfallen lassen: «Also, den Tell findest Du ja immer und überall in allen Zeitungen und Medien dieses Landes. Er ist offenbar bekannt, wirkt auf mich mit seiner sympathischen Art, seiner einfachen, klaren Sprache, seinem Kampfgeist, vor allem aber durch das, was er inhaltlich sagt, sehr positiv. Er kommt offenbar mit seiner Partei, der SVP, bei den Wählern an und soll erst noch ein erfolgreicher Unternehmer sein. So, das wär's fürs Erste.»

«Nicht schlecht», schmunzelte Ralph, «aber Du erlaubst mir zwei Zusatzfragen: ‹Was gefällt Dir denn an seiner Botschaft, und politisiert er nicht gelegentlich, wie man so schön sagt, unter der Gürtellinie?›» Ich kehrte die Reihenfolge um, weil mir die zweite Frage einfacher schien: «Politische Auseinandersetzungen, gleich wo sie stattfinden, sind keine Gottesdienste. Je engagierter jemand eine Sache vertritt, desto leichter kann er auch einmal ausrutschen. Und den Kritikern, die ihn offenbar wegen seines Erfolges am wenigsten mögen (neidisch sind!), gebe ich den Rat, den Balken nicht nur in Tells Augen zu suchen, sondern auch jenen in ihren eigenen und jenen ihrer Mitstreiter nicht zu übersehen. Pharisäer sind für mich ohnehin suspekt. So, nun aber zu den Inhalten. Was mir als eingefleischtem Patrioten und Angehöriger der Aktivdienstgeneration Eindruck macht, ist sein Einsatz für Anliegen, die auch meine sind. Da ist einmal die Unabhängigkeit, die Souveränität, unseres Landes. Wenn ich mich nicht täusche, präsidiert er ja auch eine darauf spezialisierte Bewegung, AUNS, oder wie es heisst. In diesem Zusammenhang gefällt mir seine Kritik an der heutigen EU und dem entsprechend sein Kampf gegen einen EU-Beitritt; dann aber auch sein Einsatz zugunsten von uns Steuerzahlern, sein Kampf gegen die übermächtige Staats-Bürokratie, die überbordenden Subventionen und – darunter leiden wir gewöhnlichen Bürger ja mehr und mehr – die Überflutung unseres Landes mit angeblich Asylsuchenden bzw. die Missbräuche unseres Gastrechts, einschliesslich der Kriminalität. Alles in allem spürt Tell den Puls des Volkes besser als viele andere. In diesem Sinn ist er Populist, d. h. nach meinem Sprachverständnis

näher am Volk. Ich bin auch überzeugt, dass es ihm primär um die Sache, nicht um sich selber geht. Reicht das?»

«Ich kann nur staunen», quittierte Ralph meine Auslegeordnung. «Aber lass mich jetzt in aller Kürze zwei Dinge ergänzen, die besonders eng mit den vorhin erörterten Problemen unserer Demokratie und ihrer Institutionen zu tun haben. Zuerst das *Verhältnis zur Macht*. Tell wird ja – abgesehen von seinem manchmal schon etwas provokativen Stil – vor allem kritisiert, weil er «ein fanatischer Machtmensch» sei (so alt Bundesrat Friedrich in einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger»), und nur ein Ziel kenne, nämlich in den Bundesrat zu kommen. Sicher ist das Streben nach Macht die Triebkraft vieler Politiker. Ich habe mich darüber ja ausführlich geäußert. Auch Tell empfindet die Machtlosigkeit in der Politik als oft zermürend und frustrierend. Aber die Wurzeln seines persönlichen und finanziellen Engagements für seine SVP und unser Land liegen nun wahrlich tiefer und verdienen Respekt.

Im Detail hat sich Prof. Walder in einem offenen Brief mit den teils schamlosen und absurden Vorwürfen des früheren Bundesrates an die Adresse von Tell auseinander gesetzt. Hier greife ich eine einzige Anschuldigung heraus, nämlich jene, dass «man mit dem Einsatz von ein paar Dutzend Millionen alle Gegenstimmen flächendeckend erstickern kann, und Volksentscheide damit käuflich werden». Diese Blindheit eines früheren Magistraten beleidigt nicht bloss unsere Stimmbürger, sondern sie stellt die Institution der direkten Demokratie an sich in Frage, ist also Ausdruck der Macht-Arroganz nicht von Tell, sondern eines Teils unserer politischen Mandatsträger. Ich bin auch nicht sicher, ob Tell tatsächlich und ernsthaft (nicht einfach auf Grund einer bestimmten, nicht von ihm selber eingefädelten Konstellation) einen Sitz im Bundesrat anstrebt, was an sich kein Grund wäre, ihn als fanatischen Machtmenschen abzustempeln. Sicher bin ich aber, dass er sich als Exponent der SVP und als Parlamentarier wirkungsvoller für seine Ideale einsetzen kann, als wenn er sich in die Kollegialbehörde, genannt Bundesrat, einbinden liesse. Das habe ich ihm übrigens schon in meiner Ansprache anlässlich der Vernissage seines Buches «Liebi Fraue und Manne» zu bedenken gegeben. Ich hoffe auch, er werde sich nicht auf politischen Nebenkriegsschauplätzen

zersplittern und bei seiner in der Sache gebotenen Härte persönliche Diffamierungen meiden. Jedoch vertragen sich die häufigen, offenen und versteckten, meist recht unqualifizierten Attacken der NZZ sowie des Präsidenten der schweizerischen FDP auf Tell und die SVP auch nicht besonders gut mit der von denselben Kreisen so gern beschworenen politischen Kultur.

Und nun die zweite Ergänzung, und zwar zu Deiner Bemerkung, Du würdest als Angehöriger der Aktivdienstgeneration sprechen. Du bist also, wie ich, nicht mehr der Jüngste. Und genau der Vorwurf, Tell spreche mit seiner SVP und der AUNS (der Aktion für eine neutrale und unabhängige Schweiz) primär Senioren an, wäre natürlich nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, wenn er zutrifft. Es ist eine andere Generation, welche die Zukunft bauen und Menschen-gerecht gestalten soll.» «Da stimme ich Dir voll zu, und es ist nicht zuletzt dieser *Generationenkonflikt*, der mir tatsächlich Zurückhaltung in meinen Meinungsäusserungen auferlegt hat», unterbrach ich kurz. Doch Ralph beruhigte mich: «Darüber habe ich erst kürzlich mit Tell gesprochen. Er konnte indessen aufgrund verschiedener Beispiele und Fakten darlegen, dass er bzw. seine SVP zunehmend und sichtbar Junge anspricht, dass beispielsweise das Durchschnittsalter der Parteivorstände in den neugegründeten Kantonalsektionen um 25 sei. Das sind doch höchst erfreuliche Perspektiven, selbst im vollen Bewusstsein, dass es noch Jahre, eher Jahrzehnte dauern kann, bis sich diese Generation durch den harten Zement der heutigen Sesselkleber an die Schalthebel der Macht auf Bundesebene herauf gearbeitet hat.»

Jetzt hatte sogar die Sonne mit einem warmen Lächeln uns eingeladen, die Kneipe am See endlich zu verlassen. Wir wollten trockenen Fusses den Gestaden des Silsersees entlang Richtung Maloja weitermarschieren und unser Gespräch jetzt auf die zentralen Inhalte bringen, für die sich Ralph in Staat und Wirtschaft eingesetzt hatte.

Staat

«So, jetzt halte mir mal eine Vorlesung, *welchen Staat Du Dir denn eigentlich wünschst*», wollte ich Ralph Gelegenheit geben auszuholen.

Ideal und Wirklichkeit

Doch ich täuschte mich. «Um diese Frage zu beantworten, braucht es keine Vorlesung.» Und ohne Zögern brachte er es auf einen kurzen Nenner: «Der Staat, wie ich ihn aufgrund meines Menschenbildes wünsche, müsste dem mündigen und rechtschaffenen Bürger breiten Freiraum gewähren, ihn sich entfalten und am direkt-demokratischen Willensbildungsprozess teilhaben lassen. Er müsste Freiheit und Geborgenheit bieten sowie in seinem Tun und Lassen auf die persönliche, umfassende Verantwortung, auf Selbsthilfe und Solidarität bauen.» Ralph schwieg. «Und das wär's?», brach ich das Schweigen. «Was willst Du denn noch hören?», kam es irgendwie neckisch zurück.

«Dann bist Du also mit unserm Staat zufrieden, oder verstehe ich das falsch», suchte ich etwas verlegen, das Gespräch weiterzubringen. «Allerdings verstehst Du das falsch», und jetzt kam bereits Bewegung in seine Ruhe: «Natürlich leben wir, vor allem wenn wir in die weite Welt blicken, nach wie vor in einer weitgehend intakten Gesellschaftsordnung. Das darf uns freuen. Aber dieser unser Staat hat sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Er entfernt sich mehr und mehr vom soeben umrissenen Ideal-Typ, den natürlich kaum je ein Staat in Reinkultur verkörpern kann. *Der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat verkümmert und verkommt allmählich zu einem zentralistischen, bürokratisch gesteuerten, von Machern beherrschten, sozialistisch geprägten Giganten.* Dadurch geht der Freiraum und die Geborgenheit der Bürger sowie die Eigenverantwortung und der Wille zur Selbsthilfe und freiwilligen Solidarität verloren. Dass es soweit kommen konnte, liegt teils an jenen Menschen, die Eigenverantwortung und Selbsthilfe gering achten und unbedacht nach der schützenden Hand des Staates rufen, an

jenen Menschen auch, die Kleinstaatlichkeit und Eigenständigkeit verhöhnern, die ‹Weltbürger› werden wollen; andererseits aber an Politikern und Beamten, an Eiferern mit gutem Willen, die nach Macht streben und deren Apparat eine kaum noch beherrschte Eigen-
dynamik entwickelt.»

«Das musst Du jetzt allerdings schon noch etwas näher erklären, fast möchte ich sagen belegen.» Dieser Wunsch schien mir zum Verständnis von Ralphs Engagement wichtig, obwohl ich weiss und ihm auch jetzt zugestand, dass er im Parlament sowie in unzähligen Referaten und Aufsätzen konkreten Sündenfällen aus Überzeugung und mit Fakten entgegenzutreten suchte. «Lass mich die m. E. schwerwiegendsten *Entwicklungstendenzen* veranschaulichen», fing er an. «Ich versuche zu zeigen, dass

- der Glaube an die staatliche Machbarkeit eskaliert,
- die schweizerische Kleinwelt (politisch und wirtschaftlich) im institutionellen Grössenwahn erstickt,
- mit der Flucht in Gesetze und institutionelle Neuerungen, mit hoch greifenden Visionen und sogenannten Konzepten anstehende Probleme vor sich hergeschoben, aber nicht gelöst werden.»

«Bevor Du jetzt Beispiele bringst, interessiert mich eine Frage», fuhr ich dazwischen: «Wie kommt es denn überhaupt, dass sich in unserer Gesellschaft, in unserer Staats- und Wirtschaftsordnung, so Grundlegendes geändert hat?» Ralph zögerte einen Moment: «Alles ist eine Frage der Mentalität, der geistigen Grundhaltung und des Wertewandels einerseits, der gestörten Mechanismen unseres politischen Willensbildungsprozesses andererseits. Das konntest Du meinen bisherigen Gedanken entnehmen, und das wirst Du in den folgenden *Beispielen* bestätigt finden.

Fatale Staatsgläubigkeit

Ich fange an mit dem *Glauben an die staatliche Machbarkeit*. Ein untrügliches Zeichen ist doch die wachsende Fiskal- und Staatsquote.

Darin darf man ja nicht einfach eine statistische oder arithmetische Grösse sehen, die unsinnige Spielchen um Kommastellen oder internationale Vergleiche erlaubt. Sie zeigt vielmehr, insbesondere als Trend, welchen Teil des von uns allen erarbeiteten Kuchens (dem Volkseinkommen) der Staat durch Steuern und Abgaben aller Art abschöpft (Fiskalquote) und diese nach eigenen Gesetzmässigkeiten wieder umverteilt (Staatsquote). *Wir werden alle zuerst enteignet* – ja enteignet sage ich. Wir verfügen gar nicht frei über unser deklariertes Einkommen und Vermögen, und wir zahlen höhere als echte Entgelts-Preise für Waren und Dienstleistungen. Wir erhalten dann auf irgendwelchen Wegen und in irgendwelcher Form wieder etwas zurück, der Eine mehr, der Andere weniger, teils Sinnvolles und Nötiges, teils Unsinniges und bloss Wünschbares. Aber diese ganze Umverteilungs-Maschinerie kostet ihrerseits Geld, viel Geld, und zwar umso mehr, je perfekter und vermeintlich gerechter die vielfältigen Begehrlichkeiten befriedigt werden wollen und je mehr Beamte und Politiker sich der Illusion hingeben, mit Gesetzen, staatlich beherrschten Institutionen und natürlich immer noch mehr Geld lasse sich gewissermassen das Paradies auf Erden herbeizaubern.

Der moderne Wohlfahrtsstaat – mit Zahlen muss ich Dir das nicht belegen – hat die Grenze des Verantwortbaren und Sinnvollen überschritten. Er *erstickt die Eigenverantwortung und den Willen zu persönlichen Risiken*. Die Vollkasko-Mentalität eskaliert. (Sogar die Opfer bedauerlicher Katastrophen auf freiwillig gebuchten Reisen in freiwillig gewählte Länder werden durch den Bundespräsidenten am Krankenbett besucht und mit Steuergeldern abgegolten!) Kein Wunder, dass laufend die Steuer- und Abgabenschraube angezogen werden muss. Trotzdem versinkt der Staat in bequemen, aber teuren Schulden. Das Ganze ist also ein staats- und wirtschaftspolitisches Problem gleichermaßen. Die Ursachen hängen natürlich mit dem früher geschilderten Werte-Zerfall zusammen.»

«Was ist denn der ‹suchterzeugende Stoff›, was ist die ‹Droge› des Wohlfahrtsstaates? Wohlfahrt als solche kann es nicht sein, und auch nicht der materielle Wohlstand. Ich lehne die weit ver-

breitete konservative und kulturpessimistische These ab, dass Wohlstand notwendigerweise zu Sittenzerfall und zur unbeherrschbaren «Gier nach mehr» führt.

Die gesellschaftszerstörende Droge ist die vom Neid angetriebene Gleichmacherei, die fehlende Bereitschaft, den Unterschied zwischen «reich» und «arm» zu akzeptieren. Das suchterzeugende Medikament heisst Umverteilung, und es müsste konsequenterweise nicht vom «Wohlfahrtsstaat» die Rede sein, sondern vom Umverteilungsstaat bzw. vom Neidstaat. Die so genannte «Schere zwischen Arm und Reich» ist ein vielbeschworenes Problem, das mit dem politischen Slogan «Die Reichen werden immer reicher und die Armen werden immer ärmer» zum Ausdruck gebracht wird. ... Die Schere hat sich zwar geöffnet, aber auch der Lebensstandard der Ärmsten ist gestiegen, und zwar nicht trotz der Öffnung der Schere, sondern wegen dieser Öffnung.»

(Robert Nef)

Das tönte ja alles recht überzeugend. Aber eine Frage wollte ich noch loswerden, bevor Ralph, der inzwischen ein forsches Tempo angeschlagen hatte, sich auf sein nächstes Thema stürzen konnte: «Ich verstehe. Nur, wenn ich mich recht erinnere, so hat doch diese zugegeben unerfreuliche Entwicklung bereits eingesetzt, als Du selber in dem von Bürgerlichen beherrschten Parlament mitgemixt hast. Brachten denn Deine Interventionen nichts?»

Kampf an allen Fronten

Ralph machte grosse Augen. «Also mitgemixt in diesem Teig habe ich nun wirklich nicht! Du hast zwar Recht: Angefangen hat die schleichende Sozialisierung – ich brauche dieses Wort bewusst immer wieder – schon vor Jahrzehnten. Auch stimmt es, dass in dieser ganzen Zeitspanne Bundesrat und Parlament bürgerlich dominiert waren. Über die Gründe haben wir schon gesprochen. Tatsache ist leider, dass die *Mahnrufe einiger Rufer in der Wüste* im Parlament, aber

auch ausserhalb des Bundeshauses, im Rausch der über Jahre mehr oder weniger ungebrochenen Hochkonjunktur verhalten. So wurde, um nur ein Beispiel herauszugreifen, in einem vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement bereits in den 70er Jahren in Auftrag gegebenen Expertengutachten über die «Lage und Probleme der schweizerischen Wirtschaft» überzeugend und unmissverständlich die sich anbahnende Pleite unseres Systems der sozialen Sicherheit nachgewiesen. Ausser mir (entschuldige diese Ich-Bezogenheit) hat im Parlament kaum jemand daraus zitiert.»

Ich sah Ralph an und hatte den Eindruck, in seinem Gesicht Anzeichen von Zorn, vielleicht auch bloss Enttäuschung zu lesen. «Bist Du verbittert?», fragte ich. «Dazu habe ich keinen Grund», riss sich Ralph zusammen. «Schon zur Zeit, als ich im Parlament war, und seither ohnehin stand bzw. steht die Politik glücklicherweise nicht im Zentrum meiner Aktivitäten und meines ganzen Lebens. Aber Du musst verstehen, dass in den 16 Jahren meines parlamentarischen und politischen Engagements nicht alles spurlos an mir vorüber ging. Allzu häufig wurde ich als «Totengräber des Sozialstaates» verschrien oder von den «Netten» in den eigenen Reihen mitleidig belächelt. Glücklicherweise gab es ein paar wenige Kollegen im Parlament, vor allem aber treue politische Freunde ausserhalb des Bundeshauses, die mich stets unterstützten und ermunterten, nicht nachzulassen.»

«Aber ein *Bremser* warst Du schon, oder nicht?» Ob Ralph jetzt wieder versuchen würde zu differenzieren, dachte ich; doch diesmal täuschte ich mich. Sein Bekenntnis war klar: «Wenn ein Schnellzug ausser Kontrolle zu geraten droht – und unser Wohlfahrtsstaat stand schon damals und steht bis heute in dieser Gefahr –, so braucht es die Bremse, um Unheil zu vermeiden. Ich habe auch stets das Bild vom *Marschhalt* gebraucht. Damit gibt man ja zu, noch nicht am Ziel zu sein. Aber man setzt aus, um Atem und neue Kraft zu schöpfen, damit es nicht zum Kollaps kommt. Schliesslich sollten wir uns immer wieder der griechischen Sage von *Ikarus* erinnern, der, entgegen den Warnungen seines besonnenen Vaters Dädalus, sich zu hoch empor in die Lüfte schwang, bis die Strahlen der Sonne seine wach-

geklebten Flügel zum Schmelzen brachten, und Ikarus ins Meer stürzte.»

«Wie fühltest Du Dich denn überhaupt vor Deinem Übertritt in die Privatwirtschaft und Deinem Eintritt ins Parlament?» Es war mir plötzlich eingefallen, dass Ralph während vieler Jahre als vollamtlicher Staatsbeamter im Dienste der Öffentlichkeit gestanden hatte, und diese Periode wollte ich doch nicht ganz ausblenden. So stiess ich nach: «Musstest Du als *Beamter* nicht oft Deine staatskritische Einstellung dem Engagement für «mehr Staat» opfern?» Jetzt blieb Ralph stehen und blickte mir tief in die Augen: «Ich habe in meinem Leben viel Glück gehabt. Und ein grosses Glück war, dass ich während meiner Beamtenlaufbahn fast ausschliesslich auf Posten wirken durfte, die von mir genau das verlangten, was ich aus Überzeugung tun konnte, nämlich beizutragen, dass sich die staatliche Ausgabenpolitik nach den Grundsätzen nicht nur der *Rechtmässigkeit*, sondern auch der *Wirtschaftlichkeit*, der *Sparsamkeit* und der *Effizienz* richtet. Sowohl die Aufsicht über die Haushaltsführung als auch die gestaltende Einflussnahme auf die Verwaltungsorganisation und finanzpolitische Willensbildung in Form von Mitberichten und Exposés zuhanden der Regierung und des Parlamentes gaben mir Gelegenheit, meine wissenschaftlichen Erkenntnisse und politischen Überzeugungen einzubringen. Als weiteren Glücksfall empfand ich meine Vorgesetzten, insbesondere den langjährigen Finanzdirektor und Ständerat E.B., die mich fast vorbehaltlos unterstützten, mir Freiraum gewährten, und zu denen sich ebenso wie zu zahlreichen Chefbeamten, trotz gelegentlich sachlich unterschiedlicher Positionen, anhaltende Freundschaften entwickelten. Du siehst: Glück muss man haben!»

Ich spürte, dass aus der Beamtenlaufbahn von Ralph noch einiges zu erfahren wäre, wollte aber nicht allzu lange dabei verweilen. Eine Episode schien mir dennoch klärungsbedürftig: «Aufgrund Deiner Erfahrungen im Staatsdienst warst Du ja in besonderem Masse legitimiert, später im Parlament, schon Ende der 70er und zu Beginn der 80er Jahre, *gegen die ständige Aufstockung der Personalbestände* anzutreten. Du hast sogar die Aufhebung einzelner Bundesämter, gleich-

zeitig die bessere *Koordination*, sogar über Departementsgrenzen hinweg, gefordert. Und genau dieses Anliegen stützte sich doch, wenn ich mich richtig erinnere, ebenfalls auf eine Erfahrung, die Du seinerzeit als Generalsekretär in der Bundesverwaltung gemacht hast, oder nicht?»

Jetzt lachte Ralph herzlich, was mir zeigte, dass ihn dieses eher bittere Erlebnis nicht mehr belastet: «Es stimmt, als Generalsekretär hatte ich den offenbar verwegenen Versuch unternommen, die bessere Koordination der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik im Bund anzuregen, damit diese zentralen Probleme wirkungsvoller, gewissermassen aus einem Guss, ganzheitlich, beurteilt und gestaltet werden könnten. Die Eucken'sche «Interdependenz der Ordnungen» war mir eben schon damals ein Anliegen. So anerbote ich mich, diese Aufgabe, zusätzlich zu den angestammten Pflichten des Generalsekretärs, als Beauftragter des Bundesrates zu übernehmen. Der damalige Departementsvorsteher, H. Sch., mit dem ich mich bis heute sehr verbunden fühle, den ich als Staatsmann – ja: als Staatsmann – und Mensch hoch schätze, stellte einen entsprechenden Antrag, und der Bundesrat stimmte, wenn auch widerwillig, zu. Doch blockierte der mitbetroffene Minister und seine Chefbeamten (alles übrigens freisinnige Koryphäen!) diesen Einbruch in ihre Königreiche, so dass ich den Bettel hinwarf und dann gleich noch, als H. Sch. gesundheitshalber zurücktrat, den Bundesdienst ganz quittierte. Darauf hatten allerdings andere gewartet, denn ich vernahm meinen Rücktritt, bevor ich diesen eingereicht hatte, in der Badewanne am Radio!»

So reizvoll es gewesen wäre, Ralph weitere Erlebnisse aus seiner Beamtenlaufbahn zu entlocken, wollte ich auf seine späteren parlamentarischen Aktivitäten zurückkommen: «Kannst Du jetzt aber nicht, wenigstens in Stichworten, ein paar *persönliche parlamentarische Vorstösse oder andere Einsätze* zugunsten Deines Staatsverständnisses in Erinnerung rufen?» «Aber wirklich kurz, einfach aus dem Gedächtnis, ohne viel Systematik und ohne Begründung», nahm er den Faden wieder auf. «Ich fange mit einigen *Erfolgen* an, denn auch solche gab's, und zwar vor allem dann, wenn das Volk zu Projekten

Nein sagte, die vom Parlament, meistens auch von den schweizerischen Bundesratsparteien, zur Annahme empfohlen worden waren. Ich denke beispielsweise an die erste Mehrwertsteuervorlage im Jahre 1976, die dem Bund auf Anhieb 2,5 Mia. Franken Mehreinnahmen gebracht hätte. Fast die gesamte Prominenz in Politik und Wirtschaft machte sich dafür stark. Im Parlament war ich in der Minderheit geblieben, aber der Einsatz in gegen 40 Veranstaltungen vor der Volksabstimmung führte schliesslich zum Erfolg. Ferner erwähne ich den ersten Anlauf zur Mutterschaftsversicherung oder die Einführung einer Innovationsrisikogarantie für Unternehmer. Gegen das entsprechende Bundesgesetz hatte ich gemeinsam mit einem prominenten, im Gewerbe verankerten CVP-Politiker das Referendum lanciert und dann wiederum in zahlreichen Veranstaltungen und Zeitungsartikeln die Nein-Parole vertreten.

Mit parlamentarischen Vorstössen oder Voten setzte ich mich – aber hier meistens *erfolglos!* – insbesondere ein für die Lockerung von Index-Automatismen, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der 9. AHV-Revision, für die Ausklammerung von Verbrauchssteuern aus dem Lebenskostenindex, für die Erarbeitung einer Gesamt-Energie-Konzeption (bereits 1972!), für klare und strenge Prioritätsvorstellungen des Bundesrates in den Legislaturplanungen (bereits 1974!), für Gemeinkosten-Wertanalysen sowie die Personalplafonierung in der Bundesverwaltung und den Bundesbetrieben (zu einer Zeit, als die Personalbestände noch laufend aufgestockt wurden), für verstärkte Ausgabendisziplin und gegen stets weitere Steuererhöhungen oder für die Aufhebung des Bundesamtes für Konjunktur. Interessant, dass ausgerechnet dieser Vorstoss – obwohl im Ständerat 1985 abgelehnt – in der Presse auf breites Echo gestossen und relativ wohlwollend kommentiert worden war. Sogar der «Tages-Anzeiger» hatte unter dem Titel «Kein Schlagabtausch, aber ein Duell» eine Spalte mit zwei Köpfen (ausser meinem jenem des damaligen Bundesrates K. F.) gebracht.»

«Ich glaube, das reicht», wollte ich unterbrechen, doch Ralph war jetzt in Fahrt und fuhr fort: «Natürlich gäbe es noch mehr, aber lass mich wenigstens mit einigen Beispielen ergänzen, was mir nach

meinem Ausscheiden aus dem Parlament nicht gepasst hat. Im Sinne der Aufforderung unseres Finanzministers, vermehrt den Mut zum Nein zu haben, galt bzw. gilt dieses Nein der Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta, dem EWR als Vorhof zur EU, der staatlichen Sportförderung und der Schaffung eines Bundesamtes für Sport, der Subventionierung des Tourismus und der Energie (finanziert durch eine Sondersteuer!), die Einführung von Staatssekretären, der Zwei-Röhren-Neat und der leistungsabhängigen Schwerkverkehrsabgabe, der überrissenen Forschungsförderung und schliesslich – last, but not least – der neuen Bundesverfassung. Diese ist wohl das schlimmste Beispiel fataler Staatsgläubigkeit der letzten Jahrzehnte!»

«Das verstehe ich jetzt aber nicht», konnte ich meine Überraschung nicht verbergen. «Die *neue Bundesverfassung* ist doch nichts anderes als eine Nachführung des geltenden Rechts, klarer gegliedert und verständlicher geschrieben. Was soll daran nicht gut sein? Sie war ja in der Bundesversammlung praktisch unbestritten, und in der Bevölkerung regte sich erst kurz vor der Abstimmung eine gewisse Skepsis, allerdings ohne die deutliche Annahme damit zu gefährden.» «Jetzt sprichst Du allerdings grosse Worte gelassen aus», nahm es Ralph scheinbar locker. Doch ich spürte rasch, dass es ihm ernst war: «Wie es sich für das Grundgesetz eines Staates, eben seine Verfassung, gehören würde, könnten wir hierüber stunden-, ja tagelang reden. Leider unterblieb im Parlament und in der Öffentlichkeit eine seriöse Auseinandersetzung. Alles geschah unter Zeitdruck, und zwar – ich sagte es schon –, weil sich der Justizminister vor seinem Rücktritt dieses, sein Denkmal setzen wollte. Entscheidend aber ist, dass von blosser Nachführung keine Rede sein kann. Es werden sowohl für die künftige Aussenpolitik Türen geöffnet als auch der weitere Ausbau unseres Wohlfahrtsstaates vorprogrammiert. Dabei denke ich weniger an den trotz seinerzeitigem Volks-Nein in die Verfassung hineingeschmuggelten Kulturartikel als vielmehr an die zahlreichen so genannten *Sozialziele*. Zugegeben: Diese bieten keine einklagbaren Rechts-Ansprüche. Aber sie sind eine Einladung, sogar eine Aufforderung, auf dem Wege der Gesetzgebung sie nachher zu konkretisieren und durchzusetzen. Das Parlament wird

sich laufend mit solchen Vorstössen, die sich dann eben auf die neue Verfassung stützen, konfrontiert sehen. Die Sozialziele, verbunden mit den zahlreichen Schutz- und Förderkompetenzen, sind nichts anderes als *Ausdruck jener fatalen Staatsgläubigkeit*, die eben nicht meinem Staatsverständnis entspricht.»

Die schweizerische Kleinwelt – stirbt sie?

Inzwischen hatte sich unser Weg vom Silsersee leicht abgesetzt; er führte uns über Weiden und Wiesen, bereits besiedelt durch einzelne Chalets und Gaden, gegen das schmucke Dörfchen am Ende des Sees: Maloja, 1800 Meter über Meer. Auf der linken Seite das stolze Massiv des Piz Margna, vor uns auf der Passhöhe, in stämmige Tannen eingebettet die Burgruine, und auf der rechten Seite der Blick hinauf zum Piz Lunghin. So präsentiert sich das obere Ende dieses imposanten Hochtals. Was hätte besser als diese Idylle unser Gespräch zum nächsten Thema überleiten können. Dieses sollte ja unserer schweizerischen Kleinwelt gewidmet sein, von der Rudolf von Salis noch 1972 geschwärmt und u. a. geschrieben hatte: «Die Schweiz ist eine Kleinwelt, ... Es ist fast ein Wunder, dass die Veränderung der Zivilisation dem Menschenschlag unter diesem Himmelsstrich so wenig anzuhaben vermochte. Es wäre fehl am Platze, wenn man dieses Überdauern bestimmter menschlicher und sozialer, auch politischer Eigenschaften (soll ich sagen: Tugenden) abschätzig als provinziell, als überlebte Kleinwelt bezeichnen würde; es sei denn, dass man diese in ihrem positiven Sinn gebraucht, als eine biologische und soziale Lebensform, die sich dadurch auszeichnet, dass sie Bestand hat und nicht irre geworden ist an bestimmten Wertmassstäben.»

«Du hast davon gesprochen, dass die schweizerische Kleinwelt im *internationalen Grössenwahn* zu ersticken drohe. Worin bestehen denn diese Atembeschwerden?», nahm ich das Gespräch wieder auf. «Nicht schlecht», ging Ralph sofort auf meine Frage in. «Wir leiden in der Tat an Atembeschwerden. Ich will jetzt bewusst nicht alles zur Sprache bringen, was unsere schweizerische Kleinwelt auszeichnet, wie z. B. die Gemeindeautonomie, den Föderalismus, die anhaltend

starke Stellung der Klein- und Mittelbetriebe in unserer Wirtschaft usw. Auch lasse ich die mit der weltweiten Globalisierung verbundenen spezifisch unternehmerischen Probleme ausser Acht. Wahrscheinlich werden wir darauf ja später zu sprechen kommen. Was ich mit dem internationalen Grössenwahn meine, ist die Beengung unserer eigenen Bewegungsfreiheit, unserer staatlichen Eigenständigkeit, durch internationale Verpflichtungen (teils zwingende, teils selber gesuchte) bis hin zur Einbindung in überstaatliche Institutionen.» «Aber gilt es jetzt nicht auch hier, wie Du das ja sonst auch häufig tust, zu differenzieren? Ich habe den Eindruck – ergänzte ich noch –, dass nicht alles einfach schlecht ist und Atembeschwerden auslösen muss, was nach Weltoffenheit riecht.»

Öffnung Ja – Einbindung Nein

«Jetzt übertreibst Du natürlich selber», lachte Ralph – ohne Anzeichen von Atembeschwerden! «Zunächst zur Öffnung. *Es gibt doch kaum Menschen und einen Staat, die so weltoffen und, ich möchte beifügen, so solidarisch sind, wie wir Schweizer.* Und das ist gut so. Denke an unsere Vielsprachigkeit, an unsere bevorzugten Ferenziele, denke weiter an unsern Aussenhandel, an die vielen Multis in Industrie, Banken und Versicherungen, den Tourismus oder an die unter massgeblicher schweizerischer Führung geschaffene europäische Freihandelszone, und denke schliesslich an die wirklich zahllosen Hilfsaktionen, in denen sich teils private und gemeinnützige Institutionen, teils der Staat international engagieren. Du erinnerst Dich an die in anderm Zusammenhang genannten Beispiele. Und da spricht man noch von einer Igelstellung der Schweiz. Lächerlich! Aber darum geht es ja nicht. Natürlich kann es uns angesichts von Missbräuchen schon dabei mal den Atem verschlagen. Doch ersticken müssen wir deswegen noch nicht.» «Aber wo wird es denn Deiner Ansicht nach *kritisch?*», wurde ich wieder ernsthafter. Ralph fing bei (scheinbaren) Kleinigkeiten an, um dann schrittweise zu eigentlichen Bedrohungen überzugehen: «Dass die *Reisediplomatie* unter dem neuen Aussenminister noch mehr über-

bordet als unter seinem Vorgänger, kann man bedauern, schneidet mir aber den Atem noch nicht ab. Schon mehr Mühe habe ich, wenn unsere Regierung und Unterhändler unsere eigenen Interessen (beispielsweise beim Abwägen von Leistung und Gegenleistung) zu wenig hartnäckig vertreten bzw. aus freien Stücken, einfach um zu gefallen, *nachgeben* oder *nachvollziehen*, was unsere Partner wünschen. Bereits das kratzt an unserer Eigenständigkeit, verrät wenig Selbstbewusstsein und schafft oft Präjudizien für spätere Entscheide der zuständigen Instanzen. Ein Beispiel solch unterwürfiger und erst noch verfehlter Gesten ist das vom damaligen Bundespräsidenten zu falscher Zeit und an falschem Ort lancierte Projekt einer Solidaritätsstiftung.

Bedenklich allerdings, und jetzt muss ich tatsächlich um Atem ringen, wird es dann, wenn wir nicht bloss aufgrund freiwilliger, vertraglicher Abmachungen über die Grenzen hinaus zusammenarbeiten, sondern wenn wir uns *einbinden* würden in eine supranationale Institution, wie die *Europäische Union (EU)*. Diese entfernt sich mit ihrem Drang zu Macht und dem Imponiergehabe ihrer Funktionäre nun einfach mehr und mehr von unsern schweizerischen Ordnungsvorstellungen. Was die EU zentral- und osteuropäischen Staaten bzw. deren Bürgern bieten kann, nämlich – wie es Staatssekretär Kellenberger kürzlich gesagt hat – «Wohlstand, Sicherheit und Freiheit, Festigung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Grundfreiheiten», mag für diese Länder zutreffen, für uns aber nicht. Wir dürfen und sollen diesbezüglich andere Massstäbe anlegen und uns wohl überlegen, ob wir gerade bezüglich Wohlstand, Freiheiten und demokratischer Mitwirkung der Bürger nicht einen zu hohen Preis bezahlen müssten.

Dieser zu hohe Preis gab schon den Ausschlag für mein Nein zum EWR, und er würde auch in der Beurteilung der vorliegenden Bilateralen Verträge mehr Gewicht verdienen, als ihm die Befürworter beimessen.

Der Trend von einer ursprünglich auf Friedenssicherung bedachten Gemeinschaft hin zu einer Währungs-, Sozial-, Wirtschafts- und Fiskalunion käme, wenn wir mitmachen, einem Verlust an

Souveränität gleich, der für unsere Bürger schmerzliche Konsequenzen hätte – nicht nur bezüglich Fiskalbelastung! Und an das Wohl der eigenen Bürger zu denken, sollte ja auch der Schweiz nicht verboten sein. Wer mit offenen Augen beobachtet, was sich (vorläufig) in der EU tut, wie dort Werte zerfallen, dank deren wir zu dem geworden sind, was wir heute noch sein könnten – Du erinnerst Dich an früher Gesagtes –, dem fällt es schwer, den Minderwertigkeitskomplex, das Anlehnungsbedürfnis, sogar die Lust auf Einbindung in das moderne Babylon unserer Diplomaten, Bundesräte oder anderer politischer und wirtschaftlicher «Führer» zu verstehen.

«Es ist eine fast hegelianische List der Vernunft, dass eben in dem Augenblick, in dem das Schweizer Modell für Europa am zeitgemässesten und nützlichsten wäre, ausgerechnet die Schweizer an ihrem eigenen System zweifeln. Die Schweiz ist keine zerbrechliche «Willensnation», sondern ein historisch gewachsenes Gebilde, eines, das kräftig genug ist, nicht nur zu überleben, sondern auch den anderen Europäern einige Beispiele zu geben, wie sie aus der jetzigen Misere herauskommen können.»
(Jonathan Steinberg)

Und noch ein Letztes: Unsere kleinstaatlich gebotene Bescheidenheit, unsere staatliche Unabhängigkeit und Neutralität verlören wir vollends, wenn wir uns zu Teilen jener Weltpolizisten degradieren liessen, die sich, wie einst Söldner, an Ort in fremde Händel *einmischen* würden. Was sich diesbezüglich im Balkan, in Afrika und andern Regionen anbahnt oder schon im Gang ist, beobachte ich mit grosser Sorge.»

Inzwischen war unser Reiseziel in Griffnähe gerückt. Für ein Stichwort – schien mir – sollte es noch reichen. Ralph hatte es soeben angetippt, nämlich unsere *Neutralität*. Im vollen Bewusstsein, dass wir uns damit nicht vertieft auseinander setzen könnten, packte ich den Stier gleich bei den Hörnern: «Ist unsere Neutralität über-

haupt noch sinnvoll und zeitgemäss?» «Ich möchte von meinem Menschenbild und der Stellung des Menschen in unserer Gesellschaft ausgehen», spannte Ralph den Bogen zurück an den Anfang unseres Gesprächs: «Dem mündigen Menschen als Bürger steht das Recht auf freie Meinungsäusserung zu. Der innere Zusammenhalt unserer Gesellschaft wird damit befruchtet, oft strapaziert. Aber: Der demokratische Willensbildungsprozess bindet alle in unsere staatliche Ordnung ein. Wenn nun nach aussen der Bund Partei ergreifen bzw. sich in einen Block einbinden lassen wollte, also über seine Geschicke nicht mehr eigenständig entscheiden dürfte, so könnte der innere Zusammenhalt in unserem Land gefährdet werden.»

«Für Dich hat also die Neutralität eine – zeitlose – innenpolitische Begründung, wenn ich Dich richtig verstehe», unterbrach ich kurz. «Richtig – bestätigte Ralph –, zwar gehen jene, die die schweizerische Neutralität als nicht mehr zeitgemäss erachten, davon aus, es sei gewissermassen der Frieden auf Erden ausgebrochen, die Mauer sei ja vor zehn Jahren gefallen! Diese Illusion wird durch einen Blick in die Realität Lügen gestraft, trotzdem aber vielerorts nicht zur Kenntnis genommen. Es macht doch für uns neutralitätspolitisch keinen Unterschied, ob sich früher Deutschland und Frankreich bekriegt haben, oder ob sich heute auf dem Balkan oder anderswo Völkerschaften und Staaten gegenseitig auszurotten trachten. *Deshalb bin ich überzeugt, dass unsere Neutralität innen- und aussenpolitisch gleichermassen aktuell bleibt.* Was der Bundesrat in seinem neuesten sicherheitspolitischen Bericht zu diesem Thema sagt, hat ein Kenner der Materie als «verräterische Wortklauberei» bezeichnet.»

«Und die *Solidarität mit der internationalen Staatengemeinschaft*? Erfordert diese nicht ein Mitmachen auch der Schweiz?» «Nein und nochmals nein», unterbrach mich Ralph heftig. «Was zur internationalen Solidarität generell zu sagen ist, habe ich gesagt! Mit der Preisgabe unserer Neutralität und Einbindung hier oder dort, tun wir niemandem einen gewichtigen Dienst, können aber für die internationale Gemeinschaft sicher nicht mehr, sondern eher weniger

tun als heute. Vor allem würden wir uns selber, den Menschen im eigenen Land und unserm gesellschaftlichen Zusammenhalt Belastungen auferlegen, die wir uns ersparen wollen und ersparen dürfen. Denken wir doch wieder einmal an unsere eigenen Menschenrechte, an das Wohlergehen unserer Mit-Eidgenossen, und nicht immer nur an jenes anderer!»

«Die Aktualität der schweizerischen Neutralität leidet heute weniger an sich verändernden aussenpolitischen Gegebenheiten, dafür um so mehr am nebulös gewordenen Neutralitätsverständnis bei einem Teil unserer tonangebenden Politiker und unseres höheren militärischen Kaders. Diese empfinden die Neutralität als Hemmnis für ihre aussen- und militärpolitischen Ambitionen.»
(Max U. Rapold)

Eine staatsbürgerliche Lektion

Nun war es soweit. Nach den ersten Häusern von Maloja stand die kleine Gaststätte vor uns, die wir uns zur Mittagspause auserlesen hatten. Die Sonne meinte es gut und sandte wärmende Strahlen zur Erde, so dass wir uns sogar in die gediegene Gartenwirtschaft wagten. Sie ist von wunderschönen Blumen geschmückt, liebevoll eingerichtet und diskret geschützt vor den in Maloja nicht seltenen auffrischenden Winden. Die Wirtin, *Katja*, als hätte sie auf uns gewartet, lud uns sofort ein, in der von Gästen besonders bevorzugten Ecke Platz zu nehmen. Sie war mir nicht unbekannt, und weil ich sie nicht bloss als charmante, wenn auch eher zurückhaltende, aber freundliche Gastgeberin, als intelligente und fleissige Frau kannte, zögerte ich nicht, meinen Gesprächspartner als früher aktiven Politiker vorzustellen. Zu meinem Erstaunen war ihr der Name nicht unbekannt, was für ihr politisches Interesse sprach und Ralph natürlich schmeichelte. So fiel es mir nicht schwer, kaum waren die Gläser gefüllt, unser Gespräch fortzusetzen. «So, Katja, wie geht's denn Dir, und *wo drücken denn Dich die Sorgen*, wenn ich Dir sage, dass wir gerade über unsern

Staat, vor allem natürlich über das ferne Bundeshaus in Bern mit seinen gescheiterten Politikern schimpfen?»

Sie sei von Hause aus bescheiden und zu harter Arbeit erzogen worden, und das komme ihr heute zugute, begann sie eher schüchtern. Sie sei zufrieden und froh, hier oben leben zu dürfen, wo zwar auch nicht mehr alles laufe wie früher. Aber wenn sie dann gelegentlich Richtung Unterland fahre, spüre sie den Unterschied schon. Auch das, was man in den Zeitungen lese, im Radio höre und am Bildschirm sehe, stimme oft traurig. Was ihr denn auf dem Weg ins Unterland auffalle und sie nachdenklich stimme, wollte ich wissen. Es sei die Hast, die Hektik, von denen die meisten Menschen, wie von einer unsichtbaren Hand, getrieben werden. Sie würden immer anspruchsvoller, aber offenbar nicht glücklicher. Äusserlich werde alles nobler, perfekter, gigantischer. Und doch befallte einem ein Gefühl der Enge, des Eingebundenseins in eine anonyme Masse. Und dann seien da, vor allem auf den Bahnhöfen und in den Strassen der Grossstädte, die unendlich vielen fremdländischen Gesichter, *Menschen völlig anderer Kulturen und Gewohnheiten*, die einem schon manchmal die Frage auf die Zunge legten, ob wir noch in unserer eigenen Heimat lebten.

Hier oben müsse man zwar auf vieles verzichten, was andere haben. Man müsse hart arbeiten, komme dabei nicht einmal auf einen grünen Zweig. Dafür fühle man sich immer noch einigermaßen geborgen. «Wisst Ihr gescheiterten Mannen, was auf einer alten Engadiner Tafel eingemeisselt zu lesen ist: Lieber in der Freiheit arm, als reichem Herrn ein Untertan. Und heute? fragte sie fast vorwurfsvoll. *Freiheit gelte ja kaum noch oder höchstens relativ*. Sogar einheimische Gewerbler, Wirte, Bauern und Hoteliers würden durch staatliche Vorschriften, Gebote und Verbote, mehr und mehr beengt, d. h. in ihrer Freiheit beschnitten. Natürlich: Die Subventionen nähmen sie aber trotzdem! Und dann diese Abhängigkeit von Brüssel! Es sei schon schlimm. «Ihr müsst nur noch mehr Gesetze und Konzepte machen», wandte sie sich jetzt direkt an Ralph, «und der arbeitenden Bevölkerung Geld abzwicken, um es irgendwo zu verlocken. Ihr müsst nur noch mehr Beamte engagieren, Bundesräte und Diplomaten auf Weltreisen schicken, damit sie dort den Grosszügigen spielen können, und Ihr müsst nur

noch weiter angeblichen Flüchtlingen aus fremden Ländern so viel Geld nachwerfen, dass ihre Landsleute eingeladen werden, so schnell als möglich ebenfalls in unser Paradies zu kommen – dann ist es mit unserer Freiheit bald einmal ganz zu Ende.»

Schon zweimal innert der letzten 30 Sekunden hatten neu eingetroffene Gäste, offensichtlich keine Einheimischen, ungeduldig nach Katja gerufen. Diese sprang wie ein junges Häschen auf und beschwichtigte mit ihrem frohen Lachen die jungen Rebellen. Kaum hatten diese die Bestellung aufgegeben, drängte es sie, den Kontakt mit der fernen Aussenwelt wieder herzustellen. Sie griffen zu ihren Handys, lachten und quatschten in einer Lautstärke, die das friedliche Glockengeläute einer vorbeiziehenden Kuhherde erstickte, und mich spüren liess, dass Babylon uns jetzt auch hier oben erreicht hat. Ralph und ich schauten einander schmunzelnd, wenn irgendwie auch hilflos an. Ich fragte mich, ob wir das Gespräch über unsern Staat fortsetzen oder uns jetzt lieber eine Denkpause gönnen wollten. Doch zu einer Frage drängte mich die spontane «Lagebeurteilung» von Katja doch noch: «Was wäre denn jetzt eigentlich zu tun?»

Noch mehr Planungen und Visionen – noch mehr Staat!

Ralph überlegte eine Weile, dann antwortete er gefasst: «Ich will jetzt nicht von Inhalten sprechen (das wird uns später beschäftigen), sondern nur von *institutionellen Möglichkeiten*. Was von unsern Spitzenpolitikern im Bundeshaus an so genannten Reformen zerredet, vielfach bewusst angestrebt und teils durchgesetzt wird, löst unsere Probleme nicht, im Gegenteil: Der Führungsanspruch im Sinne der Staatsleitungsreform (nicht der wirkungsvollen Verwaltungsführung), die Erhöhung der Zahl der Bundesräte oder die Schaffung einer neuen Minister-Ebene, noch mehr Diplomaten, Stäbe, vor allem dotiert mit Stabschefs und Medienbeauftragten, ebenso ein Berufsparlament, neue «Think-Tanks als Hoffnung für Politiker» – das alles und vieles mehr heizt primär die Betriebsamkeit an. Darf ich Dich an das erinnern, was wir schon im Zusammenhang mit unsern Demokratie-Problemen dis-

kutiert haben. Ich bleibe dabei: Vieles davon vermindert den Zwang zur Konzentration der Kräfte, fördert Macht-Gelüste, die Arroganz der Macht in Verwaltung, Regierung und Parlament, und bringt dem freiheitsliebenden, eigenverantwortlichen Bürger nichts.

Aber auch mit *Visionen, Konzepten, Leitbildern, ideologisch verbrämten so genannten Forschungsprojekten und Zukunftsplanungen aller Art werden Illusionen geweckt und der Machbarkeitsglaube verstärkt, dafür echte, dringende Problemlösungen vertagt und Steuergelder verschleudert*. Ich erinnere mich, dass der grosse Historiker und Denker Karl Schmid schon vor Jahrzehnten vor Illusionen über «die grenzenlosen Möglichkeiten des rationalen Denkens und der Wissenschaft» gewarnt und insbesondere gesagt hat: «Planung wird verhängnisvoll, wenn sie zur Anmassung verführt, zur Unbescheidenheit, zur Blindheit gegenüber dem, was nicht planbar ist.» Dass Planungen oft anmassend und illusionär sind, ist das eine», schaltete ich mich jetzt wieder ein: «Etwas anderes empfinde ich als nicht weniger stossend. Wird nämlich mit Konzepten, Leitbildern usw. nicht häufig einfach davon abgelenkt, dass wir bereits über taugliche Grundsätze, ja gesetzliche Aufträge zu Problemlösungen verfügen würden, uns aber, aus welchen Gründen auch immer, darüber hinwegsetzen? Solche Studien kommen mir dann vor wie Fleissarbeiten, die als Ausrede dienen, um aktuelle Probleme weiter vor sich herschieben zu können.» Ralph bestätigte:

«Es liegt mir fern, und es wäre oberflächlich, konzeptionellem Denken und langfristigen Konzepten generell eine Absage zu erteilen. Aber diese dürfen nicht den Inhalt eines Reform-Prozesses darstellen, sondern sie müssen diesen auslösen. Sie sind nicht ein Ziel, sondern bestenfalls ein erster Schritt zur Zielerreichung. Leider orientieren sich aber Politiker lieber am so genannt politisch Machbaren als am sachlich Gebotenen. Einen diesbezüglichen Orden verdient die *Finanzpolitik*. Für die Lösung dieser Probleme verfügen wir, weiss Gott, über ausreichende Entscheidungsgrundlagen, Verfassungs- und Gesetzesaufträge. Trotzdem beglückt das Eidgenössische Finanzdepartement die Medien und die Politiker mit einem neuen Finanzleitbild, das vorwiegend Altbekanntes, zu einem grossen Teil Erstrebenswertes enthält. Anstatt jetzt konsequent den Verfassungs-

auftrag zu erfüllen, d.h. den Rechnungsausgleich 2001 durch Einsparungen zu erzielen, brüstet man sich mit den kleineren Defiziten, dank dener der Haushalt auf der Zielgeraden sei. Dabei sind die besseren Ergebnisse grösstenteils auf höhere Einnahmen zurückzuführen. Die Ausgaben steigen munter weiter. Und warum? Weil es bezüglich Aufgaben und Ausgaben an klaren Prioritäten fehlt.»

«Solche *Prioritäten* hast Du ja schon in den 70er Jahren und seither immer wieder gefordert. Woran liegt's?» Meine Frage löste bei Ralph fast einen Wutanfall aus: «Prioritäten sind eben eine Frage von *Taten* und nicht von Worten. Unsere bürgerlichen Parlamentarier kleiden ihre Prioritätsvorstellungen in schöne Worte, brüsten sich damit vor den Wählern, aber es fehlt ihnen der *Mut*, sie durchzusetzen. Es treibt mich wirklich fast zur Weissglut, wenn ich höre, wie unsere Bundespräsidentin stolz die Ziele des Bundesrates für das Jahr 2000 vorträgt und darin 24 Geschäfte als prioritär einstuft. Mit ebenso grossem Selbstbewusstsein haben kürzlich unsere Parlamentspräsidenten (bzw. die Nationalratspräsidentin) den über 360-seitigen Rechenschaftsbericht über die abgelaufene Legislaturperiode vor den Medien präsentiert. «Hang zur Selbstdarstellung» kommentierte zu Recht eine Zeitung. Und was steckt im Grunde dahinter? Regulierungswut und Machbarkeitsglaube! Ein ähnliches Trauerspiel wie die öffentlichen Finanzen bietet die *Verkehrspolitik*. Seit 1977 verfügen wir über eine fundierte, umfassende Gesamtverkehrskonzeption. Doch die Politiker setzen sich darüber hinweg und gehen den Weg des geringsten Widerstandes. Ein klassisches Beispiel waren der so genannte Leistungsauftrag für die SBB und die Tarifverbilligungen im öffentlichen Verkehr, gegen die ich angetreten bin und mich dabei u.a. auf die Gesamtverkehrskonzeption gestützt hatte. Aber auch das kannst Du ja in meinen Publikationen nachlesen. In der Berichterstattung über dieses leidige Kapitel hat mir ein Bundeshausjournalist den Bart gestreichelt mit den Worten, das Problem des Politikers Ralph sei immer dasselbe: «Er ist zu sachlich und zu wenig politisch.» Man könnte auch sagen, ich möchte endlich Taten, nicht stets neue Papiertiger und schöne Worte sehen.»

«Versprichst Du Dir auch nichts von neuen Studien zur langfristigen Finanzierung unserer *Sozialversicherungen*? Mir scheint, und Du hast das ja bereits einmal angesprochen, dass diesbezüglich ebenfalls seit Jahren fundierte Entscheidungsgrundlagen vorliegen, so dass offenbar auch in diesem Bereich die Zeit für Entscheide reif wäre», ergänzte ich. Ralph nickte: «Du sagst es. In der Beurteilung der Lage gibt es kaum Neues. Was wir jetzt brauchen, sind mutige Entscheide, geprägt von Sachkompetenz und jener politischen Grundhaltung, die wir eigentlich von unsern so genannt bürgerlichen Parlamentariern erwarten dürften. Deshalb sage ich nochmals: *Es fehlt nicht an Planungen und Leitbildern; es fehlt in unsern Reihen an Prioritäten und am politischen Mut zur Tat.*»

Wir rüsteten zum Aufbruch, wollten uns eben von Katja verabschieden, als – wir trauten unsern Augen kaum – ein uns nicht unbekannter Gast vor uns stand: *Pfiff!* Er weilt häufig im Engadiner Hochtal, ist ein «Freund des Hauses» (was ich der Begrüssung mit Katja entnehmen konnte!), an Jahren betagt, aber im Geist frisch und körperlich zufrieden stellend. Ralph und ich kannten ihn seit langem. Er zählte während Jahrzehnten zu den markantesten Persönlichkeiten in unserm Kanton, und zwar als Mann der Wirtschaft, als Politiker (Grossrat) und als hoher Offizier. Ich wusste, dass ihn Ralph nicht zuletzt wegen seines lautereren Charakters schätzt (klar, wie ein Bergbach, beschrieb er ihn einmal), und dass die beiden seit Jahrzehnten regelmässige Kontakte pflegen. Auch übertreibe ich nicht, wenn ich sage, dass Pfiff an der Wahl von Ralph ins Bundesparlament entscheidenden Anteil hatte, wenn nicht sogar Promotor war. So staunten die beiden nicht gering, als sie sich so unerwartet, wenn auch nicht zum ersten Mal hier oben, trafen.

Natürlich mussten Ralph und ich uns bald einmal die Frage stellen, was wir jetzt tun sollten. Eigentlich befanden wir uns ja schon fast auf dem Weg zum Postauto, aber Pfiff drängte: «Nichts da, jetzt wird ausgeharrt.» Er werde uns nachher zurückfahren. Wie er dann vom Anlass und Inhalt unserer Wanderung hörte, wurde er immer hellhöriger. Und als ich sagte, wir würden nun gerade das Thema

Wirtschaft anpacken, war sein Gwunder bzw. sein Interesse an unserem Gespräch teilzunehmen, unübersehbar. So blieb uns nichts anderes – aber wir taten es im Grunde gern –, als nochmals einen Schluck zu bestellen und jetzt zu dritt unsere Weisheiten zu hinterfragen. Für mich wurde dadurch die Aufgabe nicht leichter, denn ich war nicht mehr einfach Gesprächspartner, sondern gewissermassen Übungsleiter, der zwei äusserlich meist ruhig wirkende, innerlich aber hie und da bis zur Weissglut erregte Feuerköpfe zähmen musste. Es sollte sich allerdings bald zeigen, dass es mir mangels unüberbrückbarer Meinungsunterschiede zwischen den beiden nicht schwer fiel, sie im Zügel zu halten. Umso mehr verlegte ich mich auf bohrende Fragen.

Wirtschaft

Noch bevor wir uns gesetzt hatten, überlegte ich, wie denn das Thema am besten anzugehen sei. Es schien mir, ohne ein paar grundsätzliche Aspekte im Sinne von Ralphs philosophischem Ausgangspunkt, gehe es nicht. Nachher allerdings wollte ich das Schwergewicht rasch auf Fragen der Sozialpartnerschaft und der Wirtschaftsverbände sowie auf die Rolle des Staates in der Wirtschaft legen. Einige aktuelle Probleme und der Bezug auf Ralphs persönliche Erfahrungen in Unternehmungen sollten dann das Thema abrunden.

«Nur Ökonomie ist keine Ökonomie»

Als die Gläser gefüllt waren, stieg ich ein: «Mir ist vor Jahren einmal eine Festschrift für Prof. Biucchi von der Universität Fribourg auf den Tisch gelegt worden, die den Titel trägt «Nur Ökonomie ist keine Ökonomie». Ich habe sie damals nicht gelesen, aber es interessiert mich jetzt doch, was wohl damit gemeint sein könnte.» Ralph fühlte sich angesprochen: «Ich will versuchen, das mit den

Worten zweier anderer Autoren auszudrücken, *«Soziale Marktwirtschaft»* (Ludwig Erhard) und *«Jenseits von Angebot und Nachfrage»* (Wilhelm Röpke). Alle diese Titel zeigen, dass jene, die in der Wirtschaft tätig sind oder sich in Wirtschaftspolitik üben, nicht ausschliesslich auf Freiheit, vor allem auf Markt und Wettbewerb, pochen, sondern sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sein sollten. Tun sie das nicht, so ist die Marktwirtschaft nicht mehr Menschen-gerecht. Dann erhält der Ruf nach dem Staat als Schiedsrichter Auftrieb, der Weg in die schleichende Sozialisierung und die staatliche Planwirtschaft, schliesslich sogar – wie ja Friedrich August von Hayek eines seiner Bücher betitelt hat – *«Der Weg in die Knechtschaft»* ist vorprogrammiert. Wir hätten uns in die Menschen-unwürdige Staats- und Wirtschaftsordnung gestürzt.

Und deshalb gibt es für mich keine Alternative zu der sicher auch nicht perfekten Sozialen Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard. Je mehr ich mich mit diesem Ordnungsprinzip auseinander gesetzt habe, umso besser begriff ich, dass Ludwig Erhard das Wort sozial nicht als Adjektiv verstanden haben wollte – der Weg von der klein geschriebenen sozialen zur sozialisierten Marktwirtschaft ist ja erfahrungsgemäss kurz –, sondern dass für ihn Soziale Marktwirtschaft ein umfassendes freiheitliches Ordnungssystem darstellt, in dem sich Freiheit und Verantwortung treffen müssen.» «Und dieser gesellschaftlichen Verantwortung sollten sich nicht nur die Politiker, sondern ebenso die Sozialpartner, also Unternehmer und Gewerkschaften, bewusst sein», griff nunmehr auch Pfiff in die Diskussion ein, «denn ohne dieses Eingebundensein in gemeinsame Wertvorstellungen wird es langfristig keinen *«Wohlstand für alle»* geben, was ja das erklärte Ziel von Ludwig Erhard war.»

Unverzichtbare Sozialpartnerschaft

«Meine Herren», nahm ich jetzt meine Führungsaufgabe mit dem gebotenen Respekt wahr, «ich bin froh über diese kurze Standortbestimmung, erinnere aber erneut daran, dass sich Ralph in zahllosen

Publikationen und Vorträgen, die uns allen bestens bekannt sind, dazu wiederholt vernehmen liess, und dass wir im Zusammenhang mit der Ordnungspolitik nochmals darauf zurückkommen werden. Darf ich deshalb auf Zustimmung hoffen, wenn wir uns nun schrittweise, immer begleitet von unseren Grundsätzen, praktischen und aktuellen Problemen zuwenden wollen?» Das Kopfnicken gab mir das Signal, mich wieder an Ralph zu wenden: «Du warst in einem Metall verarbeitenden Unternehmen, ferner in Arbeitgeberverbänden auf Branchen- und gesamtschweizerischer Ebene während vieler Jahre direkt mit Menschen bzw. mit Fragen der Sozialpartnerschaft konfrontiert. Ich erinnere mich auch, dass Du mit dem damaligen Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes F.R. gelegentlich Kontakt hattest. Gibst Du denn der Sozialpartnerschaft in unserm Land überhaupt noch eine Zukunft?» Ralph hatte sich soeben verschluckt, rang ein wenig um Atem, ging dann aber gefasst auf meine Frage ein: «Sie *muss* Zukunft haben, weil wir sonst einen wichtigen Pfeiler unserer freiheitlichen Staats- und Wirtschaftsordnung fahrlässig herausbrechen. Das hat auch F.R. so gesehen, und deshalb verstanden wir uns trotz (oder vielleicht besser wegen) harter Diskussionen und beidseitig klaren eigenen Positionen gut. *Sozialpartnerschaft bietet die besten Chancen, unter Beachtung der betrieblichen Möglichkeiten und Grenzen, auf vertraglichem Weg Lösungen zu finden.* Sie ist deshalb realitätsbezogen und im vollen Sinn des Wortes Menschen-gerecht.»

«Und sie ist nicht nur im Augenblick, sondern in einer längerfristigen Perspektive Menschen-gerecht, weil sie die Zellen des Wirtschaftens, die kleinen, mittleren und grossen Betriebe, weniger überfordert und so deren Überleben erleichtert, wohlverstanden: Ohne dass der Staat mit neuen Gesetzen schematische und kostspielige Zwänge schafft», ergänzte Pfiff aufgrund seiner reichen wirtschaftspolitischen und später mehr und mehr unternehmerischen Praxis. «Dieser Zusammenhang ist sehr wichtig», führte nun Ralph den Gedanken weiter, «wenn nämlich die Sozialpartner im Spannungsfeld zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht mit Verträgen Ordnung schaffen, dann verstärkt sich der Ruf nach dem Staat, das mit Gesetzen zu tun. Deshalb haben wir beispiels-

weise in den Verhandlungen über die jeweilige Erneuerung des Friedensabkommens in der Maschinenindustrie zwar stets Hand für angemessene, vertretbare Fortschritte geboten, ohne allerdings Kernelemente flexibler und damit Menschen-gerechter Lösungen, wie den Entscheid über Löhne und deren Anpassung, den Betrieben aus der Hand zu nehmen. Bis heute zeigten die Gewerkschaften, das sei anerkennend festgehalten, dafür Verständnis.»

Wirtschaftsverbände auf Gratwanderung

«Welches sind denn überhaupt die wichtigsten Aufgaben unserer zahlreichen Wirtschaftsverbände?», wollte ich wissen. Pfiff und Ralph schauten sich an und einigten sich offenbar, dass vorerst Ralph dazu etwas sagen sollte: «Es gibt in diesem Land – auch das ist Ausdruck unserer vielgestaltigen, föderativen Wirtschafts- und Staatsstruktur – hunderte von Verbänden auf Branchen-, regionaler und gesamtschweizerischer Ebene. Jeder dieser Verbände hat spezifische Aufgaben, sei es im Angebot von Dienstleistungen für seine Mitglieder, in der Interessenvertretung, und viele von ihnen, das ist sehr wichtig, in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Der wirtschaftspolitisch letztlich entscheidende Einfluss obliegt wohl den sogenannten Spitzenverbänden der Wirtschaft, und nur darüber will ich jetzt etwas sagen.» «Moment», unterbrach Pfiff: «Der Einfluss der Branchen- und regionalen Verbände ist natürlich nicht bedeutungslos. Aus meiner früheren Tätigkeit weiss ich, wie viel Sorgfalt, um nicht zu sagen Herzblut, wir in unsere Vernehmlassungen zuhanden des Vorortes des Schweizerischen Handels- und Industrievereins einfliessen liessen, und was wir sagten, wurde gehört.» «Leider nur teilweise», lachte Ralph, wurde aber sogleich wieder ernster:

«Die Spitzenverbände haben tatsächlich ein *Problem*: Sie müssen die teils nicht übereinstimmenden Interessen ihrer Kundschaft irgendwie unter einen Hut bringen, was dann zur Verwässerung fundierter und pointierter Vernehmlassungen führen kann. Ich stand in allen Gremien auf Landesebene, denen ich angehörte, in einem

ständigen aufreibenden *Kampf für mehr Konsequenz* in öffentlichen Stellungnahmen zu wichtigen politischen Tagesfragen. Ich sage Euch: Es gibt hierüber dicke Dossiers von Berichten, Korrespondenzen und Protokollen über interne Auseinandersetzungen – nicht nur über die Höhe der Mitgliederbeiträge! Aufschlussreich sind Äusserungen in wirtschaftspolitischen Zeitschriften, wo beispielsweise zu lesen war, der Vorort sei zu regierungsnah, er saldiere vor allem Meinungen, doch wäre eine Profilsuche nötig, weil die Ecken und Kanten verloren gegangen seien. Dem damaligen Direktor der Wirtschaftsförderung wurde vorgeworfen, er sehe sich nicht primär als Ordnungspolitiker, sondern er fechte ebenso überzeugt für Ausgleich und Konkordanz. Es gab auch – das sei nicht verschwiegen – Unterstützung für meine Haltung. Dabei denke ich an Tell, von dem schon die Rede war, aber auch an den früheren Diplomaten und späteren Manager Goliath, der gemeinsam mit einigen Mitstreitern Mitte der 90er Jahre eine wirtschaftspolitische Agenda «Mut zum Aufbruch» herausgab. Diese stiess sogar in Kreisen der Wirtschaft und der bürgerlichen Parteien auf teils harsche Kritik. Mir hat sie gefallen, und ich habe sie in einem Interview mit dem «Badener Tagblatt» als «ausgezeichnete und wegweisende Arbeit» bezeichnet. Wichtig schien mir die Stossrichtung. In Details gibt es immer Ermessensfragen.»

«Ich hatte diese Kontroverse seinerzeit mit Interesse verfolgt und habe im Anschluss daran nun doch zwei Fragen», war jetzt Pfiff wieder am Zug: «Liesse sich erstens mit einem Zusammenschluss mindestens eines Teils der Spitzenverbände nicht eine verstärkte Wirkung erzielen, gleichzeitig der heute sehr teure Verbandsapparat verbilligen, und ist zweitens die teils eher lahme, kompromissträchtige Haltung der Spitzenverbände gegenüber dem Staat nicht auch ein Ausfluss von klebrigem Filz?» «Ich kann aufgrund meiner Erfahrungen die beiden Fragen einfach ganz kurz mit Ja beantworten», und schon nippte Ralph wieder an seinem Glas. Doch ich war nicht zufrieden und griff nach: «Zwei, drei Sätze dazu würden wir aber schon noch gerne hören.» «Gut, wenn es sein muss!», fuhr Ralph weiter: «Der Trend zum *Zusammenschluss* muss und wird

meines Erachtens weitergehen. Schon vor mehr als zehn Jahren stiessen Tell in der Presse und ich im Zentralverband diesbezüglich vor, damals noch ohne Erfolg. Heute sind mindestens ernsthafte Gespräche im Gang und Ansätze sichtbar. Die Erfahrungen mit der angestrebten Konzentration in etlichen Kantonen, allen voran im Kanton Aargau unter der damals von Pfiff ergriffenen Initiative, sind denn auch sehr positiv.

Schlimm ist in der Tat der *Filz*. Je mehr es Mode wird, dass Bundesräte mit ein paar Dutzend Beamten, Wirtschafts- und Medienvertretern im Schlepptau in der Welt herumreisen, umso grösser ist die Gefahr, dass persönliche Rücksichten, ja Freundschaften klare Positionen in entscheidenden wirtschaftspolitischen Fragen erschweren. Demgegenüber erachte ich es als unerlässlich, dass die unternehmerischen und gesamtwirtschaftlichen Interessen (die sich mindestens nach meinen ordnungspolitischen Vorstellungen nicht zu widersprechen brauchen) hart und konsequent gegenüber den staatlichen Eiferern mit gutem Willen vertreten werden. Der Filz löst sich eben leider nach der Rückkehr von Weltreisen nicht auf, sondern er bindet sowohl die Teilnehmer als auch deren parteipolitisches Gefolge auf dem Weg an den runden Tisch im Bundeshaus – wahrlich einem Auswuchs überspitzter Konsensbeflissenheit!»

«Gehört denn nun in diesem Land das *Primat der Wirtschaft oder dem Staat?*», wollte ich wissen, denn ich war schliesslich Gesprächsleiter und hängte deshalb gleich die Bemerkung an: «So viel ich weiss, hat sich sogar ein prominenter Zuger Ständerat einmal pointiert und ausdrücklich zugunsten des Primats des Staates vor der Wirtschaft ausgesprochen.» Jetzt kam Ralph in Rage: «Das ist eine jener dummen, um nicht zu sagen, läppischen Schlagwort-Kontroversen, die nichts bringen und denen es an Substanz fehlt. Die Frage nach dem so genannten Primat stellt sich überhaupt nicht. Es geht darum, dass der Staat und die Wirtschaft, jeder Partner für sich, die ihm nach unseren freiheitlichen Ordnungsvorstellungen und Regeln zustehenden eigenen Aufgaben kompetent, wirkungsvoll wahrnimmt, und dass diese dort, wo es nötig ist, sinnvoll koordiniert werden.

Aus dieser Optik sind *Subventionen* und andere Überlebenshilfen, wie von der Regierung Schröder im Fall Holzmann demonstriert, abzulehnen. Der Staat darf nicht zur Reparaturanstalt für angeschlagene, oft schlecht geführte Unternehmen verkommen. Er sollte sich nicht einmal, wie bei uns üblich, mit sanften, scheinbar harmlosen Dosen, etwa unter dem Titel «Förderung praxisorientierter Forschung», anbiedern, denn jede Verwischung der unternehmerischen Verantwortung muss vermieden werden. Deshalb hoffe ich auch, dass die neue, hochtrabende Bezeichnung «Staatssekretariat für Wirtschaft», in dem einige frühere Bundesämter des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes zusammengefasst worden sind, nicht als Omen für zunehmende Staats-Interventionen in die Wirtschaft aufgefasst werden muss. Es gilt, den anhaltenden wirtschaftspolitischen Aktivismus in Schranken zu weisen.»

Globalisierung – und was offenbar dazu gehört

«Darf ich nun jeden von Euch bitten», ich wollte damit zwei weitere Probleme anschneiden, «mir konzentriert, wie es sich für Leute von Eurem Schlag gehört, zu sagen, was ihn bewegt, wenn er die Stichworte globaler Wettbewerb und Shareholder-Value hört.» «*Globaler Wettbewerb*», fing Ralph an, «ist für mich an sich weder gut noch böse. Zunächst wisst Ihr alle, dass die Schweizer Wirtschaft (einschliesslich der kleinen und mittleren Unternehmen KMU) europa- und weltweit schon heute eng verflochten ist. Das soll und wird so bleiben. Der globale Wettbewerb ist die Folge vieler von uns kaum zu beeinflussender technologischer Entwicklungen, zunehmender Mobilität und wirtschaftlicher Notwendigkeiten. Wir müssen uns diesem Druck stellen. Wir brauchen offene Grenzen; aber ich gebe zu: Meines Erachtens wird weltweit und bei uns übertrieben. Grössenwahn und Fusionen feiern Orgien und erdrücken Werte der Überschaubarkeit, der unternehmerischen Eigenständigkeit, der menschlichen, teils vielleicht sogar ökologischen Rücksichtnahme.

Die kürzlich in Seattle anlässlich der WTO-Konferenz von Demonstranten vorgebrachten Anliegen sind von der Sache, natürlich

nicht von der Form her ernst zu nehmen. Sogar die NZZ hat fundiert und kritisch auf Faktoren hingewiesen, welche die Skepsis gegenüber industrieller Grösse nähren, umgekehrt der Eigenständigkeit von Unternehmungen Chancen bieten. Zwecks Festigung von Marktpositionen, Erschliessung neuer Märkte und damit auch langfristiger Sicherung von Arbeitsplätzen sind Rationalisierungen, Kooperationen und Fusionen, sogar über die Landesgrenzen hinaus, unerlässlich. Gleichwohl sollten Grenzen sachlicher Art vermehrt beachtet werden.»

«Ob allerdings diese Flucht nach vorne, hin zu beinahe unüberschaubaren Grössen, langfristig die richtige Strategie sein wird, muss sich noch weisen. Momentan bleibt uns das schale Gefühl der Bankrott-Erklärung einer Generation, die sich entweder zur selbständigen Problemlösung ausserstande fühlte oder die es auch tatsächlich war.» (Konrad Hummler)

«Ich stosse mich vor allem an einem Widerspruch», ergänzte Pfiff: «Am Anfang wird nach immer mehr Wettbewerb gerufen, wobei allerdings ausgerechnet der wichtige Wettbewerb der Systeme, etwa in der Steuerpolitik, dann doch wieder auf nationaler und internationaler Ebene eingeschränkt werden will. Auf den Märkten aber löst der Wettbewerbsdruck eine Fusion nach der andern aus. Damit wiederum entstehen marktbeherrschende Giganten, die praktisch Monopole erringen, um bestenfalls, wenn überhaupt, durch staatliche Wettbewerbshüter (welch ein grotesker Auswuchs!) zurückgepfiffen zu werden. Ich stelle mit Befremden fest, dass man sich auch in der Schweiz nicht mehr mit der Bekämpfung von Kartell-Missbräuchen begnügen will, sondern ein Verbot erwägt. *Kartelle sind schliesslich vertragliche Abmachungen zwischen eigenständigen Unternehmen, und diesen sollte wohl die Vertragsfreiheit ebenso zugestanden werden wie Gewerkschaften und andern Partnern im Wirtschaftsgeschehen.»*

«Die grössten und die dauerhaftesten Wettbewerbsverzerrungen entstehen nicht durch den Markt, sondern durch den Staat. ... Die eigentliche Gefahr für unverfälschten Wettbewerb geht von Staaten mit Neigung zu dirigistischer Industriepolitik aus.»

(Berichterstattung der NZZ über die Sechste Internationale Kartellkonferenz in Berlin vom 30./31. Mai 1992).

«Und nun also zum *Shareholder-Value*. Fangen wir diesmal mit Pfiff an», leitete ich zum nächsten Thema über. Pfiff griff mit der Hand stützend zu seinem Kinn und machte es kurz: «Der Shareholder, also der Aktionär, ist gleich wie alle am Unternehmen beteiligten so genannten Stakeholders, an einem hohen Unternehmenswert, an Gewinnen und selbstverständlich auch an Dividenden interessiert. Für jeden Unternehmer, der seine Verantwortung umfassend, also gegenüber den Aktionären, den Arbeitnehmern und einer weiteren Umwelt wahrnimmt, gibt es überhaupt keinen spezifischen Shareholder-Value. Entscheidend für ihn ist der Langzeit-Value des Unternehmens. Um Nachhaltigkeit sicherzustellen, wird er deshalb in seiner Dividendenpolitik ohnehin das gebotene Mass wahren.» «Sehr gut», stimmte Ralph zu: «Was soll ich da überhaupt noch sagen? Vielleicht nur ein Wort aus meiner Erfahrung. Dort, wo ich Gelegenheit hatte, in Verwaltungsräten mitzuarbeiten, stand dieser soeben von Pfiff umrissene Grundsatz fast überall zuoberst auf der Prioritätenliste der geschäftspolitischen Philosophie. Das gilt für andere Unternehmen ebenso, wobei es, vor allem natürlich in börsenkotierten Gesellschaften, Ausnahmen gibt und sich in Chefetagen schon allzu viele ‹Totengräber der (ordnungspolitischen) Glaubwürdigkeit› (wie sich die NZZ einmal ausgedrückt hat) eingemistet haben.»

«Shareholder-Value ist sicher auch für uns ein Thema, aber nur solange, als damit auch Langzeit-Value gemeint bleibt, solange

die kurzfristige Börsenkurs-Maximierung nicht vor Nachhaltigkeit der Entwicklung des inneren Wertes gesetzt wird, und solange schöne Worte nicht vor effektive Leistung gestellt werden.»
(Heinz Buhofer)

Persönlich Erlebtes

«Du gibst mir gleich das Stichwort», nahm ich das Steuer wieder in die Hand, «um Dich zu fragen, ob Du uns nicht doch noch einen kurzen Einblick in Deine unternehmerische Tätigkeit geben möchtest.» «Gerne», fing Ralph ohne Zögern an: «Im Mittelpunkt stand natürlich mein Engagement in *Zug* (alles in allem genommen während 26 Jahren), vor allem die Zeit, als ich Vorsitzender der Geschäftsleitungen war. Die unternehmerische Philosophie, die Strategie und die Ergebnisse der ganzen Gruppe seit 1972 sind in einer Broschüre zusammengefasst, die ich anlässlich des Rücktritts und gleichzeitig des 25-jährigen Präsidial-Jubiläums von H. B. verfassen durfte. Die meisten meiner Freunde kennen diese Schrift. Was Du heute hören willst, sind denn auch kaum geschäftspolitische Überlegungen, sondern einige persönliche Erinnerungen. Dazu kann ich einfach sagen: Diese Periode war für mich nicht nur von der beruflichen Herausforderung, sondern von den menschlichen Begegnungen her, ein Glücksfall. Ich denke in grosser Verehrung und Dankbarkeit an den damaligen Verwaltungsratspräsidenten H. St. zurück, der mich als Nobody in industriellen Kreisen, und ohne spezifische Kenntnisse des Maschinenbaus und der Haushaltapparatebranche, von einem Bürosessel im Bundeshaus nach *Zug* geholt hatte. In der damaligen Geschäftsleitung löste er damit verständlicherweise wenig Begeisterung aus. Die während einiger Jahre vorangegangenen persönlichen Begegnungen mit ihm und seine Einblicke in mein Schaffen gaben ihm den Mut zu diesem Wagnis.

Als nicht minder vertrauensvoll und als Bereicherung in menschlicher und unternehmerischer Hinsicht empfand ich das Wohlwollen jenes Mannes, der mir bald einmal zusätzlich die

Geschäftsleitung der Muttergesellschaft übertrug und fast gleichzeitig, gegen den Widerstand aus Kreisen der Hauptaktionäre, mir auch die Übernahme des politischen Mandates in Bern zugestand. Das war ebenfalls nicht selbstverständlich. H.B. blieb in allen Phasen der bewegten 70er und 80er Jahre ein verlässlicher Freund und Helfer. Was ich damit sagen will: Erfolge in der Unternehmensführung hängen sicher nicht ausschliesslich, aber in hohem Mass von den Persönlichkeiten in den oberen Etagen ab, von ihren menschlichen und fachlichen Kompetenzen (der richtige Mann an den richtigen Ort!), einschliesslich ihrer Führungseigenschaften. Als wichtigsten Leitsatz versuchte ich stets und überall dem Grundsatz der Konzentration der Kräfte zu folgen. Ergänzt wurden diese selten günstigen Voraussetzungen auf der Führungsebene durch die Kompetenz, den Leistungswillen und die Loyalität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den nachgeordneten Stufen. Sie alle haben zum Erfolg beigetragen. *Vertrauen* nach oben und unten, *Vertrauen* aber auch von oben und unten (trotz punktueller Enttäuschungen, damit es einem nicht zu wohl wird!) sowie die Befolgung des Grundsatzes der *Konzentration der Kräfte* haben mir die Aufgabe in Zug erleichtert, wenn nicht sogar ermöglicht.»

Konzentration der Kräfte als Grundsatz und Auftrag hat der frühere Divisionär Edgar Schumacher als «die einzige Forderung von absoluter Gültigkeit (bezeichnet). Alle andern Prinzipien erleiden Einschränkungen und haben ihre Ausnahmefälle – das der Konzentration ist vorbehaltlos und von keiner Zeit und Wandlung beeinflusst. ... Konzentration anzustreben, ist in jedem Fall richtig, sie zu missachten, ist immer falsch.»

«Bist Du als Mitglied anderer Verwaltungsräte vor ähnlichen Herausforderungen gestanden wie in Zug, oder wie konntest Du dort Deine Grundsätze einbringen bzw. umsetzen?», wollte ich jetzt wissen. «Ich beschränke mich auf einige wenige Erinnerungen aus

jenen Gesellschaften, in denen ich als Präsident oder Vizepräsident enger in die Verantwortung eingebunden war als die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrates. Da war das mittelgrosse, *auf die Herstellung und den Vertrieb von Schuhen spezialisierte Familienunternehmen in Aarau*, dessen Verwaltungsrat ich präsidieren durfte. Tatkräftig unterstützt wurde ich durch den einflussreichen, mit der Familie befreundeten späteren VR-Präsidenten J. Sch. Unter dem wachsenden Konkurrenz- und Preisdruck drängten sich strukturelle Änderungen auf. Was lag da näher, als eine ähnliche Konzentration und gleichzeitig Diversifikation (in den Immobilienbereich) vorzuschlagen, die sich in Zug bewährt hatte: Eine schlecht genutzte Liegenschaft an bester Lage in Aarau wurde vollständig um- und neugebaut. Sie ist heute nicht bloss städtebaulich, sondern auch kommerziell fast eine Perle. Die Konzentration der Produktion auf Herrenschuhe erlaubte es, das frei gewordene Gebäude in Aarau, wo Damenschuhe hergestellt worden waren, ebenfalls mit langfristigen Mietverträgen besser zu nutzen und dafür den verbleibenden Fabrikbetrieb im Seetal zu modernisieren.»

«Ich sehe», unterbrach ich, «Konzentration der Kräfte scheint unser Ralph nicht bloss in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft und im persönlichen Leben angestrebt zu haben.» «Das kann man allerdings sagen», bestätigte Pfiff, um gleich nachzufassen: «Es gab ja zusätzlich noch jenen *Nahrungsmittel-Multi* im Aargau und den *Chemie-Riesen* mit Sitz in Basel, in deren Präsidium unser Freund ebenfalls einige Stürme erlebte.» «So», entwich es mir: «Und was waren das für Ereignisse? Aber ich will nur je eines hören, denn sonst müssten wir hier noch übernachten.» «Die *Schlacht um Lenzburg*, nannte es die Presse», lachte Ralph: «Über diese zeitweise wirklich dramatische Episode habe ich sogar ein besonderes, natürlich geheimes(!) Weissbuch zusammengestellt. Dank einer rasch entschlossenen Aktion, an der die Mitglieder der Geschäftsleitung grossen Anteil hatten und in die ich wegen Auslandabwesenheit des Präsidenten vorübergehend unverhältnismässig stark eingespannt war, gelang es, den geplanten unfreundlichen Übernahmeversuch abzuwehren und die Selbständigkeit zu wahren. Treibende Kraft für mich waren sowohl unternehmerische als auch

staatspolitische Überlegungen, und die Presse bot mir sogar Gelegenheit, diese darzulegen. Was dann später geschah und mein ausdrückliches Missfallen erregte, will ich jetzt nicht ausbreiten. Nur eines noch: Wir hatten einen hervorragenden Präsidenten. Mit A. E. S. verstand und verstehe ich mich bis heute sehr gut.»

«Also gehen wir nach Basel», diesmal lachte ich, wenigstens einen Moment, dann nämlich wurde Ralph wieder ernster: «*Die Brandkatastrophe* von Schweizerhalle hat weit über die Region hinaus Menschen und Behörden aufgeschreckt und im Unternehmen, vor allem auf den Führungsetagen, tiefe Spuren hinterlassen. Es gab Widerliches, aber auch Konstruktives. Als widerlich und ungerecht empfand ich die Medien-Hetze gegen den obersten Firmen-Chef, den ich nun in der Tat gut kannte. Meines Erachtens verfügte M. M. nicht nur über aussergewöhnliche Führungseigenschaften, sondern er war auch viel sensibler und menschlicher, als er manchmal wirkte. Andere Reaktionen verrieten ebenfalls wenig Verständnis. So klingelte es am Abend nach der Brandkatastrophe an meiner Haustüre. Draussen stand ein gutes Dutzend Demonstranten, die Transparente mit sich trugen, mit denen sie dann ein Feuer entzündeten und Einlass begehrten. Ich gab klar zu verstehen, dass ich zwar bereit sei, mit einer kleinen Delegation zu sprechen, die andern aber nicht über die Türschwelle lasse. Nach einem kurzen Geplänkel zogen sie wieder ab, und ich bat die inzwischen eingetroffene Polizei, nichts zu unternehmen.» «Schade», entwich es Pfiff, «die hätten bestraft gehört». «Vielleicht hast Du Recht», fuhr ich fort, «aber ich will nun noch kurz sagen, was dieses Ereignis im Unternehmen Positives bewirkt hat.

So kam es zur Verstärkung der Massnahmen im Sicherheitsbereich (der allerdings vorher keineswegs unterentwickelt war), und die bereits eingeleitete Neuausrichtung der Unternehmensstrategie wurde beschleunigt. Es ging einmal mehr um eine weitere Konzentration der Kräfte, und zwar auf den weniger mit Umwelt-Risiken behafteten Bereich der so genannten life sciences, vor allem auf Pharma und Ernährung.» «Ich weiss natürlich», ergänzte Pfiff, «dass Ralph in andern wichtigen Fragen, nicht zuletzt solchen interner

Art, den Präsidenten ebenfalls nachhaltig unterstützt und gemeinsam mit ihm sogar in wirtschaftspolitischen Gremien, wie vor allem der Wirtschaftsförderung, am gleichen Strick gezogen hat.»

Die Zeit war schon stärker fortgeschritten, als es mir eigentlich lieb war, und ich begann schüchtern zu drängen: «Wir sollten jetzt wohl diesen Exkurs in die unternehmerischen «Abenteuer» von Ralph langsam abschliessen, oder was meint Ihr?» Pfiff stimmte zu, bat jedoch Ralph, noch mit einigen Sätzen wenigstens jene zwei andern Unternehmen zu erwähnen, in denen er Präsident bzw. Vizepräsident gewesen war. Der Angesprochene, bekanntlich jedem Weihrauch abhold, hätte es eigentlich vorgezogen, nicht mehr länger von sich selber zu reden, stand doch die Diskussion über sein wichtigstes staats- und wirtschaftspolitisches Anliegen, nämlich die Durchsetzung einer freiheitlichen Ordnungspolitik, noch an. So einigten wir uns, das Zwischenspiel «Erzähl mir Dein Leben» rasch abzuschliessen, dann die von Pfiff anbotene Rückfahrt mit dem Auto anzutreten, und am Ausgangsort der heutigen Reise, in der Hotelhalle, nochmals zur Sache zu kommen.

«Die wenigen Präsidialjahre in *Altdorf* bleiben mir, trotz gelegentlich ebenfalls harter Diskussionen, vor allem mit der Konzernleitung, in bester Erinnerung», setzte Ralph zur letzten Runde an. «Ich durfte einen hervorragend zusammengesetzten, engagierten Verwaltungsrat präsidieren und auf die Mitarbeit einer fachlich hoch qualifizierten Konzernleitung zählen. So gelang es, in einem zunehmend schwierigeren wirtschaftlichen Umfeld in der stark diversifizierten Gruppe ansprechende, wenn auch nicht sensationelle Ergebnisse zu erzielen. Grundlegende strategische Diskussionen und Entscheidungen standen immer wieder an, mussten jedoch vorübergehend zurückgestellt werden, weil es als vordringlich erschien, das geschlossene Familien-Unternehmen zu öffnen. Gleichzeitig musste es darum gehen, die gewachsene Unternehmenskultur, welche breite soziale und kulturelle Engagements mit einschloss und bis heute mit einschliesst, nicht preiszugeben. Es war eine anspruchsvolle Aufgabe, die nur dank der uneigennütigen und *echter unternehmerischer Verantwortung verpflichteten Haltung der tragenden Familien D.*, gelungen ist. So

gelang es, die Voraussetzungen für den erfolgreichen Weg in die Zukunft zu schaffen. Aufgrund dieser und in andern Gesellschaften gemachten Erfahrungen begreift Ihr vielleicht, dass und weshalb mir die umfassende unternehmerische Verantwortung so wichtig ist, und dass ich nicht müde werde, immer wieder darauf hinzuweisen: Es gibt diese Haltung, und sie ist in unserem Land nach wie vor tief verwurzelt. Leider fiel in meine Präsidentschaftszeit der Tod des einen der beiden im Unternehmen massgeblich beteiligten Brüder. Der Verlust dieses treuen Freundes traf mich nicht nur persönlich, sondern auferlegte mir vorübergehend nach innen und aussen einige belastende Pflichten.

Schliesslich ein Wort zu der im Jura-Gestein verankerten Gesellschaft in *Aarau*. Die langjährige Mitarbeit im Verwaltungsrats-Ausschuss dieses vorläufig noch (fast) geschlossenen Familienunternehmens – Ihr seht: Dem kleinen, überschaubaren Raum galt immer meine Vorliebe! – möchte ich ebenfalls nicht missen. Was ich auch hier als positiv empfand, waren der Einsatz, die Kompetenz und das umfassende Verantwortungsbewusstsein der Führungsorgane, besonders der jeweiligen Delegierten. Das Steuer in der Hand hielt ein Verwaltungsrats-Präsident, Ph. G., dessen Verhandlungskunst, juristische und sprachliche Klarheit sowie menschliche Ausstrahlung ich als geradezu einmalig bezeichnen möchte.» «Aber es war doch gar nicht besonders anspruchsvoll, ein dank Kartellschutz finanziell derart gut fundiertes Unternehmen zu führen. Auf solchen Polstern kann ja gar nichts passieren», rief Pfiff dazwischen. Er blinzelte allerdings Ralph so verstohlen zu, dass ich sofort spürte, er wolle mit seinem Zwischenruf etwas provozieren. Ralphs Antwort liess nicht lange auf sich warten: «Du meinst das natürlich nicht ernst, aber ich will gerne dazu etwas sagen. Tatsächlich ist dieses Unternehmen gut fundiert. Ich habe hier meine theoretisch bereits dargelegte Philosophie bestätigt gefunden, dass und wie Kartelle, also *vertragliche Abmachungen zwischen Konkurrenten*, sich für alle Beteiligten und Betroffenen, letztlich für unsere ganze Volkswirtschaft, segensreich auswirken können. Nicht zuletzt diese Einblicke bestärkten mich seinerzeit, im Parlament zwar nicht gegen eine vernünftige Missbrauchsgesetzgebung, jedoch gegen

unnötige Verschärfungen und Tendenzen in Richtung eines Kartellverbots anzutreten. Je härter der Konkurrenzdruck (vor allem aus dem Ausland) mit den Jahren dann wurde und weiterhin wird, umso gebieterischer stellte sich die Frage, ob die Gruppe, die schon immer die Wirtschaftlichkeit intern verbessert und Rationalisierungsreserven ausgeschöpft hatte, selbständig bleiben könne oder Partner suchen müsse. Diesbezüglich werden nächstens Entscheide zu fällen sein. Ich hoffe, dass sich der Verwaltungsrat und die grossen Aktionäre auch dann ihrer umfassenden unternehmerischen Verantwortung bewusst bleiben werden.

Einerseits erlebte ich also – Ihr habt es gehört – vorbildlich geführte und erfolgreiche Familiengesellschaften. Andererseits habe ich, ohne darauf jetzt auch noch einzutreten, eine Gruppe präsiert, in der Stammeskämpfe und Emotionen die gebotene Durchsetzung unternehmerischer Grundsätze erschwert haben. So, nun reicht's aber. Das Ganze sollte ja nur zeigen, welche Wechselwirkungen von meinen Engagements in Wirtschaft und Politik ausgingen, wie das Eine das Andere beeinflusst hat, und wie ich versuchte, in beiden Tätigkeitsfeldern meinen Grundsätzen treu zu bleiben.»

Interessenkonflikte?

«Nun sag mir noch eins.» Pfiff konnte es nicht lassen: «Du warst ja nicht nur Unternehmer (oder sagen wir lieber korrekter: Manager) und Politiker. Du warst zudem Titularprofessor an der Hochschule Sankt Gallen. Kamst Du nie in Konflikte zwischen Deinen *wissenschaftlichen* Erkenntnissen, Deinen *unternehmerischen* (auf einzelne Gesellschaften bezogenen) Interessen und Deiner *politischen* Philosophie?» Jetzt war ich gespannt, ob Ralph nicht nervös würde. Ich hätte sogar verstanden, wenn er entweder aufgestanden wäre oder tief ins Glas geschaut hätte, um sein Gesicht zu verdecken. Aber nichts dergleichen geschah. Im Gegenteil: Er strahlte über das ganze Gesicht: «Ein Wort vorerst zur Hochschule: Seit dem Abschluss des Studiums habe ich mich stets um Vertiefungen bemüht. So schätzte ich natürlich die Aufmerksamkeit, die meinen Publikationen geschenkt worden ist, ebenso wie den Ruf zur

Übernahme eines ständigen Lehrauftrages in St. Gallen, der mir Gelegenheit zu regen Kontakten mit Studenten bot. Nun aber zu der von Dir angesprochenen Gefahr von Konflikten.

Ich glaube sagen zu dürfen, dieser nie erlegen zu sein. Was ich politisch vertrat, entsprach ja den in Theorie und aus Erfahrung gewonnenen Erkenntnissen. Und in der früher dargelegten Philosophie wurzelte mein Engagement. Nie liess ich mich von Unternehmens- oder Verbands-spezifischen Interessen leiten. Das wussten die Leute, und sie erwarteten auch nicht, dass ich mich als Lobbyist einsetzen lasse. Mein Einsatz in der Schlacht um Lenzburg galt nicht primär der Gesellschaft, sondern war ein Kampf gegen unternehmerisch nicht zwingende und politisch verfehlte Übernahme-Gelüste. Mein Einsatz gegen die übertriebene Verschärfung des schweizerischen Wettbewerbsrechts galt nicht dem Jura-Gestein, sondern dem Primat unternehmerischer Vereinbarungen gegenüber staatlichen Wettbewerbshütern.

Mein Einsatz gegen die Innovationsrisikogarantie entsprang grundsätzlichen ordnungspolitischen Überzeugungen und wurde sogar in Zug verstanden, obwohl wir in Bern ebenfalls die hohle Hand hätten hinstrecken können. Ähnliches gilt für meinen Kampf gegen den EWR. Ich stand dabei, wie früher in den Abstimmungen über die Mehrwertsteuer, in Opposition sogar zu den Wirtschaftsverbänden. Doch wurde ich weder von diesen noch aus Basel gedrängt, mit meiner Meinung zurückzuhalten. Sie respektierten meine ordnungspolitischen Bedenken. Also zusammengefasst: Wenn man will, kann man grundsatztreu politisieren, auch wenn man als Mann der Wirtschaft abgestempelt ist.»

Erleichterung ging jetzt durch die Runde. Männiglich war froh, eine Pause einschalten und sich zur Rückfahrt rüsten zu können. Pfiff meldete sich ab, um Katja zu holen. Als sie endlich zurückkamen, hatte Ralph gerade vor sich her gemurmelt: «Jetzt müssen wird dann doch noch das Postauto nehmen.» Doch alles verlief in Minne; wir genossen die ruhige Fahrt den Oberengadiner Seen entlang und trafen dank der meisterhaften, sicheren Fahrkunst von Pfiff unversehrt, wenn auch vom langen Marsch und den intensiven Gesprächen etwas angeschlagen, wieder an unserm Ausgangspunkt ein.

Freiheitliche Ordnungspolitik

Als wir die Hotelhalle betraten, drangen aus der nahen Bar laute und kämpferische Töne zu uns. Wir hörten aufmerksam hin, und insbesondere Ralph spitzte die Ohren. Er ging einen Schritt nach vorn, wo er die Gruppe beobachten konnte, kam aber gleich wieder zurück: «Wir halten uns versteckt und hören vorerst zu. Kennt Ihr die da drin?» Inzwischen war auch mir klar geworden, wer sich da so ereiferte. Es war *King*, ein bis vor kurzem selbständiger, erfolgreicher Aargauer Unternehmer aus dem Transportgewerbe, eher klein von Statur, mit wachem Blick, munteren Augen, temperamentvoll, immer auf Draht, kritisch gegenüber dem Staat und seinen Behörden, aber bodenständig und im guten Sinn liberal-konservativ in seinen Urteilen. «Kennst Du die andern?», fragte ich Ralph, und er hatte diese als zwei Gleichgesinnte identifiziert. Der eine, *Stil*, hatte zu seinen bevorzugten Gesprächspartnern unter den Bundeshausjournalisten gehört. Noch heute habe er regelmässig Kontakt mit ihm, ohne allerdings zu wissen, dass er sich jetzt ebenfalls im Engadin herumtreibe. Der Mann, langjähriger geschätzter Mitarbeiter des früheren «Badener Tagblatts», heute der AZ, habe in jeder Beziehung wirklich Stil, beschrieb in Ralph: «Menschlich sensibel, bescheiden, korrekt, stets sachbezogen (was für die Angehörigen dieser Zunft ja eher eine Ausnahme darstellt), kompetent, erfahren, eine Perle unter den Journalisten, und auch er erst noch – im guten Sinn – liberal-konservativ, ein echter Gesinnungsfreund.» Den Dritten im Bund stellte uns Ralph als *Plato* vor. Es handle sich um einen erfolgreichen, international tätigen Kaufmann, in der Region Aarau wohnhaft, ein Gentleman von der Scheitel bis zur Sohle, mit philosophischem Tiefgang, wie man das bei Unternehmern eher selten antrefte. «Seine nicht seltenen Leserbriefe», fügte Ralph bei, «verraten nach Stil und Inhalt erstaunliche Sachkenntnis und die tiefe Sorge um den Werte-Zerfall in unserer Gesellschaft.» So hatten Pfiff und ich Verständnis, dass Ralph der Gesprächsrunde noch eine Weile unbemerkt zuhören wollte, bevor wir uns dann an sie heranmachten. In der Tat hörten wir aus unserm Versteck *Brisantes*:

Heraus aus dem Chaos!

«Der *Verkehrsinfarkt* in diesem Land ist vorprogrammiert, und er ist Teil eines viel umfassenderen Chaos, dem wir früher oder später nicht mehr werden entgehen können.» Das musste King sein, schien mir. Und seine nächsten Sätze gaben mir recht: «Die Belastungen und Schikanen, die unser Staat dem Autofahrer, insbesondere dem Transportgewerbe, auferlegt, sind katastrophal. Anstatt die Bewegungsfreiheit mit einem grosszügigen Ausbau unseres Strassennetzes zu erleichtern – schliesslich berappen wir Autofahrer ja diese Kosten –, sind wir Opfer einer übertriebenen Umwelt-Hysterie geworden. Unternehmerische und volkswirtschaftliche Effizienz wird uns verwehrt. Statt dessen will man mit Milliarden-schweren gigantischen Projekten (Zwei-Röhren-Neat) sowie hunderten von Millionen Franken aus Steuergeldern für Bahn-Subventionen das Umsteigen auf die Schiene erzwingen. Und dem sagt man marktwirtschaftliche Instrumente im Umweltschutz oder Verursacher-gerechte Verkehrsfinanzierung! Aber das, was überrissene Investitionen in die Bahn, ein undifferenzierter Halbstundentakt, unsinnige Tarifverbilligungen und anderer Luxus den Steuerzahler kosten, kümmert scheinbar niemanden. Der französische Soziologe Bastiat lässt grüssen: «L'état, c'est la grande fiction, à travers laquelle tout le monde s'efforce de vivre aux dépenses de tout le monde!» «Wie Recht er hat», murmelte Ralph.

«Wenn King vom volkswirtschaftlichen Unsinn unserer Verkehrspolitik spricht, dann muss ich natürlich unserer *Energiepolitik* eine nicht minder schlechte Note erteilen», hörten wir jetzt Stil ergänzen. Der sonst eher bedächtige und ruhig wirkende Bundeshausredaktor ereiferte sich ungewöhnlich heftig: «Unsere so genannt bürgerlichen Parlamentarier hätten es in der Hand gehabt, erst kürzlich eine neue Energieabgabe – und das ist ja nichts anderes als eine neue Steuer – bachab zu schicken. Aber Nein: Ihre Kompromissbereitschaft kannte einmal mehr keine Grenzen, und sie erfanden sogar – was noch schlimmer ist – zwecks Verschwendung des Steuer-, Entschuldigung des Abgabe-Ertrages, gleich noch eine neue Subvention, nämlich für

die Förderung der Energieforschung! Es tröstet mich auch nicht, dass dieser Energieabgabe-Subventions-Bazar nur die Fortsetzung jener Tragödie darstellt, die mit den von bürgerlichen Spitzenpolitikern vor mehr als zehn Jahren eingereichten Motionen *Kaiseraugst* beerdigt und damit das Aus für weitere Kernkraftwerke eingeläutet hat.

Ich erinnere mich, als ob es gestern gewesen wäre, wie sich die damaligen standfesten aargauischen Ständeräte gegen diesen hinterhältigen Hüftschuss gewehrt hatten. Der eine der beiden, kurz nachher aus dem Parlament ausgeschiedenen Politiker, versuchte, mit Interventionen in der Presse und dem von ihm präsierten grossen Spitzenverband der Wirtschaft Verständnis für eine übergeordnete, eben ordnungspolitische Sicht zu wecken, doch umsonst.» Ralph hatte bei den letzten Worten einen kurzen Hustenanfall, ohne dass die Gesprächsrunde davon Notiz genommen hätte. Dafür fuhr jetzt Plato dazwischen: «Sehen Sie, meine Herren, ich sage es ja schon lange: *Unsere Demokratie versagt* am Laufmeter. Sie, diese von Neid, Prestige, teils Dummheit und Gruppen-Egoismen durchsetzte Staatsform wird unsere Gesellschaft und unseren Staat noch vollends ruinieren. Warum orientieren wir uns nicht endlich an den alten Griechen, die den (Ideal-)Staat von Philosophen leiten, von Wächtern beschützen und vom dritten Stand ernähren lassen wollten?»

Jetzt hielt es Ralph nicht mehr länger aus. Er zwinkerte mir zu, als ob er meinen Startschuss zum *Einmarsch in die Arena* auslösen wollte, und als ich zustimmend nickte, drang er ein, Pfiff und ich, wie Munitionsträger, in seinem Schlepptau. «Einen schönen guten Abend wünsche ich Euch», begann er gefasst, und die strahlenden Gesichter der überraschten Freunde stimmten ihn vollends friedlich. Auf allen Seiten war die Freude unübersehbar, und wir wurden postwendend zum Platznehmen eingeladen. Einzig King, bereits wieder mit seinem Handy bewaffnet und leicht nervös gestikulierend, schien von unaufschiebbaren Geschäften eingeholt zu werden. So leid es ihm tue, entschuldigte er sich, er müsse sich unbedingt um eine geradezu unmenschliche Busse kümmern, die einem seiner besten Chauffeure völlig unverhältnismässig und ungerechtfertigt aufgebrummt worden sei. Natürlich zeigten wir Verständnis, verriet sein Eifer doch, wie sehr

ihm an Korrektheit und mitmenschlichen Gefühlen gelegen ist. Ich verschwieg nun der erweiterten Gesprächsrunde nicht, dass sie schon seit geraumer Zeit Opfer unseres Lauschangriffs gewesen sei. Um den Faden nicht abreißen zu lassen, wollte ich jetzt unsern Ordnungshüter vom Dienst zu Worte kommen lassen. «Was sagst denn Du zu all dem Erlauschten?», wandte ich mich an Ralph. Und dieser antwortete erstaunlich kurz: «King und Stil haben Recht. Ich verstehe ihre Kritik. Etwas mehr Mühe bereitet mir jene von Plato.» Das war mir nun allerdings doch zu dürftig, und offensichtlich hatte Pfiff denselben Eindruck, wenn er fragte: «Ist es nicht doch etwas übertrieben, vom befürchteten Verkehrs-Infarkt auf ein allgemeines Chaos zu schliessen, und wie wollen Sie denn, verehrter Plato, jene weisen Philosophen erküren, die sagen und durchsetzen, welches die Menschen-gerechteste Ordnung im Staat sein soll?» Plato sah nachdenklich vor sich hin und wollte gleich zu einer Antwort ansetzen, als ihm Ralph zuvorkam:

«Wenn King vom Verkehrsinfarkt auf *ein allgemeines Chaos* schliesst, so mag das teils vielleicht schon seinem Hang zum Übertreiben anzulasten sein, aber ich fürchte, er liegt so weit daneben nicht. Zunächst sind Mobilität bzw. Verkehr für den Menschen unbestreitbar zentrale Anliegen. Und die schweizerische Verkehrspolitik steckt schon lange und gerät immer tiefer in eine Sackgasse. Aber schaut doch einmal, was sonst noch chaotisch läuft: Schon auf unserer Wanderung haben wir uns darüber Rechenschaft gegeben. Nur wenige Stichworte dazu. Wir sprachen von den Zerfallerscheinungen in unserer *Gesellschaft*. Denkt weiter an die *Verlotterung der Staatshaushalte*, insbesondere im Bund. Die Steuerschraube wird mehr und mehr angezogen, und trotzdem wächst der Schuldenberg unaufhaltsam. Denkt an die sogenannte soziale Sicherheit, die langfristig gar nicht mehr gesichert ist. Trotz drohender Milliarden-Defizite kennt die Begehrlichkeit keine Grenzen. Wilhelm Röpke hat vom *«Zwangscharakter des Wohlfahrtsstaates und des Fiskalsozialismus»* gesprochen, und Ludwig Erhard musste miterleben, wie seine Soziale Marktwirtschaft zur sozialisierten Marktwirtschaft degeneriert.

«Der Wohlfahrtsstaat von heute ist nicht ein blosser Ausbau der alten Einrichtungen der Sozialversicherung und Sozialfürsorge, wie sie z.B. in Deutschland durch Bismarck geschaffen worden waren. Er ist inzwischen in immer mehr Ländern zu einem Instrument der sozialen Revolution geworden, deren Ziel die möglichst vollkommene Gleichheit der Einkommen und Vermögen ist, und damit an die Stelle des Mitgeföhls der Neid als das beherrschende Motiv getreten ist.» (Wilhelm Röpke)

Wir schieben den Zusammenbruch auf, können ihn mit neuen Belastungen und Unfreiheiten (Enteignungen!) verzögern, aber kaum noch aufhalten. Die als blosser Nachführung verkaufte (man muss schon fast sagen verlogene) *neue Bundesverfassung* ist nichts anderes als ein Auftrag zu noch mehr Sozialschutz, zu noch mehr Ansprüchen, staatlichen Förderaktivitäten und Gleichmacherei. Sie wird die Verstaatlichung unseres Lebens beschleunigen.

In die gleiche Richtung weist die weltweite Globalisierung und *Internationalisierung*, die Relativierung unserer Neutralität, der Drang – und wenn es auch nur durch den so genannten autonomen Nachvollzug ist – in die EU, die Verachtung der Kleinstaatlichkeit, der Drang zum Gigantismus im Kleinen und Grossen. Kurz: Wir bauen und bauen weiter an Babylon, ohne Rücksicht auf die drohende Einsturzgefahr. Genau vor dieser Einsturzgefahr habe ich übrigens schon 1981 in einem Vortrag an der Generalversammlung des Aargauischen Gewerbeverbandes gewarnt. «Wer an der direkten Demokratie rüttelt, sagte ich, mag den Turmbau von Babel beschleunigen, wird aber gleichzeitig die Einsturzgefahr vergrössern.»

«Es bleibt der Hang, vor jedem auftauchenden Problem in die behördliche Regelung zu flüchten – in Europa in der besonders absurden Form, für ein auf nationaler Stufe sich als unlösbar erweisendes Problem die Lösung auf internationaler Stufe von supranationalen Behörden zu erwarten – und hinter der Fassade

*der Marktwirtschaft die Entwicklung zur bürokratischen Erstar-
rung und zur Allmacht des Staates bewusst oder unbewusst wei-
ter voranzutreiben. Es bleibt die Neigung, dem Staat im Namen
der wirtschaftlich-sozialen Sicherheit immer neue Aufgaben zu-
zuweisen und damit dem Steuerzahler immer neue Ausgaben
aufzubürden.»* (Wilhelm Röpke)

«Ich verstehe zwar Ralph, erlebe ich doch täglich im Bundeshaus –
übrigens auch in den Redaktionsstuben der AZ –, wohin die Reise
geht. Und doch frage ich mich, ob es nicht gewisse *Hoffnungsschim-
mer*, gebe, sogar in der politischen Landschaft», schaltete sich jetzt
Stil ein: «Ich denke an Privatisierungen, an Liberalisierungen auf
dem Binnenmarkt, an die Steuerstopp-Initiative der FDP oder an
den Wahlerfolg der SVP bei den letzten Wahlen in Kantonen und
im Bund.»

Doch Ralph blieb nachdenklich: «Für mich sind das grössten-
teils Nebenkriegsschauplätze und äusserst raffinierte Ablenkungs-
manöver. Es tut mir leid, aber ich sehe, wie die Staats- und Fiskal-
quote wächst und wächst, wie wir also laufend mehr enteignet
werden; ich sehe, wie die Forderungen an den Staat sich aus allen
Ecken und in stets neuen Jagdgebilden türmen (Beispiele kennt Ihr
alle zur Genüge); ich sehe weiter, wie die Unternehmer und wir
alle grössere Abhängigkeiten von staatlichen Instanzen leichtfertig
(meist um des Mammons willen) hinnehmen, uns in blindem
Grössenwahn in internationale Betriebsamkeit mit entsprechender
Einbindung stürzen, und ich sehe, dass ein beträchtlicher Teil der
Bevölkerung, vor allem kirchliche Kreise, wie Spatzen von den
Dächern nach noch mehr sogenannter Menschlichkeit, Gerechtig-
keit, Gleichheit gegenüber In- und Ausländern aller Art rufen,
unsere Behörden aber gegenüber Missbräuchen aller Art und der
Kriminalität nachsichtig sind. Und deshalb stimmt für mich die
staatliche Ordnung nicht mehr. *Der Sozialismus ist nicht gestorben*. Er
jagt seinen Zielen zwar nicht mehr so stürmisch nach wie einst, er
hat es gar nicht nötig, weil der Marsch durch die Institutionen

erfolgreich verlief, und die kalte Sozialisierung friedlich und mühelos weitergeht.»

«Aber, mein lieber Herr Professor, das ist ja der beste Beweis für die Richtigkeit meiner These, dass nämlich die Demokratie keine Staatsform ist, welche uns Freiheit garantiert.» Ich hatte diesen Hinweis von Plato erwartet, wollte jetzt aber doch nochmals versuchen, ob Ralph nicht vorher noch konkretisieren könnte, was denn er unter Ordnungspolitik sich vorstelle, und was er vom Dritten Weg halte.

Soziale Marktwirtschaft als Chance

«Für mich stellt die *Soziale Marktwirtschaft*, wie sie Ludwig Erhard verstanden hat, jenes *umfassende freiheitliche Ordnungssystem für Staat und Wirtschaft* dar, das Ausdruck konsequenten ordnungspolitischen Denkens und Handelns wäre. Darüber sind nun ja wirklich Bände geschrieben worden. Ich verweise lediglich auf die wohl knappste Zusammenfassung, nämlich meinen Aufsatz *«Freiheit und Verantwortung – Ein Kompass im Labyrinth politischen und wirtschaftlichen Wunschdenkens»*. Wenn ich es noch kürzer machen soll, so halte ich dreierlei für ausschlaggebend. Erstens: *Freiheit ist unteilbar.*

«Wenn wir die Freiheit im Politischen und Geistigen wünschen, müssen wir uns für sie auch im Wirtschaftlichen entscheiden, ... wie wir uns umgekehrt darüber klar sein müssen, dass eine kollektivistische Wirtschaftsordnung die Freiheit im Politischen und Geistigen vernichtet.»
(Wilhelm Röpke)

Zweitens: *Staats-, Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und andere staatliche Ordnungen müssen aufeinander abgestimmt, gewissermassen aus einem Guss sein* und sich so zu einem geschlossenen freiheitlichen Ordnungssystem zusammenfügen. Wettbewerb ist nicht alles.

«Alles hängt mit allem zusammen, und das wirtschaftliche Leben steht nicht für sich allein. Die Ordnung der Wirtschaft erscheint vielmehr als Teil einer alles umfassenden Gesamtordnung.»
(Edith Eucken-Erdsiek)

Drittens: Ordnungsprinzipien müssen die Freiheit respektieren und gewährleisten, diese aber gleichzeitig in die Verantwortung einbinden sowie Freiheits- und Machtmissbräuche in Schranken weisen. Deshalb sind auch Strukturen, mit denen Macht dezentralisiert wird, wie der föderalistische Staatsaufbau, die direkte Demokratie, das Milizsystem sowie ein starker Mittelstand unverzichtbare Pfeiler eines freiheitlichen Ordnungssystems.»

«Der Staat bzw. seine gewählten Funktionäre haben aber nicht das Recht, ihre Vorstellung von sozialer Verantwortung durch Zwang den übrigen Mitgliedern der Gesellschaft aufzuzukroyieren, die andere Präferenzen haben. Soziale Verantwortung oder sozialer Altruismus dieser Art ist nur ein erweiterter und verbrämter moralischer Egoismus.»
(Christoph Zeitler)

«Du hast ja immer wieder versucht – erinnerte ich mich jetzt –, es nicht bei diesen Eckpfeilern eines freiheitlichen Ordnungssystems bewenden zu lassen, sondern Deine konkreten Folgerungen daraus zu ziehen, wenn es darum geht, *Ja und Nein zu unserm Staat zu sagen.*» «Richtig», fuhr mich Ralph an, «und deshalb erspare mir jetzt bitte diese Aufzählung. All jenen, die immer noch sagen, ich – und nicht nur ich – hätte nur Grundsätze im Kopf, wir würden nichts konkret Fassbares einbringen, die flüchten in Ausreden. Sie wollen unsere sehr handfesten Forderungen nicht zur Kenntnis nehmen, weil sie ihnen nicht passen. Ich sage jetzt lieber noch ein Wort zum so genannten Dritten Weg.» «Ja, darauf sind wir gespannt», lachten Pfiff, Stil und Plato allesamt. So blieb mir nichts anderes, als Ralph grünes Licht zu geben. Er schien nicht unvorbereitet:

Und der Dritte Weg?

«Das Schröder-Blair-Papier über den Dritten Weg oder die neue Mitte (übrigens auch andere diesbezügliche Publikationen, wie etwa jene von Bodo Hombach) liest sich tatsächlich erfrischend. Sie enthalten Aussagen, die sogar ich unterschreiben könnte. Allerdings bleiben sie meist im Allgemeinen, und immer wieder schimmert natürlich der für meine Begriffe übertriebene Glaube an bzw. der Ruf nach dem Staat durch, etwa im Satz «Der Staat soll nicht rudern, sondern steuern». Zudem fehlt es zwar nicht am Bekenntnis zu Friede, Menschlichkeit u. dgl., *aber es fehlt für mich die Dominanz der Freiheit*. Und genau das unterliess auch Bundesrat Leuenberger in seiner Rede im Berner Münster am 1. Januar 2000, wo Friede und Gerechtigkeit im Vordergrund standen. Ohne auf Details einzugehen, scheint mir, zwei unverdächtige und prominente Zeugen freiheitlicher Ordnungspolitik hätten mit ihren Aussagen Entscheidendes getroffen.»

«Das Links-Rechts-Schema im Sinne von Staatsgläubigkeit versus Freiheitsorientierung wird dadurch nicht aufgehoben. ... Es wird weiterhin darauf ankommen, ob diese bestimmte Politik marktwirtschaftlich oder interventionistisch, rechts oder links ist. Der Marketing-Gag eines neuen Dritten Weges kann über diese Trennlinie nicht hinwegtäuschen.»

(Gerhard Schwarz)

Und Ralf Dahrendorf formuliert seine, wie er selber sagt, ernsthafteste Bemerkung wie folgt: «Ich habe die meisten Publikationen rund um die Idee des Dritten Weges gelesen. Und immer mehr ist mir aufgefallen, dass in all diesen Reden und Aufsätzen und Büchern ein Wort fast nie – und überhaupt nie an zentraler Stelle vorkommt: das Wort Freiheit. Da ist viel von Brüderlichkeit die Rede, die in der Tat eines der zentralen Themen des Dritten Weges bildet. Gleichheit

wird als Ziel fallen gelassen und durch sozialen Einfluss und neuerdings durch Gerechtigkeit ersetzt. Aber Freiheit? Zweifellos würden die Vorkämpfer des Dritten Weges sagen, sie sei durchwegs vorausgesetzt und stillschweigend inbegriffen. Dementsprechend hat sie einen kurzen Auftritt in der Liste *«zeitloser»* Werte in der Einleitung zum Blair-Schröder-Papier: *«Fairness und soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Chancengleichheit, Solidarität und Verantwortung für andere.»* Unter zeitlichen Werten aber hat die Freiheit keinen Platz. ... Es erscheint heute wichtiger als noch vor wenigen Jahren, ein neues politisches Projekt mit dem Beharren auf Freiheit zu beginnen, bevor wir uns dem sozialen Einfluss und der Kohäsion zuwenden.»

«Muss nicht noch etwas anderes bedacht werden?», fragte der kluge Stil, um gleich selber zu antworten: «Das Papier beginnt mit der bemerkenswerten Feststellung *«In fast allen Ländern der EU regieren Sozialdemokraten»*. Es braucht nicht viel Einsicht, dass die beiden Regierungschefs von Deutschland und England den Weg aus der (extremen) linken Ecke zur Mitte suchten, um ihre Probleme zu meistern und Wähler anzusprechen. Wir aber strampeln ja schon in dieser Mitte und können uns immer noch nicht ausreichend dazu aufraffen, dem weiteren Abrutschen nach links einen entschlossenen Rechts-Rutsch entgegenzustellen. Ohne konsequente Polarisierung der Positionen ist unser Weg von der schiefen Ebene in den freien Fall doch einfach nicht mehr aufzuhalten. Wir hätten dann in unserem gelobten Land bald einmal die Situation, wie sie kürzlich der Direktor des Max-Planck-Instituts in Köln für die BRD beschrieben hat, dass sich nämlich zwei sozialdemokratische Parteien, die SPD und die CDU, um die Gunst der Wähler bewerben. Mich interessiert deshalb, fuhr Stil fort, die Frage, *was wir eigentlich noch tun können, um diese Entwicklung zu verhüten.»*

Wie soll es weitergehen?

Jetzt war Ralph wieder am Zug: «So, wie ich sehe, verfügt die *BRD* in der Wissenschaft und in der Wirtschaft über prominente Stimmen, die sich mit Kompetenz und grossem Engagement für ordnungspolitische Anliegen einsetzen. Eher im Hintergrund und gemässigt, aber fundiert, wirken die Ludwig-Erhard-Stiftung sowie die Friedrich-Naumann-Stiftung. Als kämpferischer und unglaublich produktiv empfinde ich die vom publizistisch sehr aktiven Gerd Habermann geleitete und getriebene (!) Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer. Ferner gibt es, wenn ich so sagen darf, Einzelkämpfer, wie etwa Roland Baader, der, neben zahlreichen eigenen Werken, unter dem Titel «Die Enkel des Perikles» liberale Positionen zu Sozialstaat und Gesellschaft veröffentlicht und darin beispielsweise hervorragende Analysen und Klärungen zum Begriff der Freiheit aufgenommen hat. Leider gelang es auch all diesen und andern Einsätzen bisher nicht, die politische Entwicklung nachhaltig zu prägen.

In der *Schweiz* erwähne ich beispielsweise das von Robert Nef geleitete Liberale Institut in Zürich, einige ausdrücklich der Freiheit und Verantwortung verpflichtete Organisationen und Stiftungen, ferner Gerhard Schwarz, der in der *NZZ* gelegentlich bemerkenswerte Zeichen setzt. Doch vermochten auch diese und andere Exponenten bzw. Einzelkämpfer in Verbänden und Parteien nicht, sich so durchzusetzen, dass das Abgleiten der politischen Meinungsbildner in den Morast der Mitte hätte verhindert werden können.» Das überraschte mich jetzt doch. So fuhr ich dazwischen: «Aber von der Aargauischen Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft, zu der Du seinerzeit den Grundstein gelegt hast, erhoffst Du sicher erfolgreiche Impulse.» «Sicher, und der Stiftungsrat macht seine Sache hervorragend», hielt Ralph mit Anerkennung nicht zurück, um gleich fortzufahren: «Ich glaube, das gilt ebenso für all die genannten und weiteren Bestrebungen. Ohne solche Einsätze wäre der Zerfall wohl noch weiter fortgeschritten. Aber ob sie schliesslich die gewünschte Wende

zu bewirken vermögen, bleibt doch ungewiss.» «Ich habe selber, gleich wie Ralph, unter dieser Entwicklung gelitten», ergänzte jetzt Pfiff. «Dennoch hatte mein beruflicher und politischer Einsatz während Jahrzehnten dem Kampf gegen die fatale Staatsgläubigkeit gegolten. Leider verhinderten und verhindern – ich muss das bestätigen – heute das Machtkartell der Bundesratsparteien sowie der Filz zwischen Verbandsbürokraten und Bundeshaus die Durchsetzung klarer freiheitlicher Positionen. Darf ich in diesem Zusammenhang daran erinnern, was Ralph an anderer Stelle zu der staats- und wirtschaftspolitisch verheerenden Institution des runden Tisches gesagt hat. Sie spüren alle nicht oder wollen es nicht wahrhaben, dass nicht nur Sozialdemokraten alter und neuer Schule, sondern ebenso Eiferer mit gutem Willen in bürgerlichen Parteien staatliche Interventionen hier und staatliche Interventionen dort auslösen, bis der moderne Staat, auch unser Staat, sich mit den Worten brüsten kann: *«Alles hört auf mein Kommando»* (so Franz Böhm: *Die Ordnung der Wirtschaft* 1937).»

Erneut trat Plato aus seiner Reserve hervor: «Habe ich es nicht schon vorhin – und übrigens nicht zum ersten Mal – gesagt: Unsere Demokratie führt früher oder später ins Chaos, und ich wünschte mir sogar, dass es bald soweit wäre.» «Da sprechen Sie nun wirklich ein grosses Wort gelassen aus», unterbrach ihn Stil. «Ich weiss: Es ist ein grosses Wort, aber ich spreche es nicht gelassen aus», fuhr Plato unbeirrt fort: «Erst das Chaos wird nämlich wachrütteln und eine breite Erneuerung auszulösen vermögen. Vorläufig geht es uns einfach noch zu gut. Erst dann, wenn wir die Probleme nicht mehr weiter vor uns herschieben können, platzt die Pipeline – denkt doch nur an die Zeitbomben in unserm ganzen System der sozialen Sicherheit.» «Das sind allerdings trübe Aussichten», seufzte Pfiff, eher entmutigt. Ralph versuchte zu trösten: «Ich erinnere daran, was Tell über den Vormarsch der Jungen in seiner SVP gesagt hat, die in 10 bis 20 Jahren die politische Entwicklung entscheidend prägen werden.» «Solange werden wir nicht mehr Zeit haben», konterte Plato umgehend, und Ralph gestand: «Das fürchte ich manchmal auch.» «*Und wie soll es dann nach dem Zusammenbruch weitergehen?*», wollte ich nun von Plato wissen:

«Sicher nicht mehr mit unserer herkömmlichen Demokratie. Eine Elite wird die Führung übernehmen müssen, gleich wie die weisen Philosophen im alten Griechenland. Und dieser Staat braucht einerseits starke Wächter (d. h. innere und äussere Sicherheit), andererseits Menschen, die in Freiheit sich für ihr eigenes und das Wohl des Nächsten einsetzen.» Das schien Ralph nun allerdings doch gewagt: «Ich weiss, Milton Friedman hat schon 1990 gesagt: *«I believe a relative free economy is necessary condition for freedom. But there is evidence that a democratic society, once established, destroys a free economy.»* Ich sehe das aufgrund meiner Erfahrungen nicht ganz so einfach, es sei denn – und das kann nicht der Demokratie angelastet werden –, diese Gesellschaft sei durch Macht-Strukturen, von denen wir schon sprachen, einschliesslich der Medien, so durchsetzt und verseucht, dass sie tatsächlich ihre Freiheit und damit sich selbst zerstört. Aber, verehrter Plato, wer ernennt dann Ihre Elite? Wer erfüllt die Anforderungen an eine Elite, deren Merkmal ja *«die jedem Schein abholde Demut»* sein müsste (Robert Holzach)? Wer verhindert, dass aus dem Kreis dieser Elite nicht bald einmal ein Führer herauswächst, der wiederum nicht bloss von der Lust, sondern von der Arroganz der Macht besessen wäre und diese Macht nicht unbedingt zum Wohl der Menschen ausspielen könnte? Ich traue dieser Vision nicht. *Für mich bleibt die direkt-demokratische Willensbildung der repräsentativste und Menschen-gerechteste Weg, Ordnung und Sicherheit in unserer Gesellschaft zu gewährleisten.* Sicher: Vollkommen ist auch sie nicht, aber wenn sie nur schon das kleinste aller ordnenden Übel zu gewährleisten vermag, dann gebe ich der Demokratie den Vorzug gegenüber allem, das nur schon totalitär riecht».

«Es ist durchaus nicht ohne Bedeutung, ob freiheitssichernde Verhaltensregeln durch einen Monarchen oder eine herrschende Gruppe erlassen, oder von einer Mehrheit beschlossen werden. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie eine breite Meinung widerspiegeln, ist zweifellos grösser, wenn sie durch demokratischen Mehrheitsbeschluss zustande kommen. Insofern ist Demokratie eine Staats-

*gewalt, die für eine freiheitliche Ordnung zwar nicht notwendig,
aber nützlich und zweckmässig ist».* (Erich Hoppmann)

Zwischen Hoffnung und Resignation

Die Gesprächsrunde blieb nachdenklich. Plato schien über die Reaktion von Ralph eher enttäuscht. Auch Stil und Pfiff schauten betreten vor sich hin. Ich musste das Schweigen brechen: «Liebe Freunde, wir werden so oder so auf viele Fragen keine Antwort finden, aber es reizt mich jetzt doch, weiter zu suchen. Mir ist eingefallen, dass wenige hundert Meter von hier *Zar* in den Ferien weilt. Ralph und Pfiff kennen ihn. Er ist zwar auch nicht mehr der Jüngste, unserm Gedankengut eng verbunden, war als Staats- und Verwaltungsrechtler in einer kantonalen Verwaltung tätig, dann Oberrichter und Bundesrichter, schliesslich Professor an der Universität Basel, mehrfacher Ehrendoktor, Experte des Bundesrates für die Regierungs- und Verwaltungsreform, im Militär Kommandant einer Grenzbrigade. Ich weiss, dass *Zar* und Ralph sich gut kennen. Wie wär's, wenn wir ihn fragen würden, ob er nicht zufällig Zeit für ein kurzes Gespräch hätte.»

«Nicht schlecht», meldete sich Ralph begeistert, und Pfiff übernahm es, mit *Zar* telefonisch Verbindung aufzunehmen. Kaum verschwunden, war er auch schon wieder zurück. *Zar* sei schon unterwegs zu seinem Auto gewesen. Er müsse nach Celerina, würde aber im Vorbeifahren kurz Halt machen, um uns zu sehen. So dauerte es nicht lange, bis *Zar*, gewissermassen als Retter in der Not, vor uns stand. Sein heiterer Blick verriet den anhaltend wachen Geist. Er war aber auch der stets Bescheidene geblieben – Demut als Gütesiegel für die Zugehörigkeit zur Elite unseres Landes. Er bestätigte, dass seine Zeit knapp bemessen sei, weshalb ich gleich zur Sache ging:

«*Zar*, wir ringen um *Weisheit* und erhoffen uns von Dir Rat.» Ich schilderte ihm unser Problem, und wir warteten gespannt auf seine Antwort. Natürlich konnte diese nur bruchstückartig sein. Aber sie war eindrücklich. Er sei sehr unsicher. In einer Menge von Le-

bensbereichen würden wir in einer Art Experimentierphase leben, «ohne sichere Massstäbe ausmachen zu können, die der schliesslichen Orientierung behilflich wären. Es ist wirklichkeitsnaher, als wir wahrhaben wollen, wenn man vom *Durcheinander* spricht.» Chaos-Theoretiker seien keine Antwortgeber, fuhr er fort, «denn man wird das Chaos kaum zur bestimmenden Grösse erheben wollen.» Ich sah, wie Plato zweimal leer schluckte, doch Zar fuhr fort. Es erscheine ihm nicht als absurd, die ständigen Wandlungen als Tatsachen hinzunehmen, die Beeinflussung durch den handelnden Menschen als nur ganz geringfügig und kurzfristig zu betrachten, und schliesslich uns anzugewöhnen, dass die nun lange Periode der Machbarkeiten am Auslaufen sein könnte. «Das nähert sich gar arg der Resignation, macht uns passiv, obwohl schon Chancen eines gewissen Bewirkens vorhanden wären. Umgekehrt graut uns vor den grossen Bewirkern, die in ihrem Optimismus die Weltveränderung in ihrer Hand zu haben glauben.»

Genau unsere Analyse, aber was sollen wir daraus folgern – dachte ich für mich. Zar rang weiter mit sich selber. Er zeigte Respekt vor Helmut Schmidts Buch «Auf der Suche nach einer politischen Moral». Was der frühere deutsche Bundeskanzler schreibe, sei zwar plausibel, «bei Betrachtung der handelnden Menschen aber wohl weit weg von Verwirklichungschancen. Aber: Sollen wir überhaupt auf Verwirklichung sinnen, oder genügt es, *ein bedeutendes Ziel ins Auge zu fassen*, daraus Anregung zu schöpfen, und im Übrigen *den Alltag so zu bewältigen versuchen, wie wir es eben gerade vermögen?*» Alterserscheinung oder Einsicht oder beides, fragte ich mich. Gerne hätte ich von Zar noch gewusst, ob denn, wenn überhaupt, eine demokratische oder eine totalitäre Staatsform eher in der Lage sei, eine Menschen-gerechte Ordnung herzustellen. Die Zeit war jedoch abgelaufen, und so blieb uns nur der Versuch, im kleinen Kreis Bilanz zu ziehen. Was lag da näher, als vorerst Ralph anzusprechen:

Gelingt eine restaurative Revolution?

«Ich spüre es immer deutlicher und empfinde es oft als schmerzlich – Zar hat mich übrigens in dieser Lagebeurteilung bestärkt –, dass die politischen und wirtschaftlichen, die gesellschaftlichen Entwicklungen überhaupt eine Richtung genommen und sich schon soweit von unsern Zielvorstellungen entfernt haben, dass wir uns tatsächlich fragen müssen, ob wir – grösstenteils ergraute Senioren – noch etwas zu bewirken vermögen, oder ob wir nicht resignieren sollen.» «Halt», schaltete sich Pfiff ein: «Zwar bin ich zehn Jahre älter als Ralph, aber zum Resignieren fühle ich mich trotzdem zu jung. Darf ich Euch daran erinnern, was Zar selber in seiner vielbeachteten Basler Rektoratsrede vor genau 30 Jahren gesagt hat. Er rief zu einer restaurativen Revolution auf, *die das Staatliche zu reduzieren und in festere Grenzen zurückzuziehen* hätte. Restauration heisst ja gemäss Schweizer Lexikon «Erneuerung aus den wiederbelebten Grundkräften». Wir könnten uns also – selbstverständlich im Rahmen unserer Rechtsordnung – gemeinsam mit der jungen SVP (!) als Revolutionäre, nicht als ewig-gestrige, rückwärtsgewandte Bewahrer, für die *Wiederbelebung unserer zeitlosen Werte von Freiheit und Verantwortung* einsetzen.»

Stil wollte ebenfalls noch nichts von Resignation wissen: «Ich erinnere Euch nochmals an die Wahlerfolge der SVP oder die erneut klare Verwerfung der Mutterschaftsversicherung. Alles ist doch wirklich nicht verloren.» «Ich freue mich über diese Teilerfolge natürlich auch», griff jetzt Ralph wieder in die Diskussion ein: «Und trotzdem: Für eine restaurative Revolution braucht es sogar im Urteil von Zar mehr. In dem von Pfiff herausgegriffenen Zitat fuhr er nämlich fort: «Es (d.h. das Unerhörte einer restaurativen Revolution) wäre eine *soziale Askese, die nur real würde aufgrund einer Verinnerlichung des Menschen*. Sie müsste sich vollziehen als Folge einer radikalen Neubesinnung, einer *individuellen Umkehr*, wie sie etwa Karl Jaspers charakterisiert hat.» Glaubt Ihr im Ernst an diese Vision?»

Die Runde schwieg. Ich wusste auch nicht, wie wir weiter kommen könnten und knüpfte an eine knappe Bemerkung von Ralph im Zusammenhang mit dem Werte-Zerfall und der Toleranz an:

«Bekennen sich heute nicht viele Bürger, parteiübergreifend, zum *Liberalismus*? Liesse sich nicht auf diesem Fundament eine gemeinsame Plattform finden, um wohlfahrtsstaatliche Übertreibungen in Schranken zu weisen, um sich also auf die zeitlosen Werte von Freiheit und Verantwortung zu besinnen, und so die individuelle Umkehr, von der Zar sprach, einzuleiten? Ich habe nie vertieft, wissenschaftlich, den Liberalismus studiert, bin also Laie. Aber es ist noch nicht lange her, als in der «Aargauer Zeitung» ein hoch begabter Redaktor (der dann leider bald Opfer der «Säuberungswelle» geworden ist) sich überzeugend mit dem «Neo-Liberalismus als Sündenbock politischer Fehlsteuerung» auseinander gesetzt hat. Unter Berufung auf prominente liberale Philosophen und Ökonomen, wie Böhm, Hayek, Eucken, Röpke, Rüstow und Müller-Armack, legte er dar, *wie echter Liberalismus sowohl (Monopol-) kapitalistischen Exzessen als auch «kollektivistischen Versuchungen aller Couleur» entgegentritt*. Zu diesen Versuchungen zählen eben nicht nur die totalitäre Ausprägung des Kollektivismus, sondern ebenso weichere Formen, wie der moderne, alles andere als Menschen-gerechte Wohlfahrts- und Interventionsstaat. Glaubst Du nicht, wandte ich mich jetzt an Ralph, das könnte eine gemeinsame Plattform für eine freiheitliche Ordnungspolitik sein?»

«Natürlich – räumte dieser lachend ein –, denn was ich über freiheitliche Ordnungspolitik gesagt und wie ich das umfassende freiheitliche Ordnungssystem Soziale Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard charakterisiert habe, entspringt ja genau dieser Philosophie. Ich verwende zwar das Wort nicht, identifiziere mich jedoch mit dem *ursprünglichen* Inhalt, d. h. als Abgrenzung auf beide Seiten. Warum aber ist mir der Begriff Liberalismus oder liberal etwas suspekt? Ganz einfach deshalb, weil er heute in der politischen Auseinandersetzung oft und bewusst einseitig und damit missverständlich gedeutet wird, weil Merkmale als zentral herausgestrichen werden, die m. E. nicht dazu gehören und verfänglich sind. Nimm als Beispiel die Toleranz. Du erinnerst Dich: Toleranz gehört zu den Merkmalen meines Menschenbildes. Sie muss Bestandteil der *politischen Kultur* sein; sie ist nicht ein prägendes Kennzeichen des

Liberalismus. *Jeder Liberale ist nach meinem Verständnis auch tolerant, aber nicht jeder Tolerante ist liberal.* Ich glaube deshalb nicht, dass uns der Begriff Liberalismus oder Neo-Liberalismus weiterhilft, wenn wir den Weg suchen, wie eine wirklich auf Freiheit und Verantwortung basierende Ordnungspolitik durchgesetzt werden kann.»

Was blieb mir nach dieser Lektion anderes, als auf die restaurative Revolution und die Voraussetzungen, wie sie Zar in seiner zitierten Rede formuliert hatte, zurückzukommen: «Ralph hat uns gefragt, ob wir im Ernst an diese Vision glauben. Wer möchte Antwort geben?» Die Runde schwieg immer noch. Es kam mir vor, als hätten alle, mit Ausnahme von Plato, eigentlich den Wunsch, es glauben zu können. Und doch schien jeder zu zweifeln. «Also, meine Antwort kennt Ihr», machte endlich Plato aus seinem Herzen keine Mördergrube, «aber wie sehen denn Sie es, verehrter Ralph?» Jetzt musste dieser Farbe bekennen. Ich wartete gespannt auf seine Antwort. Sie kam, aber sie kam zögernd:

«Ich habe lange geschwankt zwischen Resignieren und Weiterkämpfen. Ob ich verbittert sei, hat mich kürzlich sogar ein hoher Magistrat gefragt. Diese Frage konnte ich mit gutem Gewissen und klar mit Nein beantworten. Auch Resignation, und das würde ja heißen Anpassung an den Zeitgeist, trifft meine Haltung nicht. Ich frage mich lediglich, ob wir die gegenwärtige Situation sowie die Zukunftsperspektiven, und zwar sowohl weltweit als auch im eigenen Land, nicht *realistisch* sehen sollten. Tun wir das, so stehen die Chancen für eine restaurative Revolution im Sinne unseres Zar leider nicht eben gut. Ein umfassendes freiheitliches Ordnungssystem in Staat und Wirtschaft ist solange utopisch, als sich nicht eine Mehrheit der Menschen zu diesem Umdenken entschliesst. *Der Kampf zugunsten eines solchen Umdenkens, ohne nach dem Erfolg zu fragen, muss weiter gehen.* Doch braucht ein Kampf Kämpfer.»

«Und wer ist denn Dein *Feind*? Offenbar alles, was nach Staat riecht», wollte ich Ralph nochmals provozieren. Dieser wehrte sich: «Nein, sicher nicht! Es ist noch keine Stunde her, kurz bevor Zar eingetroffen ist, als ich bekräftigte, dass ich zwar häufig Nein, wenn die

Prioritäten richtig gesetzt werden aber auch Ja zu unserm Staat sage. Der Staat, seine Institutionen und Repräsentanten sind nicht meine Feinde. Sie werden aber dann zu *Gegnern*, wenn sie den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat verleugnen und an seiner Stelle dem Leviathan (d.h. im Sinne von Thomas Hobbes dem Inbegriff des allmächtigen Staates) huldigen. Mit diesen Gegnern – auch jenen in der eigenen Partei – müssen wir uns auf dem politischen Parkett, wie Sportler auf dem Fussballplatz, beim Fechten, oder wo es auch sei, auseinandersetzen. Genau wie im Sport sind dabei Regeln zu beachten, insbesondere die für den direkt-demokratischen Willensbildungsprozess geltende Ordnung. Wer sich darüber hinwegsetzt und sich der Arroganz der Macht verschreibt, gehört ebenso zu meinen Gegnern wie jene Eiferer mit gutem Willen, jene Macher, die sich in ihrer fatalen Staatsgläubigkeit über die Grundsätze freiheitlicher Ordnungspolitik hinwegsetzen. Ich glaube, meinen Teil zu diesem Kampf beigetragen zu haben, und wenn ich noch jünger wäre, würde ich weiter kämpfen. Aber heute bemühe ich mich um eine andere Grundhaltung, nämlich um *Gelassenheit*. Vielleicht ist es gar nicht schlecht, unser Gespräch mit den Worten des alten Kirchenvaters Ambrosius abzuschliessen, die heute und morgen ebenso zeitgemäss sein dürften wie vor 1600 Jahren:

«Gott gebe mir den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann, die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann, und die Weisheit, das Eine vom Andern zu unterscheiden.»»

Nachtrag: Ein Brief von Ralph – und ein Appell

Lieber Balz

Seit unserem Gespräch im Engadin sind jetzt einige Monate verstrichen. Auch weiss ich, dass Du die Auswertung kürzlich abgeschlossen hast. Keine Angst: Du brauchst sie nicht zu modifizieren. Erlaube mir aber, Dir heute ein paar Gedanken zu übermitteln, die sich mit Ereignissen der letzten Wochen befassen, und die Du, wenn Du willst, Deinem «Roman» anfügen kannst. Es waren in dieser Zeit nämlich Nachrichten zu vernehmen, die mich an ein Wort erinnerten, das ich einmal in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» gelesen hatte. Es hiess dort: *«Die Zukunft ist nicht Staatssache, sondern Bürgerchance.»* Ist sie es wirklich, oder sollte sie es sein, fragst Du wahrscheinlich. Genau diese Frage stellte und stelle ich mir mehr denn je. Ich kann mich nämlich des Eindrucks nicht erwehren, die Kluft zwischen dem, was sein sollte, was aufgrund der politischen Konstellation, jedenfalls in unserem Land, auch sein könnte einerseits, und dem, was ist andererseits, werde immer grösser. Freiheit als Bürgerchance wird häufig missbraucht und damit als Chance vertan, oder sie wird bewusst der Staatsgläubigkeit geopfert, vielleicht einfach fahrlässig nicht wahrgenommen. Und eben dieser Eindruck hat sich in letzter Zeit verstärkt. Wo wir hinsehen, scheint die Glaubwürdigkeit jener Politiker, die sich verbal zu Freiheit, persönlicher Verantwortung, zu Demokratie und Recht bekennen, auf einen historischen Tiefpunkt gesunken zu sein. Was sich in der BRD diesbezüglich abspielt, ist wahrlich deprimierend. Die Missachtung von Verfassung und Gesetz, die nicht verstummenden Lügen sowie das krampfhaftes Gerangel um Macht und persönliches Prestige sind doch Krankheitssymptome, die weit über die CDU und die BRD hinaus an den Grundfesten freiheitlicher, demokratischer und rechtsstaatlicher Ordnungen nagen. Als nicht minder deprimierend empfinde ich die von der EU und andern europäischen Institutionen sowie einzelnen Mitgliedstaaten demonstrierte Missachtung eigenstaatlicher Souveränität, demokratischer Spielregeln und politischer Kultur gegenüber *Österreich* und

seinen Repräsentanten. Wer vor den von sozialistischen und andern Chef-Ideologen sowie machtbesessenen Sesselklebern angetriebenen Kampagnen die Augen verschliesst, oder diese sogar mitträgt, sollte Worte wie Freiheit und Demokratie nicht mehr in den Mund nehmen.

«Eine Aussenpolitik scheint (in der EU) Gestalt anzunehmen, die mit demokratischen Werten und gemeinsamem Rechtsempfinden äusserst wenig, mit windelweicher Willkür dagegen sehr viel zu tun hat.»
(NZZ 18.2.2000)

Doch nun wollen wir den Stab nicht länger über andere brechen, sondern fragen: Was spielt sich denn zu Beginn des neuen Jahrtausends in der *Schweiz* ab? Etwas Allgemeines vorweg. Es gibt politische «Führer», wie etwa den schweizerischen Parteipräsidenten der FDP oder den eidgenössischen Kassenwart, die sich in ihren Reden gerne, so auch am Jahreswechsel, mit angeblichen Jammerern und Miesmachern auseinander setzen und dartun, wie gut es uns gehe. Sie berufen sich u.a. auf die im internationalen Vergleich tiefe Arbeitslosenquote, gute Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum, die neue, moderne Bundesverfassung und die «klare Strategie», welche die Bundesfinanzen auf den Weg der Genesung gebracht habe. Mir persönlich liegt weder jammern noch miesmachen. Ich gehöre auch nicht zu jenen, die meinen, es gehe uns *heute* und kurzfristig schlecht. Trotzdem bin ich besorgt. Die Gründe habe ich in unserem Gespräch dargelegt und will sie nicht im Einzelnen wiederholen. Aber es beunruhigt mich, *dass stets neue Anzeichen ordnungspolitischer Vernachlässigung* uns die Bewältigung der *Zukunft*, d.h. der anstehenden langfristigen Herausforderungen, erschweren. Dazu nun doch noch einige Stichworte:

Das Bundeshaus und die ihm hörigen Medien versprühen weiterhin viel Weihrauch über den «guten» Rechnungsabschluss 1999 und die angebliche Gesundung der Bundesfinanzen. Sie vernebeln so den Blick auf die echten Probleme der *Finanzpolitik*. Von konkreten Steuererleichterungen für den Bürger keine Spur. Vielmehr zeichnen sich, wo man hinsieht, steigende Fiskal- und Staatsquoten ab. Darauf

deutet beispielsweise die dürftige Botschaft des Bundesrates zur 11.AHV-Revision hin, in der der dringende *Umbau unserer Sozialwerke* einmal mehr ausgeklammert wird. Auch der *Sport*-Minister setzt zu stets neuen Höhenflügen an. Sein Hobby wird mehr und mehr in die Hände staatlicher Macher gelegt. Und wie steht es denn mit der *Sicherheit* und *Geborgenheit* in unserm Land? Neueste Analysen des Ausländerproblems sowie der grassierenden Kriminalität sollten aufrütteln, tun es aber nicht. Dabei bewegen wir uns meines Erachtens schon sehr nahe, wenn nicht bereits über der Grenze einer noch einigermaßen Menschen-würdigen und Illusions-freien multikulturellen Gesellschaft.

*«Die Grenze der Belastbarkeit ist überschritten. Wir sind der Meinung, dass die Zuwanderung beschränkt werden muss.»
(Otto Schily, Innenminister der BRD, wo der Ausländeranteil wesentlich kleiner ist als in der Schweiz)*

Schliesslich stört es mich, dass sowohl unser Aussenminister (auf Auslandsreisen) als auch der Bundesrat (mit der angestrebten gesetzlichen Legitimation zur Entsendung moderner «Söldner» in Unruhegebiete) die Glaubwürdigkeit unserer *Neutralität* allmählich verstümmelt.

Verstehe mich richtig: Ich leide nicht an jenem «permanenten Gemütszustand der Empörung», über den sich Bundesrat Villiger kürzlich beklagt hat. Etwas mehr Vorsicht und Zurückhaltung scheint mir dennoch geboten, bevor der Zustand und die Zukunftsperspektiven unseres Landes allzu rosig beurteilt werden. Ich will auch nicht übersehen und freue mich darüber, dass gerade in den letzten Wochen wieder prominente Stimmen im Sinne meiner Anliegen laut geworden sind. So hat sich G.S. in der NZZ, wie gewohnt fundiert, unpolemisch, wissenschaftlich untermauert und erst noch empirisch belegt, mit der *Bedeutung der Staatsquote* auseinander gesetzt. Er wies u. a. nach, dass sich das wirtschaftliche Wachstum drastisch vermindert, wenn die Staatsquote überbordet,

und dass wir diese Marke bereits überschritten haben. Vom selben Autor wurden in derselben Zeitung kurz zuvor unter dem Titel «Wirtschaftliche Freiheit lohnt sich» die Resultate einer internationalen Untersuchung zusammengefasst. Danach besteht u. a. *zwischen der wirtschaftlichen Freiheit einerseits, dem Pro-Kopf-Einkommen und dem Wirtschaftswachstum andererseits eine klare Korrelation*. Die Schweiz zählt zwar nach wie vor zu den wirtschaftlich freiesten Ländern der Welt. Sie ist aber zwischen 1985 und 1997 vom dritten auf den neunten Rang zurückgefallen. Wenn unsere eingangs genannten freisinnigen Koryphäen – und nicht nur diese – sich mit unserer guten Position im internationalen Vergleich brüsten, so haben sie nicht Unrecht. Sie verschweigen aber, dass wir uns auf der schiefen Ebene talwärts bewegen, und wenn wir nicht spürbare Gegengewichte setzen, bald einmal bestenfalls noch im unteren Mittelfeld um den Anschluss strampeln.

Ebenso empfinde ich die Beiträge von *Robert Nef* im neusten Heft der vom Liberalen Institut herausgegebenen Reflexions über den *Liberalismus* als erfrischend und zukunftsweisend. Selbst wenn sie meine Skepsis bezüglich der Gefahr missbräuchlicher Verwendung dieses Begriffs in der politischen Auseinandersetzung nicht zerstreuen – Du erinnerst Dich an unser Gespräch –, stimme ich der inhaltlichen Deutung des Autors zu. Seine Aussagen sind gehaltvoll, kompetent und mutig. Ich kann es nicht lassen, zwei Zitate herauszugreifen:

«Die Neubesinnung des Liberalismus kann für mich nichts anderes heissen als die wertkonservative Besinnung auf die Wurzeln der Freiheit (Offenheit, Vielfalt, Privatautonomie, Freiwilligkeit) sowie die Skepsis gegenüber allen Formen erzwungener Zentralität, gegenüber jedem allgemeinverbindlichen Zwang, auch dem verordneten Zwang zum Guten.»

(Robert Nef)

«Der Liberalismus der Zukunft ist daher wertkonservativ, aber niemals strukturkonservativ.»
(Robert Nef)

Damit schliesst sich der Kreis: Es ist viel davon die Rede, wir Schweizer und insbesondere wir Freisinnigen sollten moderner, aufgeschlossener für Neues werden. Das mag in manchen Bereichen zutreffen, insbesondere dann, wenn es darum geht, hergebrachte Strukturen irgendwelcher Art veränderten Verhältnissen anzupassen. Kein Verständnis habe ich allerdings für die in der «Aargauer Zeitung» vom 24. Januar 2000 wörtlich zitierte Aussage von Bundesrat Villiger: «Wir müssen unsere Werte einbringen, vorleben. Wir müssen helfen, kreativ die Gesellschaft von morgen zu prägen. Das bringt mehr, als die von gestern zu zementieren.» Demgegenüber leiden wir nach meinem Empfinden ja gerade daran, dass wichtige, für das gesellschaftliche Zusammenleben grundlegende Werte (Freiheit und persönliche Verantwortung) sowie die darauf basierenden Rahmenbedingungen (wie direkte Demokratie, Föderalismus, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft) mehr und mehr zerfallen. *Es gibt zeitlose Werte, die nach meinem Empfinden zementiert werden sollten.* Bevor sie noch ganz zerfallen, gilt es, sie zu erneuern. Nur so schaffen wir die Voraussetzungen für die in unserm Gespräch diskutierte *restaurative Revolution*, und nur so kann unsere Zukunft zur *Bürgerchance* werden. Andernfalls wird der Staat seine Ordnungsprinzipien durchsetzen.

Genau diese Gefahr aber, dass es eine *staatliche, sozialistisch geprägte Ordnungspolitik* gibt, die sich wesentlich von der freiheitlichen Ordnungspolitik unterscheidet, wird verkannt. Beweise gefällig? Gerne: Schon im «*Human Development Report 1994*» der UNDP (Uno-Entwicklungsprogramm) ist viel von «Friede, Wohlergehen und Sicherheit» die Rede, nicht aber von Freiheit. *Der Dritte Weg* von Blair und Schröder steht unter demselben Motto. Erinnere Dich an unser Gespräch und das Zitat von Ralf Dahrendorf (vgl. Seite 102). Kommen wir in die Schweiz: Im «Tages-Anzeiger» hat uns Staatssekretär Kellenberger aufgerufen,

mit der EU gerecht umzugehen, denn sie sei «eine multikulturelle Willensnation par excellence, geboren aus dem Willen, Europa Friede und Wohlstand zu sichern». Nichts von Freiheit! Das aktuellste und für mich erschreckendste Beispiel ist indessen die *Legislaturplanung 1999–2003* des Bundesrates. Wahrung und Förderung von Sicherheit und Frieden, Förderung der Menschenrechte, Demokratie, Förderung der Wohlfahrt und Abbau sozialer Gegensätze in der Welt, das Bekenntnis zu Sozialstaatlichkeit und Solidarität im eigenen Land – alles gleichgewichtete Anliegen. Wo aber bleibt das Bekenntnis zur Freiheit als übergeordneter, zeitloser Leitidee in der Werte-Hierarchie? Dieser Mangel wiegt in einem «strategisch wichtigen Werk», wie Bundespräsident Ogi die Legislaturplanung nannte, schwer. Darüber vermag auch nicht hinwegzutäuschen, dass uns der Bundesrat eine «lebenswerte Heimat» sichern will. Worte und Taten stimmen nicht überein. Es war einmal mehr unser Freund Stil, der in seinem Pressekommentar, nach meinen Feststellungen als einziger Journalist, das Kind beim Namen nannte «Vision mehr Staat»! Ob sich wohl in der parlamentarischen Debatte einige Stimmen melden werden, die zwischen einer sozialistisch, vom Glauben an den Staat geprägten Ordnungspolitik einerseits und einer der Freiheit sowie persönlicher Verantwortung verpflichteten Ordnungspolitik andererseits zu unterscheiden vermögen? Wohl kaum! Was bleibt uns dann? Gelassenheit!

Aber selbst in dieser Gelassenheit kann ich abschliessend einen *Appell* nicht unterdrücken. Ich tue das, indem ich mich selber zitiere, und zwar aus einer von der Stiftung für Abendländische Besinnung [stab] im Jahre 1994 herausgegebenen Schrift «Keine Ordnungspolitik ohne Grundsatztreue»: «Im Rahmen einer umfassend verstandenen ordnungspolitischen Renaissance haben zweifellos «Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung» ihre Bedeutung. Diese Begriffe dürfen aber nicht eng verstanden werden. Wenn zwecks Deregulierung neu reguliert wird, ist Vorsicht geboten. Besser ist streichen. Wenn Liberalisierung sich in mehr Wettbewerb erschöpft und zu diesem Zweck sogar ein Kartell-

verbot, staatliche Preisüberwachung und ein Bundesamt für Wettbewerb gefordert werden, so sind wir auf dem Holzweg. Wenn mit Privatisierung «nur» der Übergang von staatlichen zu privaten oder gemischtwirtschaftlichen Aufgabenträgern gemeint ist, begnügen wir uns mit Stückwerk. *Privatisierung muss in der Rückführung der überbordenden kollektiven in die vorher beschnittene private Verantwortung bestehen.* Parallel dazu ist die Rückgewinnung persönlicher Freiheit aus den Fesseln staatlicher Bevormundung auf der ganzen Linie durchzusetzen.» Daran fehlt es heute noch. Sonst würde die Staats- und Fiskalquote nicht laufend ansteigen und andeuten, in welchem Ausmass wir –dank bürgerlicher Appeasement-Politik– enteignet werden.

Dein Ralph

N.B. Kennst Du übrigens die Rede, die Professor Eduard Stäubli an der «Schweizerzeit»-Herbsttagung 1999 gehalten hat über «Die Schweiz und die geistige Situation der Gegenwart»? Sie ist soeben als Heft 34 in der Schriftenreihe der «Schweizerzeit» erschienen. Hervorragend!

4. März 2000

Im Jahre 1987 war der

Freiheitspreis

der Max Schmidheiny-Stiftung an der Hochschule St. Gallen Ralph mit folgender Widmung verliehen worden:

*–«Dem Unternehmer, Politiker und Wissenschaftler,
der Kraft, Überzeugung und Ideen sein
Leben lang in den Dienst
an der Gemeinschaft gestellt und
den Milizgedanken damit
vorbildlich in die Tat umgesetzt hat;*

*– dem Demokraten, der in unserer schnelllebigen
Zeit steten Wandels als engagierter Verfechter
konservativer Grundwerte notwendige Neuerungen
in Staat und Wirtschaft mitgestaltet hat, ohne dabei
vordergründigen Faszinationen des Zeitgeistes zu
erliegen;*

*– dem überzeugten Exponenten helvetischer
Sozialpartnerschaft, der – unterschiedlicher
Interessenlagen bewusst – gemeinsame Verantwortung
im Sinn und Geist des Friedensabkommens
wahrnimmt und damit zum dauerhaften
sozialpolitischen Konsens der schweizerischen
Gesellschaft wesentlich beiträgt.»*

